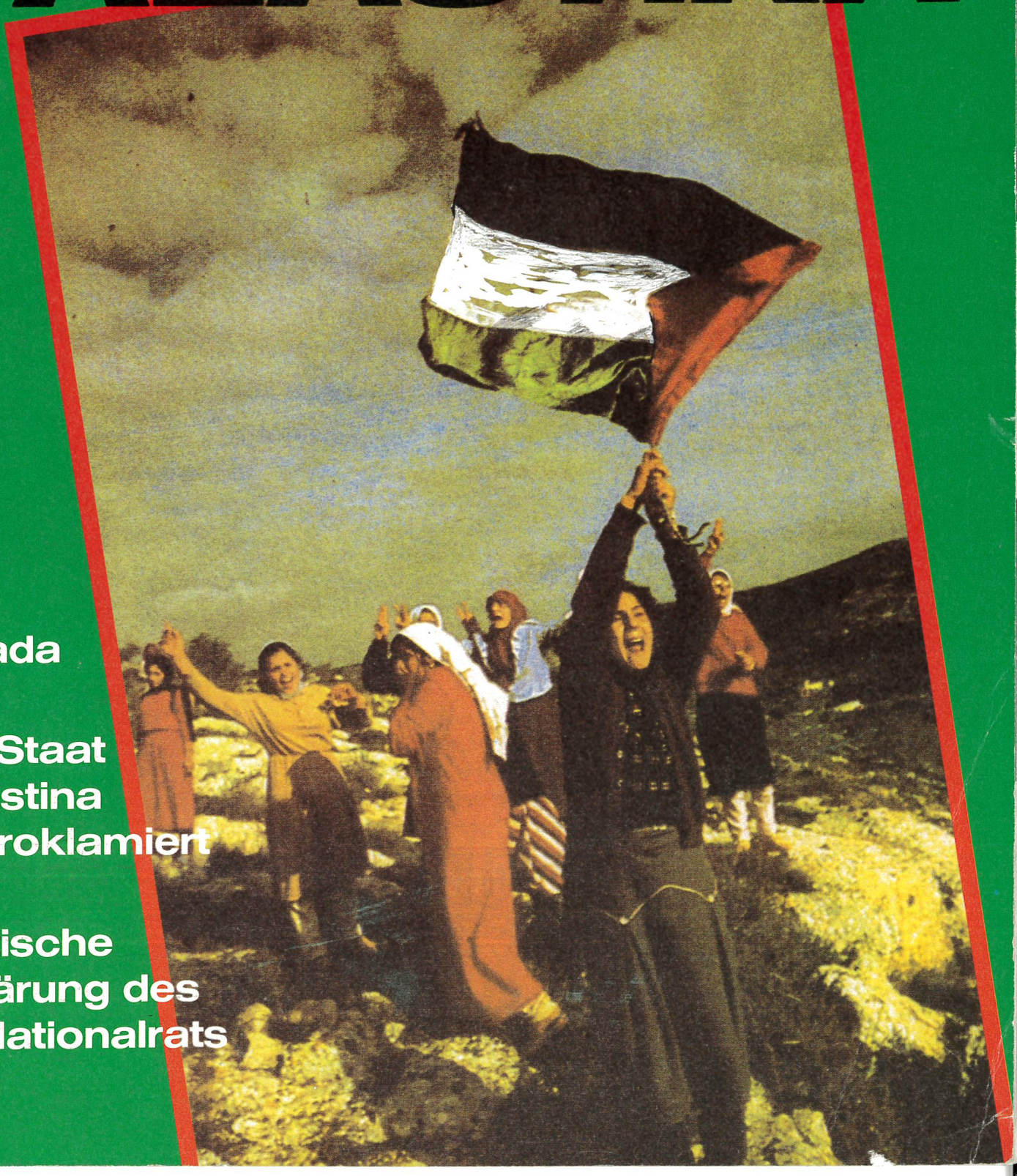
Nr. 1 – 1. Jahrgang, Dezember 1988

PALÄSTINA



1
Jahr
Intifada

Der Staat
Palästina
ist proklamiert

Politische
Erklärung des
19. Nationalrats

Inhalt

3 **Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina**

8 **Politische Erklärung der 19. a.o. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats**

9 **Die Kinder der Steine**
Nizar Kabbani

16 **Frieden ist erreichbar**
Abdalla Frangi

17 **Freiheit und Selbstbestimmung für die Palästinenser**
Erich Fried

18 **Die Wurzeln der Intifada**
Samih K. Farsoun

22 **Geburtswehen in Palästina**
Khalil Toama

24 **Häusersprengungen**
Anita Vitullo

27 **Worauf es ankommt**
Erich Fried

28 **Die Generation der Intifada**
Alain Gresh

33 **Es ist wie ein Mord an uns**
Husam Khodr

37 **Zwei Ökonomien im Kriegszustand**
Janice Turner

40 **Im 22. Besatzungsjahr**
Amos Wollin

44 **Es wird immer schwieriger ...**
Angelika Vetter

48 **Eindringlinge in die Worte ...**
Mahmoud Darwish

50 **Die Odyssee eines Administrativ-gefangenen**
Hatem Abdul Qader

55 **Palästinensisches Tagebuch**
Juan Goytisolo

62 **Aus dem alltäglichen Leben ...**
Ein pensionierter Lehrer berichtet

64 **Die Kinder der Intifada auf Reisen**

66 **Kinder und Jugendliche in israelischen Gefängnissen**
medico international

70 **Kufr Malik – ein Dorf in der Intifada**
Jean Hatzfeld

75 **Die Gewerkschaften in der Intifada**
Khalil Touma

80 **Die Intifada**
John Law

84 **In einem bloßgestellten Land**
David Beresford

85 **Hommage an Abu Jihad**

Impressum:

Hrsg.: Informationsstelle Palästina
August-Bier-Str. 33, 5300 Bonn 1
Tel.: 02 28 / 21 20 35 / 36
Telex: 8861112 ispa d
Telefax: 21 35 94
Redaktion: Georg Baltissen
V.i.S.d.P.: Abdalla Frangi
Lay-Out: Burhan Karkutli
Satz: Kippsatz Bonn
Druck: Druckladen Bonn
8. Dezember 1988

Editorial

Eine neue palästinensische Dynamik ist in diesen Tagen der alten israelischen Intransigenz entgegengetreten. Während die israelischen Wähler am 1. November 1988 mehrheitlich für eine Politik der Konfrontation und des Blutvergiessens gegenüber den Palästinensern votierten, haben die palästinensischen Abgeordneten auf ihrer 19. a.o. Sitzungsperiode vom 12.-15. November 1988 in Algier mit der Proklamation eines unabhängigen Staates und der Anerkennung der Sicherheitsratsresolution 242 und 338 als Grundlage einer internationalen Nahostfriedenskonferenz in Verbund mit der Betonung der nationalen palästinensischen Rechte einen Meilenstein in Richtung Frieden gesetzt.

Wer vor einem Jahr, im November 1987, prophezeit hätte, daß die PLO noch vor Ablauf eines Jahres nach einem fast einjährigen Volksaufstand einen unabhängigen Staat ausrufen würde, der innerhalb von 10 Tagen von mehr als 50 Staaten, darunter die Sowjetunion und China, anerkannt worden wäre, wäre selbst von langjährigen Nahostexperten nur mitleidig belächelt worden. Und das obwohl doch weder die Intifada noch die Unabhängigkeitserklärung wie Blitze aus heiterem Himmel hereingebrochen sind, sondern nur als Resultate eines gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses begriffen werden können, der Breite, Tiefe und Reife des langjährigen palästinensischen Befreiungskampfes innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat widerspiegelt.

Trotz der mehr als 400 Toten, Tausenden von Gefangenen und Inhaftierten, Abertausenden von Verletzten und Verkrüppelten einer Politik des Erschießens, des Knochenbrechens, der gezielten Verletzungen und Tötungen durch Gas und Gummigeschosse, des Lebendig-Begrabens, der Ausgangssperren, Häuserzerstörungen, Deportationen ... ist die Moral der Intifada auch nach einem Jahr ungebrochen. Die historische Dimension der Geschichte dieses Konflikts ist in den letzten Tagen und Monaten spürbar geworden. Aber die Gewißheit, daß Recht und Gerechtigkeit nun zum Siege verholfen werden könnte, gliche einer verfrühten Illusion. Recht und Gerechtigkeit sind – im Nahen Osten zumal – noch allzuoft Opfer blutiger Kriege und grausamer Massaker geworden. Es ist in diesen Tagen nur die PLO, die die Hoffnung auf Frieden nährt.

In eigener Sache

Dies ist die erste Nummer einer Zeitschrift mit Namen „Palästina", die ab kommenden Jahr vierteljährlich erscheinen soll. Jede Mitarbeit an dieser Zeitschrift, sei es in Form von Übersetzungen, Artikeln, Bildbeiträgen o.ä., ist herzlich willkommen. Für Anregungen und Kritik hat die Redaktion ein offenes Ohr. Nachdruck unter Angabe der Quelle erwünscht.

Bildnachweis: Die Fotos auf den Seiten 24, 35, 39, 43, und 85 sind dem Bildband „Die Palästinenser" (Pahl-Rugenstein-Verlag) von Georg Stein entnommen. Weitere Fotos sind, soweit nicht anders angegeben, Nachdrucke aus der englischsprachigen Zweiwochenschrift „Palestine" und der PLO-Wochenschrift „Falastin Al-Thaura".

Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina

Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina

Palästina, das Land der drei monotheistischen Religionen, ist das Land, aus dem das palästinensisch-arabische Volk stammt, in dem es sich entwickelte und sich auszeichnete. Das palästinensisch-arabische Volk war immer in Palästina verwurzelt und hat nie seine Bande mit ihm gelöst. So schloß das palästinensisch-arabische Volk eine immerwährende Verbindung zwischen sich selbst, seinem Land und seiner Geschichte.

Das palästinensisch-arabische Volk festigte im Verlauf seiner Geschichte mit Entschlossenheit seine nationale Identität und erreichte mit der Entwicklung seiner Standhaftigkeit die Grenze zum Wunder.

Trotz des Zaubers dieses alten Landes und seiner bedeutenden Position an den Schnittstellen zwischen den Mächten und Zivilisationen wurde das palästinensisch-arabische Volk zwischen Ambitionen, Expansionsgier und Invasionen daran gehindert, seine politische Unabhängigkeit zu verwirklichen; jedoch hat die dauernde Verbundenheit des Volkes mit diesem Land ihm seine Identität verliehen und hat dem Volk die Seele der Heimat eingehaucht.

Bereichert durch aufeinanderfolgende und sich entfaltende Zivilisationen und Kulturen, inspiriert durch ein vielfältiges Erbe, vollendete das palästinensisch-arabische Volk sein Wesen durch Festigung der Einheit zwischen sich und seinem Vaterland. Aus Tempel, Kirche und Moschee wurde verkündet, daß die Botschaft Palästinas ist, den Schöpfer zu preisen,, barmherzig und friedfertig zu sein. Der heroische Kampf des palästinensisch-arabischen Volkes von Palästina setzte sich von Generation zu Generation fort. Die aufeinanderfolgenden Aufstände unseres Volkes waren Ausdruck seines Strebens nach nationaler Unabhängigkeit. So wurde das Volk durch den Kampf bestärkt, standhaft im Lande zu verharren.

In der Zeit, als die moderne Welt ihre Werte und Normen neu formulierte, war das Kräfteverhältnis der regionalen und internationalen Mächte derart, daß des palästinensische Volk vom allgemeinen Lauf der Geschichte ausgeschlossen wurde. Es wurde weider einmal deutlich, daß die Gerechtigkeit alleine das Rad der Geschichte nicht auf den richtigen Kurs bringen kann.

Dem palästinensisch-arabischen Volk, dem die Unabhängigkeit vorenthalten wurde, wurde mit einer neuen Form der Besetzung eine neue schmerzliche Wunde zugefügt, die unter der Lüge auftrat, daß „Palästina ein Land ohne Volk war". Entgegen dieser historischen Verfälschung bestimmten Artikel 22 des Völkerbunds (1919) sowie der Vertrag von Lausanne (1923), die von der Gemeinschaft der Nationen anerkannt waren, daß allen arabischen Nationen, die sich von ottomanischer Herrschaft befreit hatten - Palästina eingeschlossen -, die volle Freiheit und Unabhängigkeit als Nationen zu gewähren sei.

Trotz der historischen Ungerechtigkeit, die dem palästinensisch-arabischen Volk widerfuhr und die dazu führte, daß es zerstreut und seines Rechts auf Selbstbestimmung beraubt wurde, gefolgt von der Teilung Palästina in zwei Staaten, einen arabischen und einen jüdischen, stellt diese UN-Resolution 181 (1947), die immer noch der internationalen Legitimität entspricht, das Recht des palästinensisch-arabischen Volkes auf Souveränität und nationale Unabhängigkeit sicher.

Die Besetzung Palästinas und anderer Teile arabischen Territoriums durch die israelischen Streit-

kräfte wurde durch willentliche Enteignung und Vertreibung der Mehrzahl der palästinensischen Zivilisten aus der Heimat ihrer Vorväter mittels organisierten Terrors erreicht: Die Palästinenser, die blieben, wurden in ihrer Heimat unterjocht, verfolgt und gezwungen, die Zerstörung ihres nationalen Lebens zu erdulden. Dadurch wurden die Prinzipien der internationalen Legitimität verletzt. Dadurch wurde die Charta der Vereinten Nationen und deren Resolutionen entstellt. In diesen waren die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes - darunter sein Recht auf Rückkehr, Unabhängigkeit, Souveränität über das Territorium und auf Heimat - anerkannt.

In Palästina und in seiner Umgebung, im fernen und im nahen Exil, blieb das palästinensische Volk immer standhaft und gab seine Überzeugung, daß es ein Recht auf Rückkehr und Unabhängigkeit hat, nie auf. Besetzung, Massaker und Vertreibung haben nicht über das standhafte palästinensische Bewußtsein der individuellen und der politischen Identität gesiegt, denn die Palästinenser nahmen ihr Schicksal unerschrocken und ungebeugt in die Hand. Aus den langen Jahren der Prüfungen und des sich verstärkenden Kampfes ging die palästinensische politische Identität gestärkter und gefestigter hervor. Der kollektive palästinensische Wille schaffte sich eine politische Körperschaft, die PLO, seine einzig legitime Vertretung, sowie miteinander verbundene, regionale und internationale Institutionen. Die PLO, die auf dem Fundament der Überzeugung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes und auf der Grundlage des arabischen Nationalkonsensus' und der internationalen Legitimität steht, führte die Kampagnen ihres großen Volkes an, das, eingebunden in Einheit und die machtvolle Entscheidung, einzig und unteilbar in seinen Erfolgen, sogar Massaker und Unterdrückung innerhalb und außerhalb seiner Heimat erleiden mußte. So gewann der palästinensische Widerstand Profil, und erlangte auf arabischer und internationaler Ebene Aufmerksamkeit und eine herausragende Stellung unter den Befreiungsbewegungen der modernen Zeit.

Der große nationale Aufstand, die Intifada, die in Ausdehnung und Schlagkraft in den besetzten Gebieten an Intensität gewinnt, und der entschiedene Widerstand der Flüchtlingslager außerhalb der Heimat, haben das Bewußtsein über die palästinensische Wahrheit und die palästinensischen Rechte verständig werden lassen und ihm Aktualität verliehen. Von einer vollständigen Epoche der Verfälschung und des schlafenden Gewissens riß die Intifada den Schleier herunter und belagerte das offizielle israelische Denken, das in der Negierung der palästinensischen Existenz der Sucht von Mythos und Terror verfallen war. Aufgrund der Intifada und ihrer irreversiblen Impulse ist die Geschichte Palästinas an einer entscheidenden Wegkreuzung angelangt.

Das palästinensisch-arabische Volk bekräftigt mit Entschiedenheit seine unveräußerlichen Rechte im Land seiner Väter:

- gestützt auf das natürliche, historische und positive Recht des palästinensisch-arabischen Volkes und der Opfer der vorhergehenden Generationen in der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Heimat
- und ausgehend von den Resolutionen der arabischen Gipfelkonferenzen und der internationalen Legitimität, wie sie in den Beschlüssen der Vereinten Nationen seit 1947 verkörpert wird
- und in Ausübung der Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, politische Unabhängigkeit und Souveränität über sein Land

proklamiert der Palästinensische Nationalrat im Namen Gottes und im Namen des palästinensischen Volkes die Gründung des Staates Palästina auf seinem palästinensischen Boden mit Jerusalem als Hauptstadt (Al Quds al-sharif).

Der Staat Palästina ist der Staat aller Palästinenser, wo immer sie sich auch befinden. Dieser Staat ist der Ort, an dem sie ihre kollektive nationale und kulturelle Identität ausüben und die volle Gleichberechtigung besitzen. Dieser Staat garantiert die Freiheit ihrer politischen und religiösen Überzeugungen sowie ihre menschliche Würde durch ein parlamentarisches demokratisches Regierungssystem, das wiederum auf der Grundlage der freien Meinung-

säußerung und Gründung von politischen Parteien beruht. Die Rechte von Minderheiten werden von der Mehrheit respektiert werden, ebenso wie sich die Minderheiten an die Beschlüsse der Mehrheit halten müssen. Das Regierungssystem wird auf den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichheit von Mann und Frau basieren. Es wird keine Diskriminierung in den allgemeinen Rechten geben, weder aufgrund von Geschlecht, Rasse , Religion oder Hautfarbe, im Rahmen einer Verfassung, die die Autorität des Gesetzes und eine unabhängige Gerichtsbarkeit garantiert. Diese Prinzipien stehen in Übereinstimmung mit dem jahrhundertealten geistigen und zivilisatorischen Erbe der Toleranz und religiösen Koexistenz in Palästina.

Der Staat Palästina ist ein arabischer Staat, ein integraler und untrennbarer Teil der arabischen Nation in ihrer Tradition, Kultur und Zivilisation, in ihren Bestrebungen nach Freiheit, Fortschritt, Demokratie und Einheit. Der Staat Palästina bekräftigt seine Verpflichtung gegenüber der Charta der Liga der Arabischen Staaten und seine Entschlossenheit, die Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten zu fördern. Er appelliert an die arabische Nation, ihn bei der Durchsetzung und Verwirklichung der Gründung seines Staates zu unterstützen und alle Kräfte zu mobilisieren und alle Anstrengungen zu erhöhen, um die israelische Besatzung zu beenden.

Der Staat Palästina erklärt seine Verpflichtung gegenüber den Prinzipien und Zielen der Vereinten Nationen und der Internationalen Erklärung der Menschenrechte sowie gegenüber den Grundsätzen und der Politik der Blockfreien Bewegung.

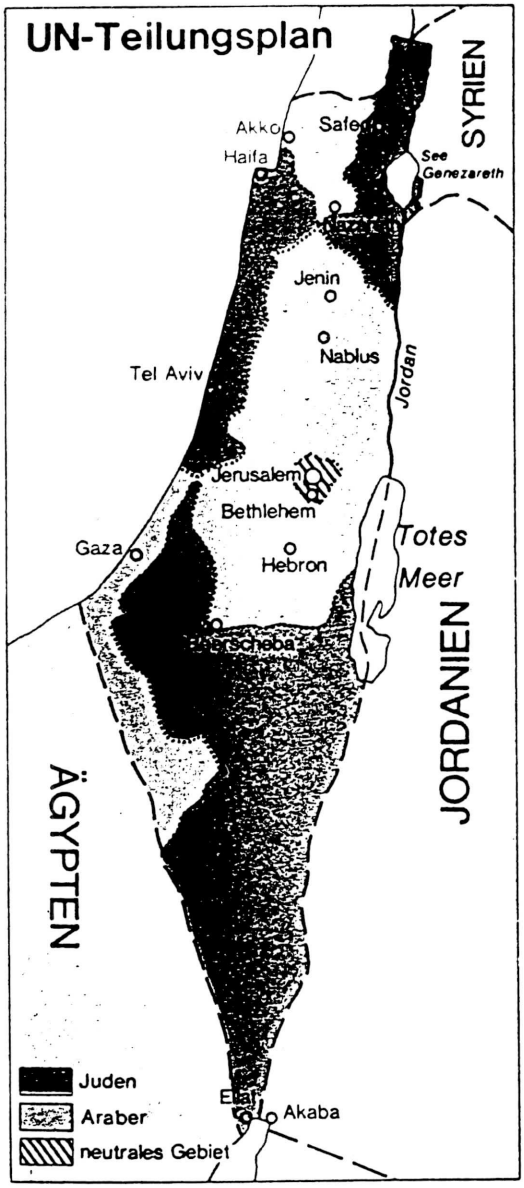
Der Staat Palästina erklärt, daß er ein friedliebender Staat ist, der sich den Prinzipien der friedlichen Koexistenz verpflichtet. Er wird mit allen Staaten und Völkern für die Verwirklichung eines dauerhaften Friedens eintreten, der auf Gerechtigkeit und dem Respekt der Menschenrechte beruht, sodaß das Potential der Menschheit für die Mehrung des Wohlstandes und einen ernsthaften Wettbewerb für eine bessere Welt eingesetzt wird, in der das Vertrauen in die Zukunft all jenen die Furcht nehmen wird, die gerecht sind und zur Gerechtigkeit zurückgefunden haben.

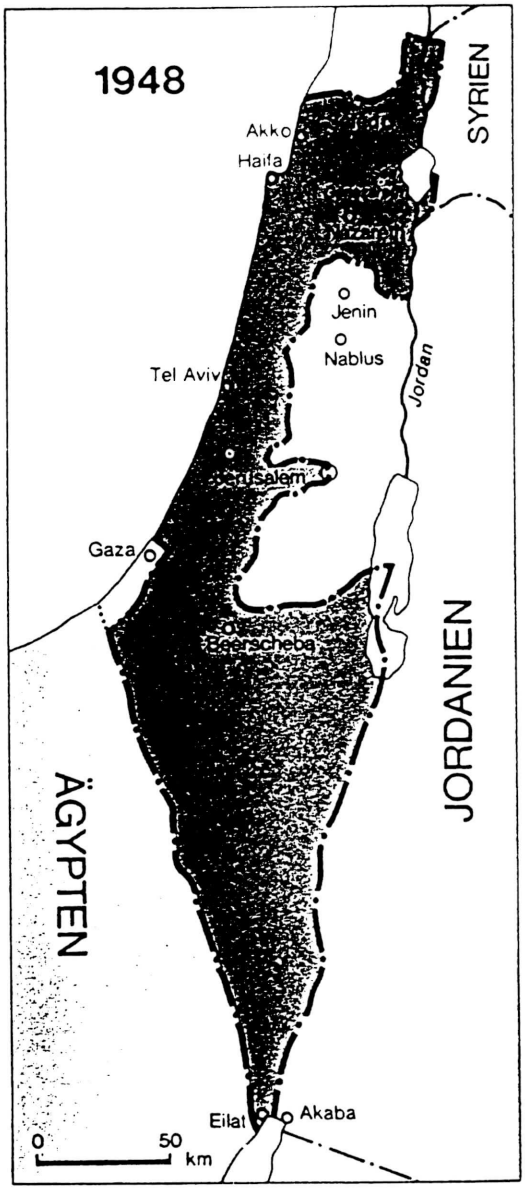
Im Rahmen seines Kampfes um Frieden ruft der Staat Palästina die Vereinten Nationen auf, ihre besondere Verantwortung gegenüber dem palästinensisch-arabischen Volk und seiner Heimat wahrzunehmen.

Der Staat Palästina ruft ferner alle friedfertigen und freiheitsliebenden Völker und Staaten der Welt auf, ihm bei der Verwirklichung seiner Ziele und der Beendigung der Tragödie seines Volkes beizustehen, ihm Sicherheit zu gewähren und zur Beendigung der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete beizutragen.

Der Staat Palästina erklärt hiermit, daß er an die Beilegung internationaler und regionaler Konflikte durch friedliche Mittel in Übereinstimmung mit der UN-Charta und UN-Resolutionen glaubt. Der Staat Palästina weist die Drohung mit oder Anwendung von Gewalt, Macht oder Terrorismus gegen seine oder die territoriale Integrität eines anderen Staates zurück, ohne auf sein natürliches Recht auf die Verteidigung seiner territorialen Integrität und Unabhängigkeit zu verzichten.

An diesem Tag, dem 15. November 1988, wo wir an der Schwelle einer neuen Ära stehen, verneigen wir uns in Ehrfurcht vor den Seelen unserer palästinensischen und arabischen Märtyrer, die mit ihrem Blut und ihrem Opfer für das Heimatland diese Morgendämmerung mit Licht erfüllt und unserem Land Leben eingehaucht haben. Unsere Herzen schlagen höher in der aufkommenden Glut der Intifada und des Kampfes all jener, die in den Flüchtlingslagern, in der Vertreibung und in der Diaspora standgehalten und das Banner der Freiheit getragen haben - unsere Kinder, unsere Greise, unsere Jugend, unsere Gefangenen, Inhaftierten und Verletzten, die auf unserem heiligen Boden in jedem Flüchtlingslager, in jedem Dorf oder in jeder Stadt ausharren. Einen besonderen Tribut zollen wir der tapferen palästinensischen Frau, der Wächterin unserer Existenz und unseres Lebens, der Hüterin unseres ewigen Feuers. Den Seelen unserer heiligen Märtyrer, unserem ganzen palästinensisch-arabi-





schen Volk, der arabischen Nation und allen freiheitsliebenden und aufrichtigen Menschen auf dieser Welt versprechen wir, den Kampf bis zur Beendigung der Besetzung und der Gründung und Konsolidierung unserer Souveränität und Unabhängigkeit fortzusetzen.

Wir rufen unser glorreiches Volk auf, sich um die palästinensische Flagge zu scharen, sich ihrer würdig zu erweisen und sie zu verteidigen, so daß sie auf immer das Symbol unserer Freiheit und Ehre bleibt in diesem Heimatland, das stets und immer eine Heimat der freien Menschen bleiben wird.

Algier, den 15.11.1988

Politische Erklärung der 19. außerordentlichen Sitzung des Palästinensischen Nationalrats in Algier vom 12.-15.11. 1988

Auf dem Boden des heroischen Algerien und zu Gast bei seinem Volk und Präsidenten, Chadli Ben Jedid, hat der palästinensische Nationalrat vom 12.- 15.11.1988 seine 19. a.o. Sitzungsperiode, die Sitzung der „Intifada, der nationalen Unabhängigkeit und des Märtyrers Abu Jihad", abgehalten.
Diese Sitzung wurde mit der Proklamation der Gründung des palästinensischen Staates auf unserem palästinensischen Boden gekrönt - das natürliche Ergebnis des Kampfes eines tapferen und entschloßenen Volks, eines Kampfes, der seit mehr als 70 Jahren andauert und große Opfer verlangt hat, die unser Volk auf dem Boden seiner Heimat und in dessen Grenzen, in den Flüchtlingslagern und in der Diaspora erbracht hat...

Die Sitzungsperiode zeichnete sich dadurch aus, daß sie wegen der Intifada, dem nationalen palästinensischen Aufstand, einberufen wurde, der das herausragende Ereignis in der gegenwärtigen Geschichte der Revolution des palästinensischen Volkes ist, neben der legendären, heroischen Standhaftigkeit unseres Volkes in den Flüchtlingslagern und innerhalb und außerhalb unseres besetzten Landes.

Seit den ersten Tagen der Intifada und im Laufe der letzten 12 Monate bis zum heutigen Tag wurde deutlich, daß das grundlegende Charakteristikum der Intifada unseres großen Volkes darin besteht, daß sie eine umfaßende Volksrevolution ist, die alle Schichten erfaßt und den nationalen Konsens von Frauen, Männern, Greisen und Kindern, der Flüchtlingslager, Dörfer und Städte in der Ablehnung der Besatzung und im Kampf für ihre Beendigung zum Ausdruck bringt.

In dieser glorreichen Intifada erreichte die feste nationale Einheit unseres Volkes und seine Verbundenheit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der einzig legitimen Vertretung unseres gesamten Volkes, wo immer es sich befindet, sei es innerhalb oder außerhalb der Heimat, ihren Höhepunkt. Diese Verbundenheit wurde verkörpert durch die Teilnahme der palästinensischen Massen und ihrer nationalen Institutionen und Verbände der Gewerkschaften, Handwerker, Studenten, Bauern, Arbeiter, Frauen, Kaufleute, Grundbesitzer und Akademiker an der Intifada und durch die Bildung der Vereinigten Führung der Intifada und der Volkskomitees, die in allen Stadtteilen, Dörfern und Flüchtlingslagern ins Leben gerufen wurden.

Dieses revolutionäre Feuer unseres Volkes und seiner großen Intifada haben, begleitet von dem ständigen, schöpferischen Anwachsen unserer Revolution in allen Stellungen und an allen Fronten innerhalb und außerhalb der Heimat, die Spekulationen und Illusionen der Feinde unseres Volkes, die mit der Besetzung unseres palästinensischen Bodens eine vollendete Tatsache schaffen und die Palästinafrage dem Vergessen und der Vernichtung preisgeben wollten, zu Fall gebracht.

Es sind Generationen hervorgetreten, die Söhne der Revolution, die Söhne der PLO, die mit den Prinzipien und Zielen der palästinensischen Revolution aufgewachsen sind und alle ihre Kämpfe seit ihrem Beginn im Jahre 1965 bis heute, darunter die heroische Standhaftigkeit gegenüber der zionistischen Invasion im Jahre 1982 und der todbringenden Belagerung und Aushungerung der Flüchtlingslager der Revolution im Libanon, miterlebt haben. Diese Generationen bekräftigen die Lebendigkeit dieser Revolution und ihre Kontinuität. Sie haben den Boden unter den Füßen der Besatzer gesprengt und damit bewiesen, daß das kämpferische, revolutionäre Potential unseres Volkes unerschöpflich und sein Glaube tief verwurzelt ist. Diese Generationen unterstreichen die Übereinstimmung und Harmonie zwischen den „Kindern der rpg" und den „Kindern der Steine" innerhalb und außerhalb unserer besetzten Heimat.

Die Kinder der Steine

Sie haben die Welt geblendet
mit nichts in ihren Händen als Steinen
Sie brachten Licht Fackeln gleich...
und kamen als gute Nachricht...
Sie leisteten Widerstand... sie explodierten...
sie wurden Märtyrer

Wir blieben Polarbären
derem Körper Hitze und Kälte nichts anhaben kann
Sie kämpften für uns
bis sie erschossen wurden
während wir in unseren Kaffeehäusern sassen
klebrig wie Austernschleim

Einer von uns sucht ein Appartement
ein anderer ist auf der Suche nach einer weiteren Milliarde
und einer vierten Ehefrau
mit wohlgeformten Brüsten und geglättet
von der Zivilisation
Und wieder ein anderer sucht
nach einem stattlichen Heim in London

Einer ist Waffenhändler
Einer sucht Vergnügungen in Bars und Spielhöllen
Einer will einen Thron... eine Armee... ein Emirat

Oh, du Generation des Verrats
Du Generation der Makler
Du Generation der Spieler
Du Generation des Mülls
Du Generation der Prostitution

Du wirst hinweggefegt werden
(auch wenn die Geschichte sich verspäten mag)
von den Kindern der Steine!

NIZAR KABBANI

Unser Volk widerstand allen Versuchen der feindlichen Macht, unsere Volksrevolution zu ersticken; trotz aller Mittel, die die Besatzungsmacht einsetzte wie Terror, Mord, Willkür, Gefängnis, Deportation, Schändung der heiligen islamischen und christlichen Stätten, Beschlagnahme von Boden, Sprengung von Häusern, vorsätzlicher Mord, Angriffe der Siedler auf unsere Dörfer und Flüchtlingslager, Verbrennungen unserer Ernten, Unterbrechung der Strom- und Wasserversorgung, Schlagen von Frauen und Kindern, Einsatz von verbotenem Gas, das zu Fehlgeburten und zum Tod führt, Politik der Verdummung durch die Schließung der Schulen und Hochschulen.

Unser Volk hat als Preis für diese heldenhafte Standhaftigkeit mit Dutzenden von Deportierten, Hunderten von Gefallenen, Zehntausenden von Verletzten und Gefangenen bezahlt. Das schöpferische Denken und der Einfallsreichtum unseres Volkes war immer und zu allen kritischen Zeiten gegenwärtig, um neue Methoden zu schaffen und kämpferische Mittel zu entwickeln, die seinen Widerstand und seine Standhaftigkeit verstärken und es in die Lage versetzen, den Verbrechen des Feindes und seinen Maßnahmen zu begegnen, um dann seinen heldenhaften, entschlossenen Kampf fortzusetzen.

Unser Volk hat mit seiner Standhaftigkeit und der Fortsetzung seiner Revolution, der Intensivierung des Aufstandes bewiesen, daß seine Entschlossenheit grenzenlos ist, seinen Kampf fortzusetzen, ungeachtet der Größe der Opfer, aber ausgestattet mit einer großartigen kämpferischen Tradition und einem unbeugsamen revolutionären Willen und einer festen nationalen Einheit, die mit und durch die Intifada innerhalb und außerhalb unserer Heimat mehr und mehr gewachsen ist, und zwar aufgrund der Verbundenheit mit seiner nationalen Führung, der PLO, und dem Festhalten unseres Volkes an seinen Zielen, die israelische Besatzung zurückzudrängen und zu beenden, sowie dem Beharren auf Verwirklichung seiner unveräußerlichen nationalen Rechte auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates.

Unser Volk hat sich dabei auf die Solidarität und den Beistand der Massen der arabischen Nation gestützt. Dies zeigte sich deutlich in der Unterstützung der breiten arabischen Massen, die die Intifada erhalten hat, sowie in der offiziellen arabischen Übereinstimmung, die auf dem arabischen Gipfeltreffen in Algier beschlossen und zum Ausdruck gebracht worden ist. Dies bekräftigt, daß unser Volk nicht alleine dem faschistischen, rassistischen Angriff gegenübersteht, wodurch den israelischen Aggressoren der Weg verlegt ist, unser Volk isoliert und weitab von der Unterstützung der arabischen Nation in seinem heiligen Kampf anzugreifen. Neben dieser arabischen Solidarität genossen die Revolution unseres Volkes und die Intifada eine breite internationale Solidarität, die sich im Anwachsen des Verständnisses für die Sache des palästinensischen Volkes und in der verstärkten Unterstützung der Völker und Staaten der Welt für unseren gerechten Kampf zeigte sowie in der Verurteilung der israelischen Besatzung und ihrer Verbrechen, die zur Isolierung Israels und seiner Förderer und Unterstützer führten sowie das wahre Gesicht Israels entlarvten.

Die Beschlüsse des Sicherheitsrates 605, 607 und 608 und die Resolutionen der UN-Vollversammlung, die die palästinensischen Rechte bestätigen und die Deportationen von Palästinensern aus ihrem Land und die israelische Willkür und den Terror gegen das palästinensische Volk innerhalb seines besetzten Landes verurteilen, zeigen die entschiedene Haltung der gewachsenen Unterstützung der Weltöffentlichkeit, einschließlich der offiziellen Meinung, für unser Volk und seine Vertretung, die PLO, sowie die Verurteilung der israelischen Besatzung und ihrer rassistischen, faschistischen Maßnahmen. Der Beschluß der UN-Vollversammlung 21L/143 vom 4.11.1988, der das Ergebnis der Sitzung zur Intifada war, stellt einen weiteren Beweis für die Solidarität der Völker der Welt und der überwiegenden Mehrheit der Staaten der Welt gegen die Besatzung dar.

Mit dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes um seine unveräußerlichen Rechte, um Befreiung und Unabhängigkeit und aufgrund des Verbrechens der Besatzung und ihrer unmenschlichen und bestialischen Massnahmen wurde die Lüge der zionistischen Propaganda über die Demokratie des zionistischen Gebildes in Palästina, die die Weltöffentlichkeit über 40 Jahre in die Irre geführt hat, entlarvt und Israel in seinem Charakter als ein faschistischer, rassistischer Siedlerstaat bloßgestellt, der auf dem Raub des palästinensischen Bodens und der Vernichtung des palästinensischen Volkes basiert, umsomehr als Israel die umliegenden arabischen Staaten bedroht und eine aggressive und expansive Politik ihnen gegenüber verfolgt.

Dadurch wurde bewiesen, daß die Besatzungsmacht die Früchte ihrer Besatzung nicht auf Kosten des besetzten Vokes ernten kann, ohne dafür den Preis zu bezahlen, sei es auf dem Boden Palästinas oder auf dem Felde der internationalen Öffentlichkeit. Neben den israelischen demokratischen und progressiven Kräften, die die Besetzung und ihre willkürlichen Maßnahmen abgelehnt und verurteilt haben, sind auch die jüdischen Gemeinden nicht mehr in der Lage, Israel weiterhin in Schutz zu neh-

men oder über seine Verbrechen am palästinensischen Volk zu schweigen. Viele Stimmen aus diesen Gemeinden und Gruppierungen haben sich erhoben und verlangen, diesen Verbrechen Einhalt zu gebieten und aus den besetzten Gebieten abzuziehen, um dem palästinensischen Volk die Ausübung seines Recht auf Selbstbestimmung zu ermöglichen.

Durch die von der Revolution und der Intifada unseres Volkes geschaffenen Ergebnisse und Einflüsse auf regionaler arabischer und internationaler Ebene wurden die Richtigkeit und der realistische Charakter des nationalen Programms der PLO, die Besatzung zu beenden und das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates zu verwirklichen, bestätigt. Unterstrichen wurde auch, daß der Kampf unseres Volkes ein einschneidender Faktor ist, unsere nationalen Rechte den Krallen der Besatzung zu entreißen. Die Macht der Volksmassen wird durch ihre Komitees repräsentiert, die die Lage im Kampf gegen die Besatzungsmacht und deren zusammenbrechende Einrichtungen in der Hand hält. Die internationale Gemeinschaft ist jetzt mehr als früher in der Lage, sich an einer politischen Lösung der Nahostfrage und ihrem Kern, der Palästinafrage, zu beteiligen.

Die israelische Besatzungsmacht, unterstützt von der amerikanischen Administration, kann ihre Politik der Mißachtung des internationalen Willens nicht fortsetzen, eines Willens, der sich heute in der Notwendigkeit, eine internationale Nahostfriedenskonferenz einzuberufen und dem palästinensischen Volk die Ausübung seiner nationalen Rechte zu ermöglichen, an erster Stelle sein Recht auf nationale Selbstbestimmung auf seinem Boden, einig ist.

Im Lichte all dessen und um die Standhaftigkeit unseres Volkes und der Intifada zu unterstützen sowie dem Willen unserer Massen innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat zu entsprechen und aus Treue zu den Gefallenen, Verletzten und Gefangenen beschließt der Palästinensische Nationalrat:

Auf der Ebene der Intifada

1. Bereitstellung der Mittel und Möglichkeiten, um die Intifada unseres Volkes auf allen Ebenen und mit allen Mitteln zu verstärken, um ihre Fortsetzung und Intensivierung zu garantieren;
2. Unterstützung der Masseninstitutionen und -organisationen in den besetzten palästinenischen Gebieten;
3. Verstärkung und Entwicklung der Volkskomitees, der zuständigen Massenorganisationen und gewerkschaftlichen Verbände, um ihre Wirkung und ihre Rolle zu verbessern, einschließlich der Kampfeinheiten und der Volksarmee.
4. Festigung der nationalen Einheit, die während der Intifada erheblich verstärkt wurde;
5. Verbesserung der Arbeit auf internationaler Ebene, um die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr der Deportierten zu erwirken sowie den Massnahmen des offiziellen organisierten Terrors gegen unsere Frauen, Männer und Kinder Einhalt zu gebieten;
6. Aufforderung an die UNO, das besetzte palästinensische Land unter internationale Kontrolle zu stellen, um unsere Massen zu schützen und die israelische Besetzung zu beenden;
7. Aufforderung an die palästinensischen Massen außerhalb der Heimat, ihre Arbeit zu intensivieren, zu erweitern und zu festigen und den palästinensischen Familien in der besetzten Heimat beizustehen;
8. Aufforderung an die arabische Nation, ihre Massen, politischen Kräfte, Institutionen und Regierungen, ihre politische, wirtschaftliche und informationelle Unterstützung für die Intifada zu steigern;
9. Aufforderung an die freiheitsliebenden und aufrichtigen Menschen in der ganzen Welt, unseren Massen, unserer Intifada und unserem Kampf beizustehen in der Begegnung der israelischen Besetzung und ihren offiziellen militärischen, faschistischen, terroristischen Willkürmethoden, die die Besatzungsarmee und die fanatischen, bewaffneten Siedler gegen unsere Massen, Universitäten, Schulen, Institutionen, nationale Wirtschaft und heiligen islamischen und christlichen Stätten anwenden.

Auf politischer Ebene

Unter Berücksichtigung all dessen bekräftigt der Palästinensische Nationalrat aus seiner verantwortungsvollen Haltung gegenüber unserem palästinensischen Volk, seinen nationalen Rechten und seinem Willen zum Frieden, gestützt auf die Proklamation der Unabhängigkeit vom 15.11.1988 und im Einvernehmen mit dem Willen der Menschheit nach internationaler Entspannung und atomarer Abrüstung sowie der Suche nach Beilegung der regionalen Konflikte mit friedlichen Mitteln, die Entschlossenheit der PLO, eine umfassende politische Lösung für den arabisch-israelischen Konflikt und seinen Kern, die Palästina-Frage, im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen und entsprechend den Prinzipien der internationalen Legitimität und des Völkerrechts und den

Resolutionen der Vereinten Nationen sowie den jüngsten Beschlüssen des Weltsicherheitsrates 605, 607, 608 und den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenzen anzustreben, die das Recht des palästinensisch-arabischen Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung seines nationalen unabhängigen Staates auf seinem nationalen Boden garantieren und die Bedingungen für Frieden und Sicherheit für alle Staaten in der Region schaffen.

Um dies zu verwirklichen betont der Palästinensische Nationalrat folgendes:

1. Die Notwendigkeit, eine wirkungsvolle internationale Konferenz zum Nahostkonflikt und seinem Kern, der Palästina-Frage, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen sowie unter Teilnahme der ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates und aller in der Region am Konflikt beteiligten Parteien, einschließlich der PLO, der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes, auf gleichberechtigter Ebene einzuberufen, in Anbetracht dessen, daß die internationale Konferenz auf Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 sowie der Garantie der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes einberufen wird, an erster Stelle das Recht auf Selbstbestimmung, entsprechend den Prinzipien und Bestimmungen der UN-Charta in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Verbot, sich fremde Gebiete durch Gewalt oder militärische Invasion anzueignen, und in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen zur Palästina-Frage;.
2. Rückzug Israels aus allen palästinensischen und arabischen Gebieten, die es im Jahre 1967 besetzt hat, einschließlich des arabischen Jerusalem;
3. Annullierung aller Annektionen und Einverleibungen sowie die Beseitigung aller Siedlungen, die Israel auf palästinensischem und arabischem Land seit 1967 errichtet hat;
4. Anstrengungen zu unternehmen, die besetzten arabischen Gebiete, einschließlich des besetzten Jerusalem, für eine begrenzte Zeit unter UN-Kontrolle zu stellen, um unser Volk zu schützen und eine günstige Atmosphäre zu schaffen, um der Arbeit der internationalen Konferenz zum Erfolg zu verhelfen und um eine umfassende politische Lösung und die Verwirklichung von Sicherheit und Frieden für alle in gegenseitigem Einverständnis und zur beiderseitigen Zufriedenheit zu erreichen sowie dem palästinensischen Staat die Möglichkeit zu geben, auf diesen Gebieten tatsächlich seine Macht auszuüben;
5. Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems gemäß den diesbezüglichen UN-Resolutionen;
6. Garantie der Religionsfreiheit und des freien Zugangs aller Religionen zu den heiligen Stätten in Palästina;
7. Die Verantwortung des Weltsicherheitsrats, die Sicherheit und den Frieden für alle betroffenen Staaten in der Region, einschließlich des palästinensischen Staates, zu garantieren.

Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt seine früheren Beschlüsse bezüglich der besonderen Beziehungen zwischen dem palästinensischen und jordanischen Brudervolk und unterstreicht, daß die zukünftigen Beziehungen zwischen dem jordanischen und dem palästinensischen Staat auf konföderativen Grundlagen, auf Freiwilligkeit und auf freier Wahl der Brudervölker basieren, um die historischen Bande und gemeinsamen lebenswichtigen Interessen beider Völker zu fördern.

Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt erneut seine Verpflichtung gegenüber den UN-Resolutionen, die das Recht der Völker auf Widerstand gegen fremde Besetzung, Kolonialismus, Apartheid und ihren Kampf um Unabhängigkeit festschreiben, und erklärt von neuem seine Ablehnung des Terrorismus in all seinen Formen, einschließlich des Staatsterrors und betont seine Verpflichtung gegenüber seinen früheren Beschlüssen zu diesem Punkt und gegenüber den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenz von 1988 und den UN-Resolutionen 159/42 von 1967 und 40/61 von 1985 und dem Inhalt der Kairoer Erklärung vom 6.11.1985.

Auf arabischer und internationaler Ebene

Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Notwendigkeit der Einheit Libanons, seines Volkes, seines Landes und seiner Institutionen, und tritt allen Versuchen entgegen, sein Land zu zerstückeln und das brüderliche libanesische Volk zu spalten. Der Nationalrat bekräftigt außerdem die Wichtigkeit gemeinsamer arabischer Bemühungen, sich an Lösungen des Libanon-Problems zu beteiligen, die die Einheit des Libanons garantieren. Der Rat bekräftigt die Bedeutung des Rechts der palästinensischen Bürger im Libanon, ihre politischen und informationellen Aktivitäten auszuüben, Sicherheit und Schutz zu genießen und alle Formen der Konspiration und Aggression, die gegen sie und ihr Recht auf Arbeit und Leben gerichtet sind, zu bekämpfen, sowie die Notwendigkeit, alle Bindungen zu schaffen, die ihr Recht auf Selbstverteidigung und Verwirklichung ihrer Sicherheit und ihres Schutzes garantiert.

Der Nationalrat bekräftigt ferner seine Solidarität mit den libanesisch-islamisch nationalen Kräften in ihrem

„Der Lastenträger“ Gemälde von Suleiman Mansour

Kampf gegen die israelische Besatzung und deren Kollaborateure im Südlibanon. Er bringt seinen Stolz über die kämpferische Solidarität zwischen dem libanesischen und palästinensischen Volk im Widerstand gegen die Aggression und die israelische Besetzung in Teilen des Südlibanon zum Ausdruck.

In diesem Zusammenhang richtet der Rat einen Gruß der Hochachtung an die Standhaften in unseren Flüchtlingslagern im Libanon und in dessen Süden in ihrem Kampf gegen die Aggression und die Massaker, gegen Mord, Aushungerung, Zerstörung, Luftangriffe, Bombardierungen und Belagerung, die die israelischen Streitkräfte, die israelische Luftwaffe und die israelische Marine gegen die palästinensischen Flüchtlingslager und die libanesischen Dörfer verüben, die dabei von kollaborierenden Kräften in der Region unterstützt werden.

Der Rat lehnt es ab, die Palästinenser im Libanon dauerhaft anzusiedeln, weil Palästina die Heimat der Palästinenser ist.

Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Bedeutung des Waffenstillstands zwischen Irak und Iran, um einen dauerhaften Frieden zwischen beiden Staaten und in der Golfregion zu erreichen und ruft zur Unterstützung der Bemühungen auf, die Friedensgespräche zum Erfolg zu führen und sie auf eine solide und stabile Grundlage zu stellen. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Rat den Stolz des arabisch-palästinensischen Volkes und der gesamten arabischen Nation über die Standhaftigkeit des Bruderstaates Irak und seine Siege bei der Verteidigung der östlichen Flanke der arabischen Nation.

Der Nationalrat bringt seinen Stolz über den Beistand der Massen der arabischen Nation an der Seite des Kampfes des arabisch-palästinensischen Volkes und ihre Unterstützung für die PLO und die Intifada in der besetzten Heimat zum Ausdruck. Er betont die Bedeutung der kämpferischen Beziehungen zwischen den Kräften, Parteien und Organisationen der arabischen Befreiungsbewegung, um die Rechte der arabischen Nation und ihrer Massen auf Freiheit, Fortschritt, Demokratie und Einheit zu verteidigen. Der Rat ruft dazu auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die patriotische Einheit zwischen allen Teilen der arabischen Befreiungsbewegung zu fördern.

Der Palästinensische Nationalrat richtet seinen Gruß und seinen Dank an die arabischen Staaten für ihre Unterstützung des Kampfes unseres Volkes und appelliert an sie, ihren Verpflichtungen aus den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenz von Algier nachzukommen und die Intifada zu unterstützen. Wenn der Rat diese Bitte stellt, so drückt er damit sein großes Vertrauen in die Führer der arabischen Nation aus. Sie werden, wie wir es von ihnen gewohnt sind, eine Stütze und eine Hilfe für Palästina und sein Volk bleiben.

Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt das Bemühen der PLO um die arabische Solidarität im Rahmen der arabischen Nation und ihrer Staaten im Kampf gegen die israelische Aggression und die amerikanische Unterstützung für diese Aggression sowie um die Förderung der Stellung und der notwendigen arabischen Rolle, um Einfluß auf die internationale Politik zugunsten der arabischen Rechte und Fragen zu gewinnen.

Der Palästinensische Nationalrat spricht allen Staaten, Kräften, Organisationen und internationalen Organisationen, die die palästinensischen nationalen Rechte unterstützen, seinen Dank aus und bekräftigt seine Bemühungen, die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der befreundeten Sowjetunion, mit der befreundeten Volksrepublik China und den sozialistischen Staaten, den blockfreien, islamischen, afrikanischen, lateinamerikanischen und den übrigen Bruderstaaten zu intensivieren.

Der Palästinensische Nationalrat betrachtet mit Genugtuung die positive Entwicklung der Haltung einiger westeuropäischer Staaten und Japans in eine neue Richtung der Unterstützung der Rechte des palästinensischen Volkes und begrüßt diese Entwicklung.

Der Nationalrat bekräftigt die Solidarität des palästinensischen Volkes und der PLO mit dem Kampf der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas um ihre Befreiung und die Konsoliderung ihrer Unabhängigkeit und verurteilt alle amerikanischen Versuche, die Unabhängigkeit Mittelamerikas durch Invasion und Einmischung in seine Angelegenheiten zu bedrohen.

Der Palästinensische Nationalrat bringt die Unterstützung der PLO für alle Befreiungsbewegungen in Südafrika und in Namibia unter Führung der SWAPO zum Ausdruck. Ein besonderer Gruß geht an Bruder Nelson Mandela in seinem Kampf gegen das rassistische Regime von Pretoria. Der Nationalrat fordert für beide Völker Freiheit und Unabhängigkeit und bringt auch seine Solidarität mit den afrikanischen Frontstaaten zum Ausdruck und verurteilt die Agressionen des südafrikanischen Regimes gegen diese Staaten.

Der Palästinensische Nationalrat betrachtet mit großer Sorge das Erstarken der faschistischen und der extremistischen israelischen Kräfte und ihre lauten, öffentlichen Aufrufe zu einer Politik der Vernichtung und der individuellen und kollektiven Vertreibung. Der Rat ruft dazu auf, die Anstrengungen und Bemühungen auf allen Ebenen zu intensivieren, um dieser faschistischen Bedrohung und Gefahr entgegenzutreten, und bringt zugleich seinen

Respekt für die tapfere Rolle der israelischen Friedenskräfte in ihrem Kampf zur Entlarvung der faschistischen und rassistischen Kräfte der Aggression zum Ausdruck sowie für ihre Unterstützung der heroischen Intifada und ihre Solidarität mit den Rechten unseres Volkes auf Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates. Der Rat bekräftigt seine früheren Beschlüsse bezüglich der Förderung und Entwicklung dieser demokratischen Kräfte.

Der Palästinensische Nationalrat richtet sich an das amerikanische Volk und appelliert an seine verschiedenen Schichten, der Politik der amerikanischen Administration, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines heiligen Rechtes auf Selbstbestimmung, negiert, Einhalt zu gebieten. Der Rat appelliert an alle Schichten des amerikanischen Volkes, eine Politik zu fordern, die mit den Menschenrechten und den Prinzipien der internationalen Legitimität übereinstimmt und die den notwendigen Bemühungen um einen Frieden im Nahen Osten dient und die Sicherheit aller Völker der Region, einschließlich des palästinensischen Volkes, garantiert.

Der Rat beauftragt das Exekutivkomitee mit der Bildung eines Komitees, das das Gedenken an den gefallenen Führer Abu Jihad dauerhaft in Erinnerung hält und seine Arbeit nach Beendigung der Nationalratssitzung unverzüglich aufnimmt.

Der Rat richtet seine Grüße an den Sonderausschuß der Vereinten Nationen für die Ausübung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und an die Nicht-Regierungs-Organisationen und an die Massenmedien, die den Kampf des palästinensischen Volkes und die Intifada verfolgt und unterstützt haben.

Der Rat bringt seine tiefe Bestürzung über die fortdauernde Inhaftierung von Hunderten von Patrioten der Söhne unseres Vokes in einigen arabischen Saaten zum Ausdruck. Er verurteilt schärfstens ihre fortdauernde Inhaftierung und fordert diese Staaten auf, diesen Zustand nicht länger aufrechtzuhalten und sie freizulassen, damit sie ihre Rolle im nationalen Kampf übernehmen können.

Zum Schluß gibt der Palästinensische Nationalrat seinem Vertrauen in die Gerechtigkeit der palästinensischen Sache und der Forderungen, für die das palästinensische Volk kämpft, Ausdruck. Sie werden immer mehr Unterstützung bei den aufrichtigen und freiheitsliebenden Menschen auf der Welt finden. Der Rat bekräftigt sein volles Vertrauen in den Sieg und die Rückkehr nach Jerusalem, der Hauptstadt unseres unabhängigen palästinensischen Staates, zum Ausdruck.

Algier, 15. 11. 1988

Frieden ist erreichbar

Erklärung des PLO-Vertreters Abdalla Frangi

Die jetzige Entwicklung auf palästinensischer, arabischer und internationaler Ebene ist sehr günstig, um einen globalen und dauerhaften Frieden im Nahen Osten zu verwirklichen. Ich möchte das begründen:

Auf palästinensischer Ebene

1. Der Aufstand der Palästinenser, der jetzt fast ein Jahr alt ist, ist ungebrochen und geht weiter. Die Intifada hat neue Realitäten geschaffen.

2. Es gibt heute keinerlei Diskussion mehr darüber, daß allein die PLO die einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes ist.

3. Der Palästinensische Nationalrat in Algier hat auf seiner außerordentlichen Sitzung die Unabhängigkeit des Staates Palästina proklamiert und damit weichenstellende Entscheidungen getroffen.

Auf arabischer Ebene

1. Der Beschluß des jordanischen Königs Hussein, die Verantwortung für die Westbank in politischer, wirtschaftlicher und juristischer Hinsicht aufzugeben, war ein politischer Faktor, der die Verantwortlichkeit und die Verantwortung der PLO unter Beweis gestellt hat.

2. Die arabische Gipfelkonferenz von Algier hat ihre Unterstützung für die Intifada sehr deutlich gemacht und Maßnahmen ergriffen, um die Fortdauer der Intifada zu garantieren.

3. Die Beendigung des Krieges zwischen Iran und Irak hat das Schwergewicht in der Region wieder auf die Intifada und die Palästina-Frage gelegt.

Auf internationaler Ebene

1. Die Entspannungspolitik zwischen den Supermächten hat die generelle Konfrontationspolitik zwischen Ost und West erheblich vermindert. Diese Entspannungspolitik hat eine Athmosphäre geschaffen, die regionalen Konflikte in der Welt durch Gespräche und politische Verhandlungen zu lösen. Die Lösungen und Fortschritte in den Konflikten in Afghanistan, Namibia, Kambodscha, Iran-Irak, Tschad, Lateinamerika und Westsahara haben dies bestätigt. Das Palästina-Problem kann von dieser Entwicklung nicht ausgesperrt bleiben.

2. Die Supermächte haben der UNO bei der regionalen Konfliktlösung eine zentrale Rolle zukommen lassen. Die UNO, die als Organisation für die Teilung Palästinas und den Beschluß zur Gründung zweier Staaten in Palästina verantwortlich war, muß jetzt hier ihre Aufgabe ernsthaft wahrnehmen.

3. In dieser Phase der Entspannung hat auch die Europäische Gemeinschaft die Chance zu einer neuen, politisch bedeutenderen Rolle gerade im Nahostkonflikt. Da die EG aufgrund ihrer politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und geographischen Verbindungen vom Konflikt im Nahen Osten nicht unberührt bleiben kann, ist die Schlußfolgerung nur konsequent, daß sie sich intensiv an einer Friedenssuche beteiligt.

Auf israelischer Ebene

Die Intifada hat ebenso wie im Jahre 1982 die Invasion in den Libanon die israelische Gesellschaft gezwungen, den palästinensischen Faktor, das palästinensische Volk, seine Existenz und seine nationalen Bestrebungen zur Kenntnis zu nehmen. Israel ist sich mehr als je zuvor bewußt geworden, daß es eine Besatzungsmacht ist. Der palästinensische Faktor war das entscheidende Wahlkampfthema in Israel. Dies hat deutlich gemacht,

daß auch die Israelis - ungeachtet ihrer Wahlentscheidung - nicht mehr vor einer Auseinandersetzung mit den Palästinensern weglaufen können. Für viele ist zweifellos längst deutlich geworden, daß es zum Frieden mit den Palästinensern und zu einem palästinensischen Staat keine Alternative geben kann.

Die Beschlüsse des Nationalrats

Der Palästinensische Nationalrat hat sich in Algier mit der Mehrheit von 253 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen mit überdeutlicher Mehrheit für die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz auf der Grundlage der Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 sowie der Garantie der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes ausgesprochen. Er hat den Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten, einschließlich des arabischen Jerusalem gefordert sowie die Annullierung aller Siedlungen und Annektionen.

Dieser in demokratischer Entscheidung gefaßte Beschluß des palästinensischen Exilparlkaments ist der Beitrag der Palästinenser und der PLO zum Friedensprozeß.

Die Proklamation des Staates Palästina vom 15. November 1988 hat den Willen der Palästinenser, einen gerechten und dauerhaften Frieden mit einem palästinensischen Staat auf palästinensischen Boden zu schaffen, sehr deutlich gemacht.

Ich hoffe - lassen Sie mich das zum Abschluß sagen -, daß mit diesen Entscheidungen in der jetzigen politischen Lage ein dynamischer Prozeß eingeleitet worden ist, an dessen Ende der Friede steht. Ich bin davon überzeugt, der Frieden ist erreichbar.

Abdalla Frangi
Bonn, den 17.11.1988

Freiheit und Selbstbestimmung für die Palästinenser

Die Schreie der gefolterten Palästinenser
im Gefängnis von Hebron
und in anderen israelischen Geheimdienstkellern
und auch die Schüsse,
die palästinensische Kinder und Jugendliche
auf der Straße niedergestreckt haben,
sind nicht ungehört verhallt.
Trotz Terror demonstrieren Zehntausende
und fordern ihr Recht,
über 1.000 wurden verhaftet, Dutzende erschossen,
Israel geht den Weg seines heimlichen
Bundesgenossen Südafrika:
Apartheid und Rassismus, endlich ganz ohne Maske

Als von Hitler vertriebener Jude und in der Welt
herumgekommener Schriftsteller
erkläre ich meine Solidarität
mit dem palästinensischen Volk.
Alle Welt ist aufgerufen zu verhindern,
daß Unrecht und Terror eskalieren.
Die Juden sind aufgerufen,
sich laut gegen die Verbrechen zu wenden,
die in ihrer aller Namen begangen werden.
Die Deutschen sind aufgerufen zu helfen:
Ohne Hitler wären nie genug
verbitterte Einwanderer gekommen,
um die Palästinenser so unterdrücken zu können.
Die Amerikaner sind aufgerufen, ihren israelischen Satelliten
nicht weiter rasen zu lassen.

Alle Welt muß endlich offenen Auges Solidarität üben.
Der Terror muß aufhören.
Freiheit und Selbstbestimmung für die Palästinenser!

ERICH FRIED, London, 29.12.1987

Samih K. Farsoun

Die Wurzeln der Intifada

Der palästinensische Aufstand gegen die israelische Besetzung, die Intifada, befindet sich gegenwärtig im neunten Monat. Er dauert - entgegen der Meinung der Experten - wesentlich länger als erwartet, trotz wachsender Leiden für das palästinensische Volk.

Alle Bereiche der palästinensischen Gesellschaft - Handel, Industrie, Landwirtschaft, Reisen, Gesundheits- und Bildungswesen - sind den Restriktionen seitens der israelischen Besatzungsorgane unterworfen. Das Brutto-Inlands-Produkt der besetzten Gebiete ist seit letztem Dezember um 25 % gesunken, aber dennoch, dauert die Intifada an.

Die Dauer, die Reichweite, die neuen Taktiken und Errungenschaften der Intifada machen sie zu einer historischen Bewegung. In der Tat, sie ist die vierte solcher großen Bewegungen zur Verteidigung des palästinensischen Heimatlandes. (Die erste war die 1936-39er Revolte gegen die britischen Mandatsmacht; die zweite war der Widerstand von 1947-48 gegen die Teilung Palästinas und 1964-65 kulminierte die dritte Bewegung in der Gründung der PLO).

Die Intifada drückt den jüngsten kollektiven Willen des palästinensischen Volkes aus. Sie spiegelt ein nationales Bewußtsein wider, leistet Enteignungen Widerstand und fordert palästinensische politische Rechte zurück. Ihr schließen sich Junge und Alte, Männer und Frauen, Städter und Bauern, Moslems und Christen, Arme und Reiche an, um eine genuine Volksbewegung zu bilden.

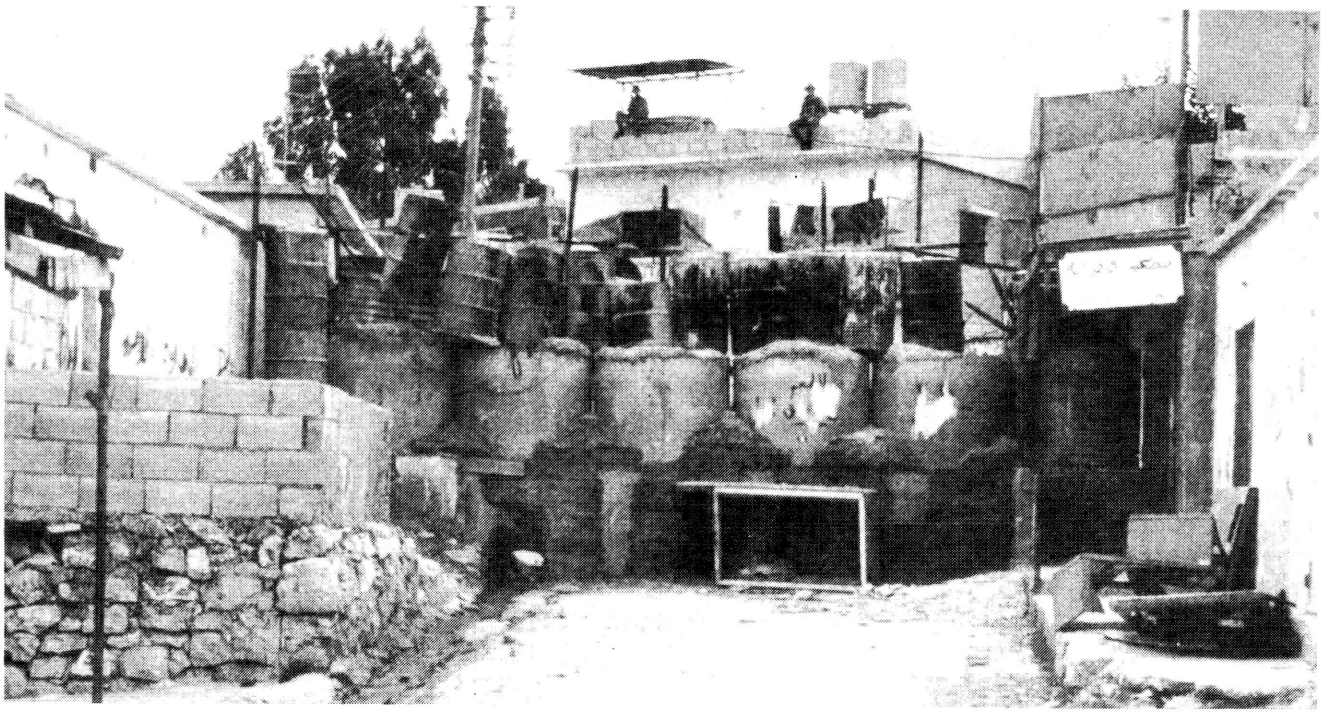
Die Intifada ist von historischer Bedeutung, da sie potentiell entgegengesetzte Kräfte in der palästinensischen Gesellschaft zusammenführt und alle Palästinenser, einschließlich der in Israel lebenden, vereint. Sie belebt die PLO und die palästinensischen Gemeinden in der ganzen Welt wieder. Sie ist historisch, da sie eine politische Einheit mit einer klaren und eindeutigen Forderung schafft: Beendigung der Okkupation und Ebnung des Weges zur Selbstbestimmung.

Darüberhinaus hat die Intifada einen Gemeinschaftssinn entstehen lassen und eine Disziplin bei den Palästinensern unter Besetzung geschaffen, die der vorhergehenden Zersplitterung und Anarchie ein Ende setzten. Sie hat eine neue Strategie entwickelt, die den zivilen Ungehorsam mit den Basisorganisationen koordiniert. Sie liefert eine palästinensische Alternative zur israelischen Okkupation - eine Alternative, die sich aus lebensfähigen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Einheiten zusammmensetzt. Sie hat den Motor der palästinensischen Gesellschaft wieder in Gang gesetzt. Dr. Hanan Mikhail-Ashrawi, Dekan der Bir Zeit Universität in Ramallah, meinte, die Botschaft der Intifada an Israel und den Rest der Welt laute: „Wir Palästinenser bleiben auf unserem Land, und wir sind absolut in der Lage, unser Leben selber zu organisieren."

Neue Reportagen und Augenzeugenberichte bestätigen immer wieder den grundlegenden Stimmungswandel der Bevölkerung: Anstatt bitter über ihr Leiden unter israelischer Herrschaft zu klagen und sich selbst zu bemitleiden, sprechen die Menschen über mögliche Widerstandsaktionen, gegenseitige Hilfe und Entwicklung ihrer Gemeinschaften. Aus der Tiefe der Verzweiflung, wie sie noch vor einem Jahr zu beobachten war, ist ein neuer Optimismus und Aktivismus geboren. Die Intifada hat den Menschen eine neue Hoffnung auf ein würdiges Leben frei von Unterdrückung und Besatzung gegeben.

Die alte politische Rechnung in dieser Region und in der Welt geht nicht mehr auf Es gibt kein zurück mehr zum Status quo ante. Die Intifada hat politische Realitäten kreiert, die nicht länger ignoriert werden können: Die Palästinenser, wollen in ihrer Heimat frei und unabhängig leben.

Warum die Intifada?



Eingang zum Flüchtlingslager Duheisheh. Auf den Dächern ein Posten der israelischen Armee

Warum und wie brach die Intifada aus? Der Hauptgrund ist die israelische Kolonisation der Westbank und des Gazastreifens. Die besetzten Gebiete sind systematisch auf den Status einer israelischen Kolonie gedrückt worden. Der Prozeß der Aufrechterhaltung dieses Koloniestatus läßt sich an vier Hauptkriterien verdeutlichen: Politische Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung, soziale Deklassierung und kulturelle Repression.

Politische Unterdrückung ist Israels deutlichste und bestverstandene Methode zur Unterjochung der besetzten Gebiete.

Israel verbietet schlicht und einfach jegliche Art von politischer Aktivität. Israel sperrt politische Aktivisten ein oder deportiert sie, und versucht die politischen „Graswurzel"-Aktivitäten durch Anwendung von kollektiven Strafmaßnahmen zu ersticken. Langandauernde Ausgangssperren werden über Dörfer, Städte und Flüchtlingslager verhängt. 2.000 Menschen wurden seit 1967 in die benachbarten Länder ausgewiesen, Tausende von Häusern zerstört und von den 1,5 Millionen Palästinensern in den besetzten Gebieten wurden ca. 400.000 Menschen bereits einmal inhaftiert, mehr als jeder Vierte.

Weniger öffentliche Aufmerksamkeit erregt die ökonomische Ausbeutung der besetzten Gebiete.

Israel beschlagnahmt palästinensischen Boden und kontrolliert die Wasserresourcen, entwertet die palästinensische Arbeit und bindet die besetzten Gebiete als abhängige Märkte an die israelische Wirtschaft. Untersuchungen besagen, daß Israel 55 % des Bodens in der Westbank und 30 % des Bodens im Gazastreifen beschlagnahmt hat. Auf diesem konfiszierten Boden wurden bisher 120 Siedlungen errichtet und das arabische Ostjerusalem annektiert.

Die besetzten Gebiete wurden der ökonomischen Infrastruktur Israels einverleibt und somit von ihr abhängig gemacht. Mit dem Transport- und Kommunikationswesen wurde ebenso verfahren. Das Wasser der besetzten Gebiete und seine Verteilung wurden der israelischen Kontrolle unterworfen. Israelische Siedler im Gazastreifen verbrauchen im Jahr 2.326 Kubikmeter Wasser pro Kopf; während der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch der Palästinenser im Gazastreifen nur 123 Kubikmeter ausmacht - ein Zwanzigstel des Verbrauchs der israelischen Siedler. Das Stromnetz der besetzten Gebiete ist ebenfalls in das israelische integriert.

Kurz, die Okkupation zielt darauf ab, das ökonomische Wachstum und die Entwicklung der lokalen Industrie, Landwirtschaft und Handel zu verhindern. Die besetzten Gebiete sind heute wirtschaftlich an Israel gefesselt. Westbank und Gazastreifen importieren jährlich israelische Waren im Wert von über 800 Millionen Dollar , während die Exporte nach Israel streng kontrolliert werden. Ein freier Warenaustausch ist nicht erlaubt. Die besetzten Gebiete sind nicht nur für Israel zum zweitwichtigsten Absatzmark für Gebrauchsartikel geworden (die USA nehmen den ersten Platz ein), sondern sie wurden auch ein Reservoir billiger, unterbezahlter Arbeitskräfte, aus dem sich der israelische Bausektor, die Dienstleistungsunternehmen, die Landwirtschaft und in einem geringeren Ausmaß die Handwerksbetriebe Israels bedienen können. Über 120.000 palästinensische Arbeiter fahren jeden Tag nach Israel zur Arbeit.

Der koloniale Prozeß der wirtschaftlichen Ausbeutung hat viele Palästinenser schwer getroffen und ihren Lebensstandard gesenkt. Über zwei Jahrzehnte israelischer Herrschaft hätte diese Entwicklung noch verschlimmert, wäre da nicht der Ölboom auf der arabischen Halbinsel gewesen, der verzweifelte Palästinenser Beschäftigung finden ließ und somit den Unterhalt für ihre Familien in der Heimat sicherstellte.

Der dritte Aspekt der Okkupation ist der Prozeß der sozialen Deklassierung und Absonderung.

Ein apartheidähnliches System wurde den Palästinensern auferlegt. So ist es palästinensischen Arbeitern aus den besetzten Gebieten nicht erlaubt, über Nacht in Israel zu bleiben. Sie müssen oft stundenlange Anfahrtswege in Kauf nehmen, um zu ihren Arbeitsstellen in Israel zu gelangen, da die Verkehrsmöglichkeiten langsam, teuer und umständlich sind. Die Palästinenser, die in Israel arbeiten müssen, sind dazu verdammt, die Arbeiten zu übernehmen, zu denen die Israelis nicht bereit sind. Die israelischen Besatzungsbehörden haben die Aktivitäten aller palästinensischen Institutionen genau festgeschrieben, einschließlich jener in den Bereichen, die eine organisierte Aktivität erfordern, wie Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Arbeit. Sie haben die Bewegungsfreiheit und Koordination der Leiter dieser Bereiche eingeschränkt, deren Bemühungen sabotiert und die Strukturen dieser Institutionen lahmgelegt. Die normale Bereitstellung von Dienstleistungen wurde behindert, was zu einer Atomisierung der palästinensischen Gesellschaft führte. Schließlich führte die kulturelle und ideologische Repression bei allen Palästinensern zu Identitätsproblemen und zu einer Unterdrückung ihres nationalen Bewußtseins.

Die israelische Unterdrückung der palästinensischen Kultur hat solch extreme Ausmasse angenommen, daß Maler nicht malen oder ihre Werke nicht ausstellen dürfen, sofern sie die vier Farben der palästinensischen Flagge zeigen. Es gibt zu dem eine starke Einmischung in die Gestaltung der Inhalte von Lehrplänen, insbesondere in Bezug auf Geschichte und Kultur Palästinas und der Palästinenser.

Die Kombination dieser vier Unterjochungspraktiken - politische Unterdrückung, ökonomische Ausbeutung, Abbau der sozialen Institutionen sowie Absonderung und kulturelle Repression - haben eine starke, ständig steigende Frustration und Wut unter den Palästinensern erzeugt. Diese Praktiken wurden von der israelischen Regierung unter der Arbeiterpartei mit Beginn der Besetzung im Jahre 1967 eingeführt. Mit dem Sieg der konservativen, nationalistischen Likudkoalition 1977 gab es eine Eskalation dieses Kolonisationsprozesses. Palästinensischer Widerstand gegen diese Praktiken veranlaßte die Likudregierung zu weiteren Unterdrückungsmaßnahmen.

1980-81 bezeichneten die Israelis selbst diese Form von Politik als „Eiserne Faust".

Diese Politik der „Eisernen Faust" bekam auch einen außenpolitischen Aspekt. Sie führte zu der unfaßbaren zerstörerischen und brutalen israelischen Invasion in den Libanon im Jahre 1982. Die Politik der „Eisernen Faust" ermutigte offizielle Besatzungsbehörden und israelische Siedler zu Mißhandlung und Erniedrigung der palästinensischen Bevölkerung.

Natürlich schürte dies noch mehr den Funken der Rebellion. Während die Hauptursachen für die Intifada schon vor langer Zeit angelegt worden sind, gehen die mittelfristigen Faktoren für die jetzige Erhebung auf das Jahr 1983 zurück. Das Zusammentreffen einer Anzahl von Faktoren machte die Situation für die Palästinenser in den besetzten Gebieten unerträglich.

Zunächst war da die Niederlage der PLO und ihre Aufsplitterung im Libanonkrieg 1982, dann die Massaker in Sabra und Shatila, die das palästinensische Volk demoralisierten. Die Palästinenser in der ganzen

Welt waren außer sich, und besonders jene unter israelischer Herrschaft, die sich ein Ende des israelischen Jochs ersehnt hatten. Hilfe von außerhalb war nicht zu erwarten, und es wurde dringender denn je, die Angelegenheit in die eigene Hand zu nehmen.

Dann führte das Ende der Ölboom-Ära zu ökonomischen Rückschlägen unter den im Osten lebenden Arabern wie auch unter den Palästinensern in der Westbank und im Gazastreifen, die von den finanziellen Überweisungen ihrer Verwandten, die in den ölproduzierenden arabischen Ländern arbeiteten, abhängig waren. Vor 1983 hatte die Auswanderungsrate aus den besetzten Gebieten 1,7 % erreicht, 1985 fiel sie auf 0,3 %.Die Abnahme der Emigration korrespondierte mit der Abnahme der finanziellen Überweisungen in die besetzten Gebiete. Der Ausweg, der es frustrierten Menschen bisher ermöglichte, das Land zu verlassen und Geld hineinzubringen, wurde immer mehr versperrt, wodurch das soziale und wirtschaftliche Wohlbefinden erheblich verschlechtert wurde. Dies schuf in einer Gesellschaft, die einen sehr hochen Anteil von Kindern und Jugendlichen aufweist, instabile Verhältnisse (im Gazastreifen sind 60& der Palästinenser unter 15 Jahre), was auch durch israelische Militärstatistiken über palästinensische „Gewaltaktionen" belegt wird. Diesen Statistiken zufolge übten Palästinenser vor 1983 jährlich durchschnittlich 450 Gewaltakte aus. 1986 stieg die Anzahl der jährlichen Gewaltakte sprunghaft auf 5.000 an.

Aber was die Situation 1986 verschlimmerte, war die Einführung einer neuen Terrorherrschaft: „Eiserne Faust II". Israel intensivierte seine Anstrengungen, um die sichtbare und eskalierende Gärung der Palästinenser zu kontrollieren. Im gewissen Sinne forderte Israels „Eiserne Faust II" die palästinensische Rebellion heraus. Das Klima der „Eisernen Faust II" ermutigte den früheren General Sharon, in einem Akt der Provokation ein Haus im arabischen Ostteil Jerusalems zu beziehen, es verstärkte die Selbstjustiz der Siedler und förderte individuelle und kollektive Bestrafungen, Mißhandlungen und Erniedrigungen. Mit dem arabischen Gipfel in Amman (1987), nur 40 Kilometer von der palästinensischen Grenze entfernt, wuchs das Gefühl der Enttäuschung angesichts der arabischen Gleichgültigkeit. Während palästinensische Kinder von israelischen Truppen geschlagen wurden, erklärten die arabischen Führer feierlich, daß der Feind der Araber der Iran sei, ein Land 1.500 Kilometer weiter östlich. Im Schlußkommuniqué wurde die Palästinafrage kaum erwähnt. Diese Tatsache, einherge-

hend mit dem Offenkundigwerden der sichtbaren israelisch-jordanischen Zusammenarbeit bei der Kontrolle der besetzten Gebiete, vertiefte das Gefühl des Alleingelassenseins.

All diese Faktoren lösten die Explosion der Intifada im Jahre 1987 aus. In diesem Klima der Aggression und Enttäuschung hätte jeder Zwischenfall zur Explosion führen können.

Dennoch ist es bemerkenswert, daß die Intifada nicht in bloße Gewalttätigkeit ausartete. Es gab keine Anarchie. Sie entwickelte vielmehr sehr schnell organisierte, innovative und die ganze Gemeinschaft umfassende Widerstandsaktionen hin zum zivilen Ungehorsam. Die Jugendlichen, die in ihren Gemeinden Barrikaden errichteten, nahmen Steine in die Hand, um sich und ihre Nachbarn gegen israelischen Truppen und Siedler zu verteidigen, aber ihnen standen schwerbewaffnete israelische Soldaten und Siedler gegenüber. Einige hundert Palästinenser sind bisher getötet, Tausende verwundet und verstümmelt worden und Zehntausende in Internierungslagern in der Wüste inhaftiert.

Die Zerstörung von Besitz, die Verhängung von Kollektivstrafen und ausgedehnten Ausgangssperren verdeutlichen in ihrer Gesamtheit eine barbarische Entfesselung des israelischen Staatsterrorismus. Die Brutalität der israelischen Repression, anschaulich bloßgestellt auf amerikanischen und europäischen Fernsehschirmen, kontrastiert dramatisch mit dem Geist, den zivilen Taktiken und der Menschlichkeit des palästinensischen Widerstands.

Die Intifada in der Rückschau

Der historische Aufstand, sollte er auch heute enden, hat das politische Gleichgewicht der Region dramatisch verändert. In Worten und durch Taten haben die Palästinenser unter Besatzung die palästinensische Einheit und die PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes bestätigt. König Hussein von Jordanien, der über lange Zeit von den Vereinigten Staaten und Israel als Vertreter der Palästinenser gewünscht wurde, zog sich mitsamt seiner Regierung aus der Rolle als Sprecher/Verhandlungspartner für das palästinensische Volk zurück.

Wohl zum ersten Mal definierte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution 608 die besetzten Gebiete von Westbank und Gaza als nationales palästinensisches Territorium. Der Aufstand brachte die Palästinafrage auch auf die Tagesordnung des Gipfeltreffens der Supermächte in Moskau. Er bewirkte ferner, daß die Belagerung der palästinensischen Flüchtlingslager in Beirut aufgehoben wurde, und initiierte Veränderungen und neue Bündnisse in der innerarabischen Politik, stets zur Unterstützung des Kampfes der Völker und der PLO. Und nicht zuletzt hat er einen tiefgreifenden Einfluß auf den israelischen Staat und seine politische Struktur sowie auf die öffentliche Meinung der Juden in der Welt ausgeübt.

Schließlich hat die Intifada das Minimalziel gesetzt, daß die PLO und der Rest der Welt als Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts akzeptieren müssen: Einen unabhängigen palästinensischen Staat in Westbank und Gaza.

Dr. Samih K. Farsoun ist Professor für Soziologie an der Amerikanischen Universität in Washington, D.C

Khalil Toama

Geburtswehen in Palästina?

Kann ein Verkehrsunfall zwischen einem israelischen Militärfahrzeug und zwei mit Palästinensern besetzten Autos, bei dem vier Insassen ums Leben kamen, eine Volkserhebung, eine Intifada, hervorrufen, die seit Dezember 1987 andauert - trotz hohem Blutzoll?

Ein Unfall, der als Rachemord für den ein paar Tage alten Mord an einem Israeli im Gazastreifen angesehen wurde, könnte vielleicht eine Zornentladung der Betroffenen auf den Militärfahrer nachvollziehbar machen, aber keinen Volksaufstand auslösen, und nicht nur in den Flüchtlingslagern der Opfer, nicht nur im Gazastreifen, sondern in den gesamten von Israel 1967 besetzten Gebieten.

Oder war das die Reaktion auf die brutale „Antwort" der israelischen Armee auf die Massendemonstration, die direkt nach der Beerdigung eines der Opfer entflammte, eine Antwort, die erneut einen 17jährigen tötete und mehr als 20 „Trauergäste" verletzte?

Oder war es der „mutige Einzelkämpfer", der palästinensische Segelflieger, der die „hermetisch abgesicherte Grenze zum Libanon" überflog und in einem Kampf sechs israelische Soldaten tötete, bevor er selbst starb?

Viel wurde gerätselt und sehr lange. Statt Ursachen- oder Motivationsforschung zu betreiben, wurde nach einem „Anlaß" gesucht - fieberhaft. Aus dem Meer der Vermutungen tauchte ein „mitteleuropäischer Begriff" auf: Sozialneid.

Dem Zuschauer wurde nicht erzählt, daß im Gazastreifen 250.000 palästinensische Flüchtlinge in acht Lagern auf nur 5,5 Quadratkilometern leben müssen, jedoch auf viermal soviel Fläche. (ein Drittel des gesamten Bodens) 2.700 israelische Soldaten in 18 Siedlungen leben.

Viele waren zufrieden und erleichtert, diesen oder jenen Anlaß „gefunden" zu haben.

In Israel, wo man mehr Klarheit und Gewißheit vermuten sollte - zumindest wegen der „intimen Nähe zum Feind" - war die Lage nicht viel besser. Es herrschte gewiß Ratlosigkeit, weil Israel überrascht war. In dieser Ratlosigkeit hat die Regierung bestimmt, die PLO sei für die „Unruhen" verantwortlich: Dieselbe PLO, die Israel aus dem Libanon „endgültig" entwurzelt und deren Führung wie Kämpfer 1982 vertrieben hatte, sollte aufeinmal so einen starken Einfluß haben?

Diese „Gewißheit" wurde prompt revidiert: Lokale „Rädelsführer" hätten die „Unruhen" angestiftet. Mit denen wird man leicht und schnell fertig - ab über die Grenze! „Die" aber wurden nicht ruhiger. Nicht nur, daß „sie" selbst nicht handeln können, „sie" hätten vielmehr keinen Grund zum Aufruhr. Ihnen geht es ja viel besser - diesen Undankbaren!

Also subjektiv sind sie unfähig selbständig zu handeln und objektiv gesehen haben sie keinen Grund. Bleibt noch die Irrationalität: Die islamischen Fundamentalisten sind es. Die sind ja - wie bekannt - auch fanatisch - mit Vernunft können sie ja nichts anfangen.

Hier wurde viel gerätselt, aber auch gezielt unterstellt, diffamiert und dehumanisiert. Eine einfache, jedoch komplexe Erklärung hatten viele nicht erwartet: Die Lebensbedingungen unter denen die Palästinenser in den besetzten Gebieten leben mußten und die weltweite - auch auf arabischer Ebene - Gleichgültigkeit, die Normalität des Status quo...

Was als spontaner Aufstand ausbrach, hat sich inzwischen institutionalisiert. Wege, Formen und Träger können sich in den nächsten Tagen, Wochen oder Monaten ändern, der Aufstand und seine Ziele sind nicht mehr wegzuwischen.

„Wir haben die Besetzung satt" und „Unsere Angst haben wir begraben", so beteuern die Palästinenser in den besetzten Gebieten immer wieder. Bisher, zehn Monate nach ihrem Ausbruch, hat die Intifada viele „Rekorde" gebrochen, was ihr eine neue Qualität verleiht:

– Sie ist der längste Aufstand seit der Revolte 1936, die das Land und seine Machthaber in der jüngsten Geschichte erlebt haben. Damals wurde die sechsmonatige Rebellion gegen die britische Mandatsmacht und gegen die zionistische Kolonisation durch die Angst der palästinensischen Bevölkerung ausgelöst, ihr Land zu verlieren oder gar vertrieben zu werden.

Heute auch, aber nicht nur: Wut über die Landenteignungen durch Israel und Angst vor dem Verlust des ganzen Landes. Wut über die Ausweisungen der politischen Elite, der potentiellen Führung, und Angst vor massenhaften Deportationen, um das „demographische Problem, das den 'jüdischen Charakter' des Staates Israel gefährde" zu lösen, ein salonfähiges Diskussionsthema - nicht nur bei unverbesserlichen Ultrachauvinisten wie Meir Kahane und den Gusch-Emunim-Siedlern.

– Die Intifada ist ein echter Volksaufstand. Zwar dominiert die „Generation der Okkupation", die 17-bis 20jährigen Jugendlichen, die unter der Besatzung aufgewachsen sind.

Aber alle Schichten und Altersgruppen aus allen Teilen der besetzten Gebiete nehmen an der Intifada teil - mit unterschiedlichen Mitteln: Die Arbeiter, die keine Steine oder Molotow-Cocktails auf israelische Soldaten werfen, bleiben ihrer Arbeit fern. Studenten und Lehrkräfte boykottieren den Unterricht und nehmen an Alternativkursen teil. Die Hausfrau, die die Straßen nicht mit brennenden Autoreifen blockiert, betreibt lokalen Gemüse- und Obstanbau im eigenen Vor- und Hinterhof, um die Abhängigkeit vom israelischen Markt zu verringern. Der Konsum der lokal produzierten Waren, gekoppelt mit der Bereitschaft, einen niedrigeren Lebensstandard in Kauf zu nehmen, dienen dazu, die Aufrufe, israelische Waren zu boykottieren, erfolgreich realisieren und praktizieren zu können. Viele vorstaatliche Einrichtungen wurden ins Lebens gerufen, um eine totale Unabhängigkeit von Israel zu erreichen und dadurch die Belagerungs- und Aushungerungspolitik Israels durchzustehen.

epd-Entwicklungspolitik
Materialien X/1988

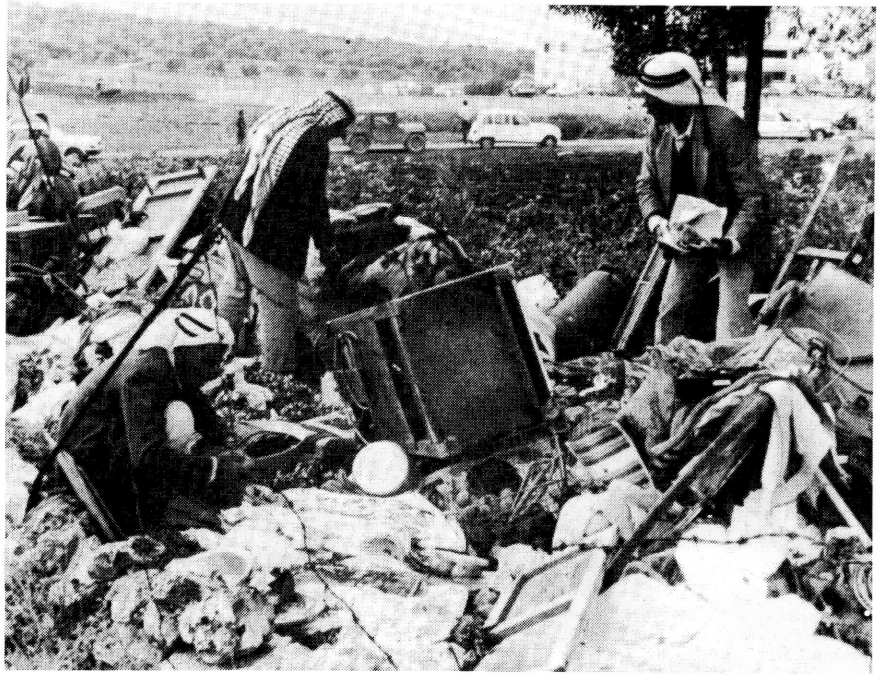
Häusersprengungen – Eine alltägliche Kollektivstrafe

Rafah - Ghazastreifen. Aisha Kurdi war im achten Monat schwanger, als sie verhaftet wurde, weil sie ihrem Mann angeblich bei einer militärischen Aktion gegen Israel Hilfe geleistet hatte. Bislang wurden keine konkreten Beschuldigungen gegen sie vorgebracht, doch erwartet die Familie, daß sie wegen des Verschweigens der Taten ihres Mannes angeklagt werden könnte. Ihrem Mann droht eine lebenslange Freiheitsstrafe.

Aisha und Mahmoud Kurdi und ihre vier jungen Söhne im Alter von sechs (Zwillinge), dreieinhalb und anderthalb Jahren wohnen im Flüchtlingslager Rafah an der Grenze zwischen Ägypten und dem Ghazastreifen. Am 23. Mai 1988 gab ein israelischer Offizier der Familie genau 20 Minuten Zeit, ein paar Habseligkeiten zu retten. Dann wurde das kleine, nach Maßstäben der UNRWA errichtete Haus der Kurdis in Verhängung einer kollektiven Strafe gegen die einzigen Familienmitglieder, die nicht verhaftet worden waren - die vier kleinen Kinder und Mahmouds alte, gelähmte Mutter - von einem Bulldozer zerstört. Das Rote Kreuz stellte ihnen ein Zelt zur Verfügung, das direkt neben dem zerstörten Haus in den Sand gesetzt wurde.

Am 7. Juni wurde im Frauengefängnis von Neve Terza der fünfte Sohn von Aisha Kurdi geboren. Eine Woche später wurden die Mutter und ihr jüngster Sohn Bri'e (der Unschuldige) nach Intervention des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt. Sie zogen in das Zelt nach Rafah.

Anfang Juli kamen israelische Soldaten zum Zelt der Kurdis, rissen es nieder und erklärten es für beschlagnahmt. Ein weiteres Mal wurde der Familie das „Heim" genommen.



Beit Ummar - Hebron. Am 2. August 1988 um 2.30 Uhr in der Nacht verhängten israelische Soldaten eine Ausgangssperre über das Dorf Beit Ummar bei Hebron. Ähnliche Operationen wurden in jener Nacht in den Dörfern Deir Ammar und Jamla sowie im Flüchtlingslager Jalazoun in der Gegend von Ramallah verhängt. Gegen fünf Uhr am Morgen, so berichtet der 41jährige Bauer Eid Musa Abu Ayyash, wurde seine aus Glas und Stahl gebaute Veranda von der Gewalt einer Detonation, die das Haus seines Nachbarn zerstörte, ca. 100 Meter weit weg geschleudert. Die Wassertanks auf seinem Dach flogen noch ca. 50 Meter weit; seine Hauswände wiesen riesige Risse auf, und seine sieben Kinder schrien zu Tode erschreckt auf. „Wir dachten, das Haus würde uns auf den Kopf fallen", sagt Abu Ayyash. „Aber wegen der Ausgangssperre konnten wir das Haus nicht verlassen. Wir hatten Angst, daß wir erschossen würden."

Der 52jährige Kamel Abu Mialeh berichtet, daß 1,5 dunum seines Weinbergs von der Explosion zerstört wurden, ein Verlust von ca. 1.000 Dollar, den er nicht ersetzen könne. Er fürchtete ferner, daß auch sein Haus in Mitleidenschaft gezogen worden war.

Von den drei Häusern, die an diesem Morgen zerstört werden sollten, wurden zwei mit Dynamit gesprengt, das dritte wurde von Bulldozern eingeebnet. Die Explosion beschädigte mehrere Nachbarhäuser. 17 Tage zuvor waren sieben junge Männer des Dorfes im Alter von 20-22 Jahren festgenommen und später beschuldigt worden, Benzinbomben geworfen zu haben. Die Häusersprengungen machten 38 Personen obdachlos und verursachten einen Schaden von rund 150.000 Dollar.

Idna - Hebron. Im Dorf Idna im westlichen Bezirk von Hebron wurden 114 Dorfbewohner von den israelischen Besatzungsbehörden davon unterrichtet, daß ihre Häuser zur Zerstörung ausgewählt wurden, da sie ohne Baugenehmigung errichtet worden seien. Dies ist die absolut höchste Zahl von Häusern, die auf israelische Anordnung hin in einem Dorf zerstört werden sollen. Palästinensische Quellen vermuten, daß an Idna ein Exempel statuiert werden soll, weil das Dorf im palästinensischen Aufstand eine sehr aktive Rolle gespielt hat.

Die Bewohner von Idna sagen, daß nur sehr wenige Häuser im Dorf überhaupt über eine Baugenehmigung verfügen, weil es ungeheuer schwierig ist, von der israelischen „Zivilverwaltung" eine solche Genehmigung zu erhalten. Seit 1985 wurde in Idna nicht eine einzige Bauerlaubnis erteilt. Der Zeitpunkt der Erlasse zur Zerstörung der Häuser - während einer dreiwöchigen militärischen Belagerung von Idna im Mai/Juni - hat die Einwohner von Idna davon überzeugt, daß diese Anordnungen rein bestrafenden Charakter haben. „Es gibt keine israelische Politik in Bezug auf palästinensisches Bauen, davon abgesehen, daß es so etwas überhaupt nicht geben sollte", sagt ein Lehrer aus dem Dorf. „Wenn sie diese Häuser

zerstören, wollen sie uns sagen, daß wir gehen sollen. Aber wohin sollen wir gehen? Wo können wir leben?"

Mehr als 1.000 Einwohner wären von diesen Zerstörungen betroffen. In manchen der Häuser wohnen sechs Familien. Die Einwohner von Idna fürchten, daß weitere Zerstörungsanordnungen erlassen werden; verkennen aber nicht, daß Dorfbewohner, die mit der israelischen Geheimpolizei zusammenarbeiten, von diesen Befehlen ausgenommen werden. Nicht ganz zu Unrecht sehen sie in diesen Anordnungen eine schleichende Zerstörung ihres Dorfes. Viele erinnern sich sehr wohl, daß die Israelis 1948/49 mehr als 400 palästinensische Dörfer dem Erdboden gleichmachten, als der Staat Israel entstand.

200 palästinensische Häuser sind allein in den ersten acht Monaten des Aufstandes im besetzten Palästina zerstört worden. Nicht selten wurde dabei eine derartige Menge von Dynamit eingesetzt, daß auch Nachbarhäuser ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen und teilweise unbewohnbar gemacht wurden. Im Dorf Beita, wo ein israelischer Siedler am 6. April ein israelisches Mädchen und zwei Palästinenser tötete, wurden 14 Häuser zerstört; acht weitere Häuser wurden von den Explosionen so schwer beschädigt von, daß sie unbewohnbar sind. Die Zerstörung der Häuser war erfolgt, ohne die Ergebnisse einer Untersuchung der Zwischenfälle abzuwarten. Sechs Einwohner der Häuser wurden nach Libanon deportiert.

Die Politik der Häuserzerstörungen ist nach der Deportation von Palästinensern die härteste und extensiv ausgeübte Kollektivstrafe, die der israelischen Besatzungsmacht zur Verfügung steht. Die Zerstörungen werden entweder ausgeführt, um Familien zu bestrafen, deren Mitglieder einer militärischen Aktion gegen die Besatzungsmacht verdächtigt oder beschuldigt werden, oder aber um Familien zu bestrafen, die ihre

Häuser - der Not gehorchend - ohne Baugenehmigung errichtet haben.

Die weitläufige Korruption in der sog. israelischen Zivilverwaltung macht es den Palästinensern faktisch unmöglich, eine Baugenehmigung zu erhalten, ohne einen „Preis“ zu bezahlen: Entweder sie arbeiten für die israelischen Geheimdienstorgane, oder sie verkaufen Land an Siedler, oder sie zahlen direkt Bestechungsgelder. Aber selbst das schützt sie keineswegs immer davor, nicht von einem israelischen Militär oder einem palästinensischen Kollaborateur übervorteilt zu werden. Gerade die sog. „Dorfligen“, deren berüchtigste zweifellos die von Mustafa Dudin im Bezirk Hebron war, haben hier eine unrühmliche Rolle gespielt.

Die Zerstörung von palästinensischen Häusern durch die israelische Besatzungsmacht ist Teil eines bürokratischen Krieges, der den Opfern ihr Ausgeliefertsein bewußt machen soll. Generell werden diese Häuserzerstörungen denn auch plötzlich und im Rahmen einer großen militärischen Operation ausgeführt, die den Betroffenen keinen Raum für Widerstand läßt. Durchschnittlich werden bei jeder Häuserzerstörung wenigstens 10 Personen obdachlos. Israel macht die Palästinenser in derem eigenen Land zu Obdachlosen und Flüchtlingen, die in Zelten, Notunterkünften und bei Verwandten Zuflucht suchen müssen. Das Bild bleibt unvergesslich. Auf dem Trümmerhaufen eines soeben gesprengten Hauses suchen die Familienmitglieder mit Tränen in den Augen nach ihren wenigen Habseligkeiten in der Hoffnung, noch irgendetwas zu retten, was das Leben im Zelt erträglicher machen könnte.

Anita Vitullo
Palestine Human Rights
Chicago, USA

Worauf es ankommt

Es kommt im Augenblick nicht darauf an
wann es war
daß die Unterdrückerregierung
in Israel
sich verwandelt hat
in eine Verbrecherregierung

Aber es kommt darauf an
zu erkennen
daß sie jetzt
eine Verbrecherregierung ist

Es kommt auch nicht mehr darauf an
darüber zu streiten
nach welchem Vorbild
sie ihre Verbrechen begeht
die Verbrechen selbst
tragen sichtbar die Spur ihres Vorbilds

Aber es kommt darauf an
nicht nur klagend oder erstaunt
den Kopf zu schütteln über diese Verbrechen
sondern endlich
etwas dagegen zu tun

Es kommt nicht darauf an
was man ist
Moslem Christ Jude Freigeist
ein Mensch, der ein Mensch ist
kann nicht schweigen
zu dem was geschieht

ERICH FRIED

Nennen wir ihn Bassam. Wir haben ihn in Hebron getroffen. In Nablus heisst er Ahmed, Arabi in Ramallah. Er ist 20 Jahre alt, hat nichts anderes als die Besetzung kennengelernt und findet doch, es sei das beste Alter im Leben. Seine Augen sind vor Müdigkeit rot, und er weiss noch nicht, wo er diese Nacht schlafen wird; er fürchtet eine erneute Festnahme durch die Israelis. In wenigen Monaten sind der Ghazastreifen und die Westbank zu einem riesigen Straflager geworden: Mehr als 9.000 Gefangene (1). In Frankreich müsste man 300.000 Menschen inhaftieren, um die proportional gleiche Anzahl politischer Gefangener zu erhalten.

Bassam kennt alle Winkel seiner Stadt, alle Bewohner seines Viertels. Hier bewegt er sich ganz frei, klopft an jede Tür, bittet jeden, ihm vom letzten Übergriff der Siedler zu erzählen, auf welche Weise die Bevölkerung diese Angriffe zurückgeschlagen hat, wie sie dann von der Armee heimgesucht wurde. Bassam meidet die grossen Strassen und die israelischen Patrouillen, die dort Streife fahren; aber er weiss, dass sie das Land nicht völlig kontrollieren können, obwohl Tausende von Männern zu diesem Zweck eingesetzt werden. Vor dem Aufstand reichten 500 Soldaten, um die Ordnung in der Westbank aufrechtzuerhalten.

Bassam ist Kommunist; Ahmed gehört zur Shabiba, der Jugendorganisation der Fatah; Arabi zählt sich zu keiner besonderen Gruppe, aber er fühlt seine nationale palästinensische Identität durch die PLO vertreten.Sie haben alle das gleiche Lächeln, diese gleiche Sicherheit, das wiedergefundene Vertrauen, das den Besucher überwältigt, der die Hoffnungslosigkeit aus der Zeit vor der Intifada gewohnt ist. Die Intifada, „das heiligste Recht und die unumgänglichste aller Aufgaben" (2), ein magisches Wort, das die Zeit in Davor und Danach teilt.

Für diese Jugendlichen, die Seele der heutigen Bewegung, ist die Scheidelinie nicht mehr, wie für ihre Eltern, der Juni 1967, sondern dieser Aufstand, von dem alle träumten und den keiner mehr zu erhoffen wagte. „Früher hing die Bekanntheit eines Jugendlichen von seiner Familie ab, seinem sozialen Status oder seinem Bildungsgrad. Heute zählt ein einziges Kriterium: Seine Rolle im Aufstand." Zahlreiche Mädchen, die seit Dezember zur Welt gekommen sind, tragen den Vornamen Intifada...

Bassam, Ahmed und Arabi sind nach 1967 geboren und haben die Niederlage nicht kennengelernt. Aber sie haben gesehen, wie sich ihre Illusionen, eine nach der anderen in Luft auflösten. Sie kennen die Geschichte der 48er Generation. Jene Generation, die, getroffen von der Nakba - der Katastrophe der Niederlage und der Vertreibung -, in der Nationalistischen Arabischen Bewegung aufgegangen ist - auf der vergeblichen Suche nach dem Weg ins Gelobte Land.

Die 67er Generation glaubte an die Befreiung durch den bewaffneten Kampf und schloss sich der Bewegung der Feddayin mit grosser Begeisterung an: Zwanzig Jahre später harrt ihr Traum noch immer der Verwirklichung.

Heute hat sich die dritte Generation, ohne es zu wissen, das maoistische Credo zu eigen gemacht: „Auf die eigenen Kräfte bauen".

Diese Generation hat an die grosse arabische Revolte von 1936-1939 in Palästina angeknüpft, aber sie hofft, dieses Mal den Sieg davonzutragen. Wenn man diese Jungen nach dem Ausgangspunkt der heutigen Bewegung fragt, antworten sie alle wie Arabi: „Der. arabische Gipfel in Amman im November 1987. Dank

Der Nachwuchs der Intifada

des jordanischen Fernsehens haben wir ihn verfolgen können. Wir haben gesehen, wie die Regierungschefs palaverten, sich stritten, sich angesichts der 'iranischen Bedrohung' wieder vereinten und uns vergaßen. Da haben wir verstanden, dass die Verantwortung für unsere Zukunft auf unseren Schultern ruht."

„Du musst die Zukunft nicht voraussehen, du musst ihr nur eine Chance geben", hat Saint Exupery geschrieben, den sie sicher nicht gele-

Alain Gresh ·

Die Generation der Intifada

„Wir müssen ihnen dieses freche Lächeln nehmen“

sen haben. Und sie haben das Gefühl, in wenigen Wochen die Geschichte, das Gesicht des Nahen Ostens verändert zu haben. Sie haben die „Grüne Linie“, die die besetzten Gebiete markierte und von der die israelische Regierung behauptete, sie auf immer ausradiert zu haben, wieder zum Leben erweckt.

Sie haben den amerikanischen Aussenminister Shultz gezwungen, seine Auftritte in der Region zu vervielfachen. Sie haben Palästina in Washington, in Moskau und den arabischen Hauptstädten wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Woher diese masslose Sicherheit, dieser Mut, der fast an Arroganz grenzt?

Kaum einer entgeht ihrem beissenden Spott, nicht einmal die Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisaton (PLO), von der sie laut und deutlich sagen, dass sie ihre einzige Vertretung ist, an der sie aber privat die Gleichgültigkeit und Korruption gewisser Kader - 'die Fünf-Sterne-PLO' sagen sie mit einem breiten Grinsen -, mangelnden Erfolg sowie eine Art Verantwortungs-losigkeit kritisieren. Bassam zufolge haben die Palästinenser in den besetzten Gebieten in wenigen Monaten mehr erreicht als die PLO in zwanzig Jahren bewaffneten Kampfes und Aufrufen zur Befreiung ganz Palästinas. Aber es sind vor allem die arabischen Führer, die sie verachten und uneingeschränkt verurteilen. Sie wissen, das ihre Bewe-

gung für die benachbarten Völker ansteckend sein kann.

„Wir sind dabei zu beweisen, dass ein Volksaufstand einer Armee die Stirn bieten kann, sogar der besten des Nahen Ostens. Und morgen könnten die anderen arabischen Völker in Jordanien oder Ägypten unserem Beispiel folgen und die Demokratie einklagen, die ihnen solange vorenthalten worden ist."

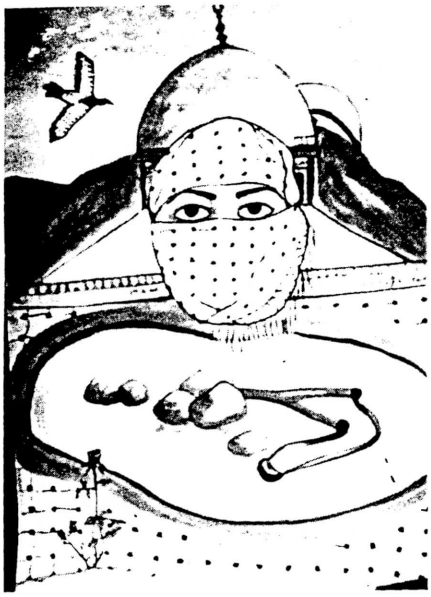
Die ansteckende Begeisterung dieser Generation verliert sich manchmal in Illusionen. Es gehen die verrücktesten Gerüchte um. In einem Sammeltaxi zwischen Hebron und Jerusalem erzählt ein Bauer, „die Israelis werden vor dem 5. April die besetzten Gebiete evakuieren". Dieses Gerücht wird von den anderen Fahrgästen mit Gelassenheit aufgenommen, sie diskutieren darüber, von wo sich Israel wohl zurückziehen wird.

„Sie kamen, um zu töten"

Selbst wenn sie oft träumen, so stehen diese Jugendlichen doch mit beiden Beinen auf dem Boden. Die Intifada gründet sich auf eine erstaunlich effektive Organisation, bei der jeder, ob Mann oder Frau, gleich welchen Alters, beteiligt ist. In Idna, einem Dorf von 15.000 Einwohnern bei Hebron, befinden wir uns auf befreitem Gebiet. Am Ende der Strasse, die sich zu den ersten Häusern hochschlängelt, signalisiert ein Armeeposten den vordersten Punkt der israelischen Präsenz.

Tsahal (die israelische Armee) begnügt sich mit Einzelschlägen. Am Tag vor unserer Ankunft, Ende März, gleich nach dem Freitagsgebet, sind dreissig Soldaten, unterstützt von einem Hubschrauber in Idna eingedrungen.

„Sie kamen, um zu töten... Bei ihrem letzten Übergriff setzten sie



mehr als 1.000 Männer ein, mussten sich aber bei ihrem Rückzug der gesamten Bevölkerung erwehren, die auf die Strasse gekommen war; da sie diesmal aber nur lächerliche dreissig Infanteristen geschickt hatten, waren sie fast zum Schiessen gezwungen."

Bilanz: Zwei Jugendliche getötet und 15 durch Schüsse verletzt. Diese tödliche Mission hat die Entschlossenheit der Bevölkerung nur bestärkt. Der Tod, immer gegenwärtig, schreckt sie nicht, und jeder gefallene Freund schafft eine zusätzliche Motivation, den Kampf fortzusetzen: „Sein Blut darf nicht umsonst vergossen sein..."

Im Krankenhaus von Hebron treffen sich die verletzten Kameraden wieder: Man ermutigt sich, man erzählt sich seine Abenteuer und auf allen Lippen ist ein vertrautes Lächeln. In den Gassen der Stadt spielen die fünf- und sechsjährigen Palästinenser und Israeli, eine moderne Version von Räubern und Gendarm.

In Idna hat das im Untergrund agierende Volkskomitee die ganze Macht. Ein Komitee für Selbstverteidigung organisiert die Wachen. Auf einer Anhöhe erspäht eine Gruppe Jugendlicher die mögliche Ankunft der Armee, immer bereit, die Alarmglocke zu läuten.

Ein Komitee, das für die Versorgung zuständig ist, legt einen Nahrungsmittelvorrat an, um für eine längere Blockade vorzusorgen. Es gibt auch ein Komitee „Rückkehr zum Boden": Neue Parzellen werden gemeinsam bearbeitet, jeder brauchbare Quadratzentimeter dient dazu, Früchte und Gemüse anzubauen. Eine Bewegung, die selbst in den Städten spürbar ist. Die Vereinigung der medizinischen Hilfskomitees hat Erste-Hilfe-Material verteilt: Leinen, Verbandmull, Alkohohl, Brandsalben... Sie hat auch einstündige Erste-Hilfe-Kurse angeregt.

Die gleiche Organisation bereitet in jeder Stadt noch weiterführende Kurse vor. Der Aufstand richtet sich auf eine lange Dauer ein. Die Zeit ist ein wichtiges Element in der Auseinandersetzung, und das haben alle begriffen. „Der, der den längeren Atem hat, wird gewinnen."

Ahmed führt uns durch das Labyrinth der Kasbah von Nablus, vorbei an den Kontrollen der Israelis. Die Armee belagert die Stadt seit drei Wochen und kontrolliert systematisch jeden, der sie betreten will. Genauso systematisch vernichtet sie alle Lebensmittel. Brot, Orangen, Eier häufen sich in den Rinnsteinen der Strassen.

Wenn die Händler den Anweisungen der Aufstandsführung, die Geschäfte ab Mittag geschlossen zu halten, folgen, verbieten die Besatzungsbehörden entsprechend, sie am Nachmittag zu öffnen. In manchen Städten wie z. B. in Hebron wurden Apotheken gewaltsam geschlossen. An diesem Nachmittag gleicht Nablus einer Geisterstadt; die Schu-

len und Universitäten sind wie in der ganzen Westbank und im Ghazastreifen per Militärerlass geschlossen, und niemand hält sich in den Strassen auf.

In der Wohnung, in die Ahmed uns geführt hat, hat sich innerhalb weniger Minuten ein Dutzend Menschen eingefunden. Jeder will erzählen: Wie die Soldaten über das Dach bei ihnen eingedrungen sind, wie sie Gold oder Schmuck gestohlen haben, wie sie die Einwohner ausgeplündert haben, wie sie die Lautsprecher der Moschee zerstört haben. Ahmed bringt Ordnung in das Durcheinander. Er ist noch keine 30, verfügt aber schon über eine lange Erfahrung.

Als Jugendlicher wurde er wegen Mitgliedschaft in einer Widerstandsorganisation und Werfen von Molotowcocktails zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Er wurde gefoltert, dann nach 10 Jahren entlassen. Er spricht mit der Autorität, die ihm seine Geschichte und seine derzeitige Rolle verleihen. Er kürzt alle Berichte um Übertreibungen, denn er weiss, dass die Palästinenser die Schlacht um die internationale öffentliche Meinung gewonnen haben. Aber er möchte erklären, worum es in ihrem Kampf geht:

„Unsere Bewgeung ist nicht das Werk von Kindern oder Terroristen... Es ist kein Protest gegen unsere ökonomischen Bedingungen. Unsere Forderungen sind nicht die von Flüchtlingen, sondern die eines Volkes. Was wollen wir? Einen Staat in Westjordanien und im Ghazastreifen mit Ostjerusalem als Hauptstadt."

Die realistischen Ausführungen dieser dritten Generation vermeiden jede Übertreibung und jeden Siegestaumel. Sicher, nicht alle Extremisten sind verschwunden; die Parolen des „islamischen Widerstands" in Nablus oder Ghaza verurteilen die Idee der internationalen Friedenskonferenz. Bei einem öffentlichen Colloquium fordert ein Student, dass die Teilnehmer in die Debatte um „den Übergang zum bewaffneten Kampf" beginnen sollten. Aber solche Hirngespinste sind Ausnahmen, und die Kader, die wir trafen, teilen eine pragmatische Vision, die die Existenz des Staates Israel und die internationale öffentliche Meinung miteinbezieht. Durch ihre Mässigung, die das wiedergefundene Vertrauen belegt, leistet die neue Generation ihren Beitrag zum Kampf.

Bassam, Ahmed oder Arabi steuern den Aufstand, dessen Stärke in der Dezentralisierung liegt. Die

Israelis kennen diese neuen Führer nicht. Sie verhaften ohne Unterschied, weil sie nicht wissen, wer wer ist in dieser palästinensischen Gemeinschaft, in der Kollaborateure entweder bereuen oder total isoliert sind. Die Quiyadah mouwwahdah (Vereinigte Führung), die jede Woche ein Flugblatt herausbringt, um die Marschroute des Kampfes festzulegen, spiegelt die Bewegung nur unzureichend wider. Sie ist vor allem eine Brücke zwischen der Führung ausserhalb, der PLO, und der Intifada.

Die Jungen sind eifersüchtig auf ihre Vorrechte bedacht und befolgen nicht immer die Direktiven der Führung, die sie manchmal als zu unrealistisch und manchmal als zu nachgiebig beurteilen. Ihre Anhängerschaft zur PLO steht ausser Frage. „Es ist die PLO, die entscheidet, sie muss verhandeln. Wir lehnen es ab, eine neue Führung einzusetzen."

„Ma fi khouf"! „Die Angst ist verschwunden". Oder besser gesagt, sie hat die Seite gewechselt. Muki Ron ist Israeli. Er ist Verantwortlicher der Gruppe „21 Jahre" (der Besetzung). Er ist Professor für englische Literatur an der Hebräischen Universität von Jerusalem und hat eine lange militante Vergangenheit. 1982 gründete er „Peace Now" in Tel Aviv. Heute entwickelt er radikale Aktivitäten gegen die Besetzung, entgegen seinen Prinzipien und seinem Verhalten im täglichen Leben.

Trotzdem gibt auch er zu, dass er Angst hat: „Wenn ich im Fernsehen die Palästinenser in den besetzten Gebieten sehe, das Gesicht mit der Kuffiah maskiert, mit Steinen und Knüppeln bewaffnet, habe ich Angst. Die Angst ist eine sehr starke Dimension in unserer Gesellschaft."

Überlieferte und aktuelle Ängste, Erinnerungen an Pogrome und den Holocaust, diese tiefe Furcht hat ihr Gutes und ihr Schlechtes. Auf israelischer Seite hat sie eine grundlegende Neubewertung hervorgerufen: Der status quo ist eine Illusion. Diese Feststellung kann den Weg zu einem Frieden freimachen, aber auch die Meinung festigen, man müsse die Palästinenser vertreiben. Die Geschichte und die Israelis zögern noch.

Tordai

Heute ist die Regierung über den Shultzplan gespalten, aber einig über die Vorbedingung jedweder Lösung: Die Palästinenser zu brechen. Ein Minister der Arbeiterpartei hat diesen Konsens so zusammengefasst: „Bevor wir irgendetwas entscheiden, müssen wir ihnen dieses freche Lächeln nehmen."

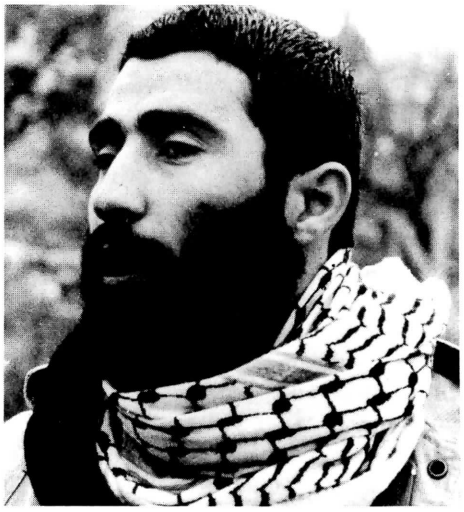
Le monde diplomatique, Mai 1988

(1) 4.500 vor dem 8. Dezember, dem Beginn des Aufstandes, seitdem weitere 4.500.

(2) „Wenn die Regierung die Rechte des Volkes missachtet, ist für das Volk, für jeden Teil des Volkes, der Aufstand die heiligste und unumgänglichste Aufgabe." - Menschen- und Bürgerrechtserklärung vom 24. Juni 1793

„Es ist wie Mord an uns“

Die Deportation des Husam Khodr



Husam Khodr

Am 3. Januar 1988 um 4.00 Uhr morgens klopft es heftig gegen die Türe unserer Gefängniszelle. Der Zellenverantwortliche antwortet, wie die Wärter es ihm unter Schlägen beigebracht haben, mit „Nam, Effendi“, (Ja, Herr). „725 und 733 bereithalten. Teller, Löffel, Handtuch, Glas, Decken, Zahnbürste und Kleider packen. In einer halben Stunde seid ihr fertig.“

725, das bin ich. Endlich. Nach drei Wochen Gefängnis winkt die Freiheit. Unsere Zellengenossen beglückwünschen uns und geben uns auf, ihre Eltern zu benachrichtigen. Seit Wochen weiss niemand, kein Rechtsanwalt, kein Angehöriger, wo wir uns befinden.

Die letzten zehn Tage im Militärgefängnis von Atlit waren die schlimmsten der fast dreiwöchigen Gefangenschaft. Zu neunt in einer kleinen Zelle. Um Wasser mussten wir betteln. Wenn die Soldaten gnädig waren, erhielten wir einen Eimer mit fünf Litern Wasser - zum Waschen, zum Spülen, zum Trinken. Und das bei neun Personen. Beim Appell, d. h., wenn unsere Nummern aufgerufen wurden, mussten wir uns mit dem Gesicht zur Zellenwand hinknien, den Kopf senken und dabei rufen; Nam, Effendi...

Das Brutale sind die Schläge. Zu sechst, zu siebt schlagen die Soldaten auf dich ein. Sie wollen gar nicht, dass du etwas sagst. Sie schlagen dich, 15 Minuten, eine halbe, eine dreiviertel Stunde. Du willst nichts sagen? Weiter hagelt es Schläge. Diese Folter kann vier Stunden dauern oder sechs. Sie schlagen mit ihren Fäusten oder mit Knüppeln oder Telefondrähten. Ein Gefangener auf unserer Zelle war an sieben Tagen je sechs Stunden lang geschlagen worden, bis er nicht mehr konnte. Er gestand schliesslich, einen Stein geworfen zu haben. Noch heute zeigt auch mein Rücken die Striemen der Schläge mit den Telefondrähten, die zu Knoten gebunden waren und die klaffende, schwerheilende Wunden hinterlassen.

Unsere Bündel sind gepackt. Wir verlassen die Zelle. Von Korridor B kommen drei weitere Gefangene hinzu. Am Ende des letzten Ganges müssen wir uns mit dem Gesicht zur Wand hin aufstellen. Schliesslich gibt man uns Uhren, Geld und sogar unsere Ausweise zurück. Angestrengt überlege ich, wie ich um 5.00 Uhr morgens von Atlit nach Nablus fahren kann. Wir müssen uns umziehen und erhalten unsere Kleidung zurück. Dann kommen zehn Soldaten, binden uns die Hände. Die Füsse werden so gebunden, dass wir noch kleine Schritte machen können. Draussen vor dem Gefängnis warten vier Wagen der Militärpolizei. Nr. 725 und 733 werden zusammengebunden. Vier Soldaten stehen zu unserer Bewachung bereit. Im Wagen werden uns auch noch die Augen verbunden. Wir müssen uns auf den Boden legen. Eine Decke wird uns übergeworfen. Die Soldaten setzen sich an den Seiten hin, die Stiefel auf unseren Körpern.

Erster Soldat: „Wenn ihr versucht abzuhauen, werdet ihr umgelegt.“ Wir erhalten Stockhiebe. „Wie heisst Du?“ „Wo kommst Du her?“ - Aus Ballata. „Oh, Scheisstück“. Ich werde erneut geschlagen. Ich soll sagen „Ja, Effendi.“ Wieder Schläge, damit ich es nicht vergesse.

Untereinander sprechen die Soldaten jiddisch. Die Fahrt geht nur langsam voran. Immer wieder stoppen, anhalten. Bei jedem Bremsmanöver stossen wir irgendwo an. Nach einer halben Stunde ist der Schmerz überall im Körper. Es setzt wieder Schläge, einer trifft mein verwundetes Bein. Ich sage, ich bin am Bein verletzt. Der Soldat fragt, wo genau, und schlägt auf die Wunde.

Uns wird befohlen zu singen. Ich sage, ich kann nicht singen, ich bin Muslim. Ich soll ein Lied von Atrash (ein populärer Sänger) singen. Ich spreche den Text. Es hagelt Schläge. Ich soll sagen: „Ya, awasil filfilu, ja Effendi."

Am Spätnachmittag landen wir im alten Gefängnis von Nablus. Aber dort will man uns nicht. Es gibt keinen Einweisungsbefehl. Die Gefängnisleitung lehnt es ab, uns zu übernehmen. Das Gefängnis sei voll.

Wir werden wieder in den Wagen verfrachtet und zum Jnaid-Gefängnis von Nablus gefahren. Aber auch dort will man uns nicht. Schliesslich sollen unsere Akten aus Atlit geholt werden.

Es ist inzwischen genau 22.25 Uhr. Ein unbekannter Offizier mit drei Sternen und einem Diplomatenkoffer tritt in die Verhörzelle, wo wir warten. Er sagt jedem einzelnen von uns, dass wir deportiert werden. „Im Namen des Obersten Sneih und entsprechend den Militärgesetzen ist ein Deportationsbefehl erlassen worden."

Ich denke, das ist ein Irrtum. Die können doch mich nicht meinen. Ich bin doch bei einer Demonstration in Ballata angeschossen worden; ich war seit dem 11. Dezember 1987 nur in Krankenhäusern und Gefängnissen. Vielleicht meinen sie Administrativhaft, sechs Monate Gefängnis ohne Anklage, ohne Prozess und ohne Urteil.

Ballata ist mein Leben. Nach meinem Studienabschluss habe ich alle angebotene Arbeit in Ramallah, Jerusalem, ja selbst in Nablus abgelehnt, bis ich eine Stelle in Ballata gefunden hatte. Ich mag die Menschen von Ballata. Ballata ist meine Erinnerung und meine Zukunft. Ich hätte weinen können, bitterlich weinen. Aber diesen Triumph wollte ich meinem Feind doch nicht gönnen.

In Jnaid werden wir in die Sektion 5 gebracht, der Abteilung für Administrativgefangene und Deportationen. Die Augen der anderen Gefangenen sagen uns, dass sie wissen, was los ist. Sie scheinen zu glauben, dass wir irgendein Geständnis abgelegt haben, dass diese Deportationen veranlasste.

Das israelische Armeeradio hat um 22.30 in der Nachrichtensendung gemeldet, dass gegen neun Palästinenser, fünf aus der Westbank und vier aus dem Ghazastreifen, ein Deportationsbefehl ergangen ist. Das Radio hatte in dem Augenblick unsere Namen genannt, da uns die Deportationsbefehle vorgelesen wurden.

Die Deportationsbefehle lösen am anderen Tage grosse Demonstrationen und Strassenschlachten aus. Unsere Familien dürfen uns besuchen - eine halbe Stunde lang, versteht sich. Meine Mutter hatte gedacht, dass ich tot sei. Sie war erst von Nachbarn in der Nacht informiert worden, dass ich deportiert werden sollte. Wer will die Verzweif-

lung und den Schmerz einer Mutter in Worte fassen.

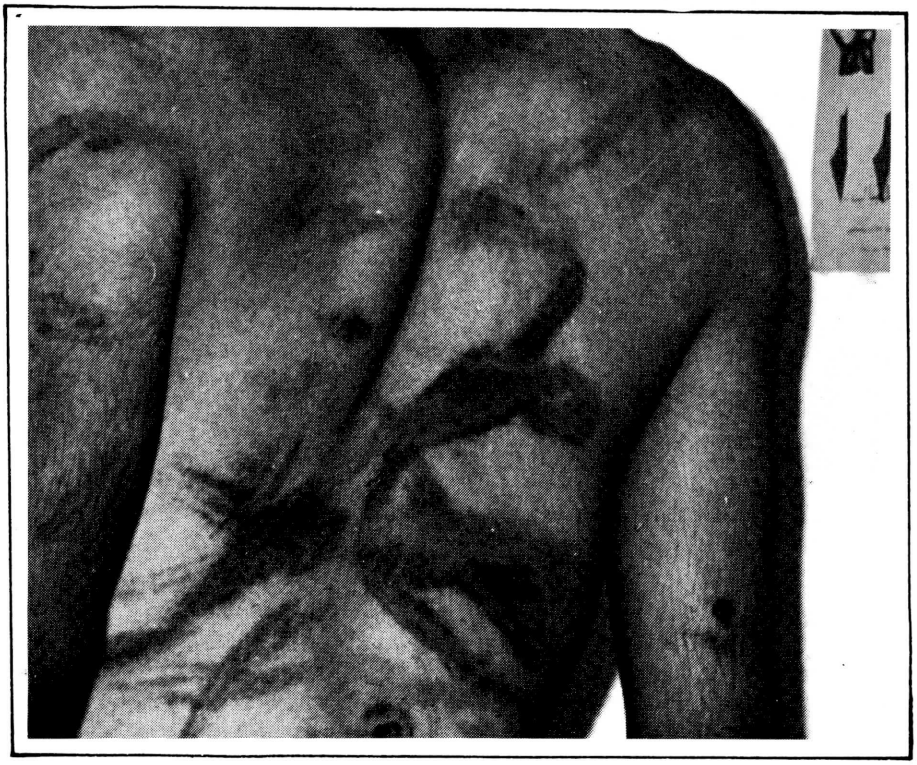
Am 6. Januar tagt das militärische Berufungskomitee, das sich aus drei Militärrichtern, von denen nur der Vorsitzende juristische Kenntnisse besitzt, zusammensetzt. Zwei Vertreter des IKRK, zwei Agenten des Shin Beth und unsere Rechtsanwälte sind anwesend.

Die Beweise gelten als geheim. Ihre Veröffentlichung soll die Sicherheit des Staates Israel gefährden. Der Staatsanwalt stellt den Antrag, unseren Rechtsanwälten die Einsicht in die Akten „aus Sicherheitsgründen" zu verweigern. Der Antrag geht problemlos durch. Die Verhandlung selbst wird aber unterbrochen und vertagt.

Am 11. Januar ist die Fortsetzung der Verhandlung vor dem Militärgericht, der einzigen Instanz vor der Anrufung des Obersten Israelischen Gerichtshofes. Wir wollen der Verhandlung nicht beiwohnen, wenn uns die geheimen Beweise nicht vorgelegt werden.

Meine Familie ist zu Besuch. Ich ahne, dass dies der letzte Besuch sein wird - auf eine lange, lange Zeit. Dennoch werde ich von Soldaten zum Prozess geholt. Meine Schwester streitet mit den Soldaten; sie wird abgeführt.

Vor Gericht frage ich, ob Israel ein demokratischer Staat sei, was der Shin Beth Offizier bejaht. Ich erzähle von unseem Gefangenentransport. Einer der Soldaten hatte mich auf der Fahrt von Atlit nach Nablus gefragt: „Liebst du Peres oder Shamir? Wenn du keinen liebst, gibt es Schläge." Ich sage, Shamir. Dennoch werde ich geschlagen, weil ich vergessen habe, Ja Effendi, zu sagen. Mein Mitgefangener sagt „Peres, ja Effendi". Er erhält Schläge, weil er den falschen liebt. Im Gerichtssal löst diese



Geschichte Heiterkeit aus. Alle lachen.

Ich mache eine politische Erklärung, weil die juristische Verteidigung aussichtslos ist. Ich sei Mitglied der PLO und darauf sehr stolz. Aber lieber würde ich zehn Jahre im Gefängnis zubringen oder auf den Stufen der Al-Aqsa-Moschee sterben, als aus meiner Heimat deportiert werden.

Laut Gesetz droht uns innerhalb von 48 Studen die Deportation, wenn wir nicht vor das Oberste Israelische Gericht ziehen, wo noch kein Palästinenser in einem Deportationsfalle „Recht" bekommen hat. Wir wollen dieser Farce keine juristische Legitimation geben.

Am 13. Januar um 8.00 Uhr morgens kommt der Gefängnisdirektor von Jnaid in die Zelle und sagt. „Macht euch fertig. Ihr habt eine halbe Stunde."

Alle Gefangenen im Gefängnis wissen, was geschieht. In einer Zelle wird ein bekanntes Lied angestimmt, dessen Text Mu'in Bseisso im Gefängnis geschrieben hat. Das Lied hat 12 Strophen und beginnt mit den Worten: „Es kann sein, dass wir sterben, aber mit unserem Tode vernichten wir den Tod in unserem Lande. . ." Alle Gefangenen stimmen in dieses Lied ein. Die Wachen lösen Alarm aus.

Die Soldaten kommen, bewaffnet mit Schutzschildern, Gasmasken, Tränengas und Knüppeln. Sie fordern Ruhe. Aber das Singen geht weiter.

Wie die Flüchtlinge von 1948 haben wir unser Bündel geschnürt. Wir gehen an den Türen der Gefängniszellen vorbei, die in der Mitte eine aufklappbare Öffnung haben. Aus dieser Öffnung recken sich die Fäuste der anderen Gefangenen. Wir

Husam im palästinensischen Flüchtlingslager Ain al-Helweh im Südlibanon

drücken ihre Hände, aber wir sind nicht in der Lage, auch nur ein Wort zu sagen.

Wir werden in einen Raum geführt und müssen warten. Wir bekommen zu essen und ein kleines Paket für die Reise. Ich ritze mit einem Ring einen Spruch in die Gefängnismauer: Versprochen ist Versprochen. Revolution bis zum Sieg. Husam Khodr - Ballata, Flüchtlingslager.

Wir werden an Händen und Füssen gefesselt, unsere Augen werden verbunden. Wir werden in einen Wagen geführt und müssen uns wieder auf den Boden legen. Erschreckt stellen wir fest, dass wir von denselben Soldaten transportiert werden, die uns von Atlit nach Nablus brachten.

Ich kenne die Strassen von Nablus. Ich weiss, wenn wir rechts herum fahren, dann biegen wir auf die Strasse nach Kalkilya, links auf die nach Jerusalem, zweimal links in Richtung Tulkarem. Die Soldaten setzen erneut die Stiefel auf uns. Wenn wir stöhnen oder einen Laut von uns geben, setzt es Schläge. Aber sie behandeln uns dieses mal nicht so brutal wie zuvor.

Unser Schmerz in diesen letzten Stunden und Minuten in der Heimat verbindet sich mit der Ungewissheit über unseren Zielort. Die arabischen Staaten haben unsere Aufnahme abgelehnt. Vielleicht bringt man uns also nach Zypern oder vielleicht doch ins Wadi Arraba an die jordanische Grenze oder in den Sinai?

Nach knapp zwei Stunden Fahrt müssen wir den Wagen verlassen; unsere Augen bleiben verbunden. Ein Hubschrauber landet. Wir werden ca. eine Stunde mit dem Hubschrauber geflogen. Die Augen bleiben verbunden. Ein letzter Blick auf Palästina wird uns verwehrt.

Der Helikopter landet auf einer Strasse im Südlibanon an einem Kontrollpunkt der südlibanesischen Armee von A. Lahad. Israelisches Militärfernsehen und Militärreporter sind anwesend. Wir werden von einem Arzt untersucht, was laut Gesetz vorgeschrieben ist. Ein Paket mit Essen und 50 Dollar wird uns überreicht - für unsere Zukunft. Ich werfe Essen und Geld weg und erkläre, dass ich mein Land nicht für 50 Dollar verkaufe. Ein Fernsehreporter fragt mich: „Was denkst du über die Deportation?" Ich sage: „Es ist wie Mord an uns."

Ibrahim Hazimeh

Janice Turner

Zwei Ökonomien im Kriegszustand

Die palästinensische Wirtschaft unter israelischer Besatzung

Jerusalem im Generalstreik John Law

Ibrahim Hazimeh

Die israelische Besetzung von Westbank und Ghazastreifen dient letztendlich nur einem Ziel, den Aufbau einer autonomen Wirtschaftsstruktur in den besetzten Gebieten zu verhindern und damit der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates den Boden zu entziehen.

Die Israelis wissen dies aus ihrer eigenen Erfahrung während der britischen Mandatszeit. Lange vor der Errichtung des Staates Israel waren die Juden daran gegangen, eine eigene ökonomische Infrastruktur im Lande aufzubauen. Im Jahre 1948 befand sich 75% dessen, was der neue Staat benötigte, unter ihrer Kontrolle.

Die Ansicht, daß die ökonomische Integration zwischen Israel und den besetzten Gebieten so weit fortgeschritten sei, daß sie nicht mehr rückgängig zu machen wäre, ist durch den jüngsten palästinensischen Aufstand ernsthaft in Frage gestellt worden. Wie die Israelis unter britischem Mandat haben die Palästinenser gelernt, einen politischen Kampf mit ökonomischen Mitteln auszufechten. Sie sind bereit, einen Einschnitt in ihren Lebensstandard hinzunehmen; Universitätsabsolventen bearbeiten den Boden, und Selbsthilfegruppen schießen überall in den besetzten Gebieten aus dem Boden. Um die Palästinenser daran zu hindern, ihre ökonomische Abhängigkeit von Israel zu durchbrechen und die ökonomische Grundlage für den zukünftigen Staat zu legen, antworten die Israelis mit ökonomischen Sanktionen auf die palästinensische Herausforderung.

Der palästinensische Aufstand, der im Dezember letzten Jahres begann, zielt darauf ab, die politischen und wirtschaftlichen Bindungen an Israel zu durchschneiden, sagt Ibrahim Matar, ein in Jerusalem

lebender palästinensischer Wirtschaftswissenschaftler.

Die Palästinenser trachten danach, sich aus Israels 20jährigem ökonomischen Würgegriff in der Westbank und im Ghazastreifen zu befreien und letztlich eine Selbstversorgung zu erreichen.

Die Führung des Aufstandes hat wiederholt zu Streiks und anderen Formen ökonomischen Protestes aufgerufen. Die Streikenden werden aufgefordet, freiwillige Arbeit auf palästinensischen Feldern zu verrichten; Unternehmer werden gedrängt, bei Streiks auf Gehaltskürzungen zu verzichten und Jobs für jene zu schaffen, die ihre Arbeit in der Verwaltung der israelischen Besatzung aufgegeben haben.

Volkskomitees haben Geld für die Verletzten und für jene gesammelt, die durch den Aufstand finanziell hart getroffen worden sind. Palästinensische Pharmahersteller werden ersucht, Medikamente zu spenden. Erzeuger und Händler von Waren sind aufgerufen worden, ihre Preise zu reduzieren.

Die Israelis sind bislang nicht in der Lage, eine Gegenstrategie zu entwicklen. Sie haben beispielsweise einige palästinensische Geschäfte geschlossen, weil diese sich an Geschäftsstreiks beteiligt hatten, während andere gezwungen wurden, wieder zu öffnen. Weite Gebiete der Westbank und des Ghazastreifens sind für mehrere Tage hintereinander unter Ausgangssperre gestellt worden, wodurch der israelischen Industrie die palästiennsischen Arbeiter entzogen wurden.

Seit Beginn der Besetzung im Jahre 1967 ist die Wirtschaft der Westbank und des Ghazastreifens von Israel beständig untergraben worden. Youssef Sayigh sagt, daß die palästinensische Wirtschaft im Jahre 1948 wesentlich stärker war als die Jordaniens, Ägyptens, Syrien und Libanons. Im Jahre 1983 aber fiel die palästinensische Wirtschaft auf die letzte Stelle zurück.

Nach Angaben von israelischen Autoren wuchs die palästinensische Wirtschaft vor dem Jahr 1967 um durchschnittlich 7-8 % im Jahr. Nach Angaben des palästinensischen Wirtschaftswissenschaftlers Adel Samara betrug das Pro-Kopf-Einkommen in Israel im Jahre 1986 6.400 US-Dollar, während es sich in den besetzten Gebieten gerade auf 1.162 US-Dollar belief.

Israel hat die Besetzung genützt, um sich Land und Wasserquellen anzueignen, um subventionierte Exporte auf einen durch die Besetzung gefangenen Markt zu pumpen und sich ein Arbeitskräftereservoir für israelische Unternehmen zu sichern.

Nach Angaben des israelischen Verteidigungsministeriums gingen 65 % der gesamten Exporte aus den besetzten Gebieten im Wert von 299.4 Millionen US-Dollar im Jahre 1984 nach Israel. Zum Vergleich: 90 % der gesamten Importe der besetzten Gebiete im selben Jahr im Wert von 686.2 Millionen US-Dollar kamen aus Israel. Die Landwirtschaft ist von dem israelischen Diktat, nur das zu produzieren, was der israelische Markt benötigt, schwer getroffen worden.

Land, das nicht registriert ist, wird von den Israelis als Staatsland betrachtet. Damit stehen 70 % der Fläche der Westbank unter israelischer Verfügung. Die Armee hat die Möglichkeit, Gebiete „aus Sicherheitsgründen" zu beschlagnahmen, wohingegen andere Gesetzesbestimmungen besagen, daß Palästinenser, die ihr Land während der Kampfhandlungen verlassen haben, ihren Anspruch auf dieses Land verloren haben. Gegenwärtig befinden sich etwa 52 % des Bodens der Westbank in israelischer Hand.

Die Westbank liefert etwa ein Drittel von Israels Wasservorräten. Palästinensern ist es verboten, überhaupt einen Brunnen zu graben; sie sind gezwungen, den Wasserkonsum auf der Höhe des Jahres 1967 zu begrenzen. Jüdische Siedler in den besetzten Gebieten dürfen dagegen soviel Wasser verbrauchen wie sie wollen.

Arbeitslosigkeit unter den Palästinensern ist weitverbreitet. Rund 40 % der palästinensischen Arbeiter finden Beschäftigung in Israel, vornehmlich in Sklavenjobs.

Israel hat im Jahre 1967 alle Bank- und Finanzeinrichtungen in den besetzten Gebieten geschlossen.

Vor dem Aufstand galt allgemein die Faustregel, daß die ökonomischen Vorteile für Israel die Kosten der Besetzung von Westbank und Ghazastreifen decken würden. Ibrahim Matar schätzt, daß der israelische Staatshaushalt von den Palästinensern pro Jahr rund 200 Millionen Dollar an Steuereinnahmen bezieht, einschließlich der 135.000 Palästinenser aus Ost-Jerusalem. Die Benzinsteuer allein bringt jährlich 23

Millionen Dollar in Israels Kassen.

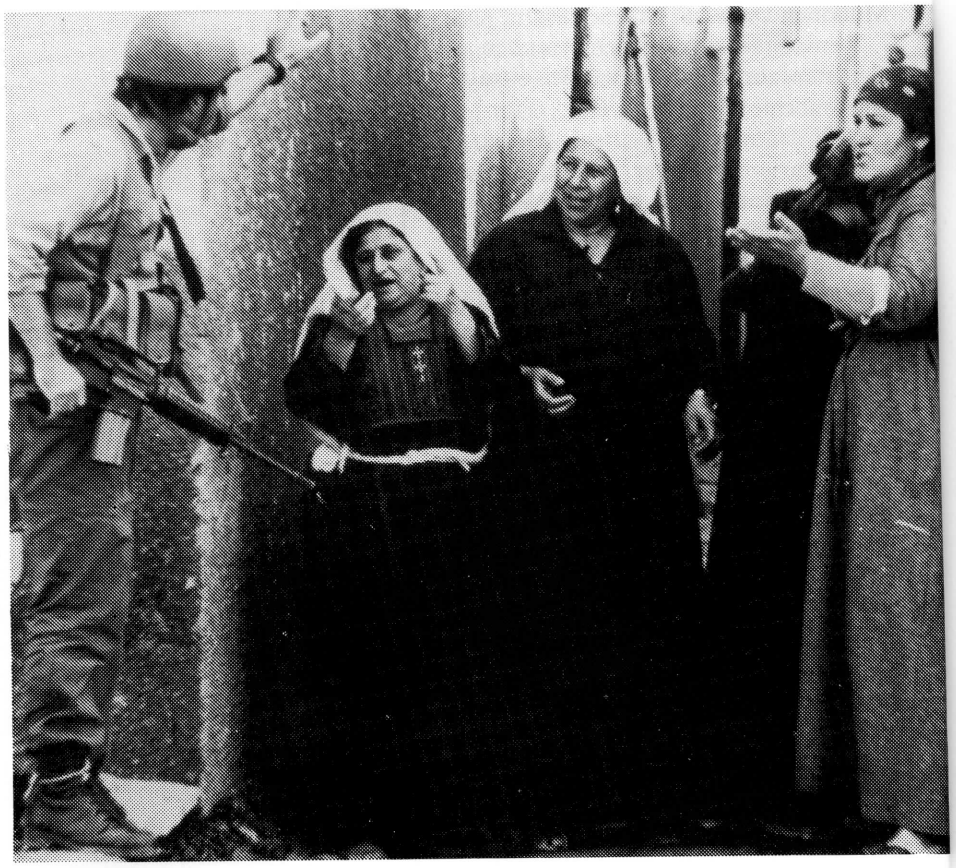
Wenn Israel sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen würde, wäre eine enorme Summe an Geld erforderlich, um die Wirtschaft zu restrukturieren. Matar glaubt, daß Israel verlieren würde, wenn bei Friedensverhandlungen ein palästinensischer Staat in der Westbank und im Ghazastreifen entstehen würde. „Wir würden gewiss Handelsbarrieren errichten, um Israels Dumping-Politik zu kontern und unsere eigene Wirtschaft zu schützen," sagt Ibrahim Matar. Israel könnte hier nicht länger Steuern erheben. Diese beiden Maßnahmen allein würden Israel pro Jahr 1 Milliarde Dollar kosten. Eine für die Palästinenser akzeptable Friedenslösung müßte zudem die Rückgabe allen illegal besetzten Bodens - oft der fruchtbarste - einschließen sowie ein Abkommen über die Wasserzuteilung.

Andere Beobachter glauben, daß Israel von einem Frieden in der Region doch eher profitieren werde, da die Verluste in der Westbank und im Ghazastreifen durch den Handel mit anderen Staaten in der Region wettgemacht werden könnten.

Matar stimmt dem nicht zu. Er verweist darauf, daß ein Viertel von Israels jährlichem Haushaltsetat in Höhe von 22 Milliarden Dollar aus Hilfszahlungen besteht, darunter 3,2 Mrd. Dollar direkt aus Washington und noch einmal 1 Mrd. Dollar aus Spendenaufkommen in den USA. „Israel erhält dieses Geld auf Grundlage einer angeblichen arabischen Bedrohung; wenn es Frieden gäbe, gäbe es keine Notwendigkeit mehr für diese Zahlungen. Israel braucht eine Kriegssituation, um zu überleben."

The South, Juli 1988

Wirtschaftssanktion:
Diesem Bauern aus Ramallah wurden die Olivenbäume abgesägt



Im 22. Jahr der Besatzung

Amos Wollin

Sechs Monate nach Beginn der Intifada tritt der palästinensische Volksaufstand jetzt in eine neue Phase. Dass der unbewaffnete Massenwiderstand gegen einen Militärokkupationsapparat mit 21jähriger Erfahrung in allen Finessen der Unterdrückung so lange überlebt hat, ist fast ein Wunder.

Die anonyme „grassroot"-Führung, eine Koalition aller in der PLO vertretenen politischen Gruppen gemeinsam mit islamisch-religiösen Vereinen, die den nationalen Befreiungskampf unterstützen, hat mit bisher 15 Richtlinien die Protestaktionen der Bevölkerung des palästinensischen Westufers und Ghazastreifens (ungefähr 1,5 Millionen Menschen in Städten, Flüchtlingslagern und weit abliegenden Dörfern) so zu koordinieren gewusst, dass sich praktisch jedermann/frau auf seine Weise engagieren konnte, sei es durch Teilnahme an Generalstreiks, Vorbereitung der Kampagne des zivilen Ungehorsams, Organisierung der gegenseitigen Hilfe, Aufbau eigener, selbständiger lokaler Administrativverbände, Anlage von Gärten für Selbstversorgung (angesichts der Aushungerungsmethoden der Besatzungsbehörden), Alternativversorgung mit Brennstoff und Wasser als Schutz gegen die wiederholten Versuche seitens der militärischen „Zivilverwaltung", die Palästinenser in die Knie zu zwingen, indem die Strom- und Wasserversorgung auf Wochen hinaus „ausfällt". Oder durch Teilnahme der Jugend an Konfrontationen mit schwerbewaffneten motorisierten Einheiten des um ein Vierfaches verstärkten Aufgebots der „normalen" Besatzungsarmee; Pflege der zahlreichen Verwundeten und viel benötigte Hilfe für die Familien der Opfer, inklusive der Gefangenen.

Als der Besatzungsmacht klar wurde, dass ihre Erwartung eines raschen Zusammenbruchs mit Hilfe der brutalen Schiess- und Prügelmethoden falsch war, erfand sie zusätzlich eine Reihe von Kollektivstrafen und Zermürbungsmethoden, um den Kampfgeist und die Disziplin der arabischen Bevölkerung zu untergraben: Zerstörung von Wohnhäusern, nächtliche Razzien mit Massenverhören, wochenlange Isolierung von Städten und Dörfern, Ausgehverbot in Flüchtlingslagern, Unterbrechung der laufenden Versorgung und des

Verkehrs, Abschaltung der Telefonverbindungen, Streikbruchversuche durch Öffnungs- oder Schliesszwang von Geschäften und Bestrafung der Kaufleute, Reiseverbot innerhalb der besetzten Gebiete, selektive Ausreiseerlaubnis für Arbeiter, die als Tagelöhner in Israel ihren Unterhalt suchen, Konfiskation der Identitätsausweise (ohne die ein Palästinenser „verloren" ist), und in letzter Zeit: Neuregistrierung der Bevölkerung und ihre Erfassung in einem „allmächtigen" Computersystem der Militärbehörde, wobei die Palästinenser gezwungen werden, eine Reihe von Bestätigungen vorzulegen, die beweisen, dass sie alle ihre Steuern bezahlt haben. In der Praxis bedeuten diese Schikanen eine fast unmögliche Überlastung der sonst schon völlig erschöpften Familien, die sich zumeist in für Europäer schwer vorstellbaren Notlagen befinden. Die verlangten Steuerdokumente als Voraussetzung für die neuen Personalausweise haben auch den Zweck, die Tendenz zum Boykott der israelischen Steuerbehörde zu brechen.

Die Erwartung der Palästinenser, dass sich eine starke Oppositionsbewegung in Israel entwickelt, die nicht nur auf eine Vielzahl von relativ kleinen Protestgruppen beschränkt bleibt, sondern ernste Solidaritätsaktionen organisiert und den Widerstand gegen die Besetzung, für einen mit der PLO verhandelten Frieden im Rahmen der Zweistaatenlösung für Israeli und Palästinenser, für eine internationale Konferenz, die von den Vereinten Nationen einberufen wird, in die Weg leitet, blieb unerfüllt. Breite Bevölkerungsschichten in Israel haben sich an den Umstand gewöhnt, und die Brutalisierung konnte fast problemlos integriert werden: Auch extreme Repression gegen „Artfremde" oder „Eingebo-

Trauerzug - Der gewaltsame Tod ist Teil der israelischen Besatzung

rene" wird zur Routine in einer Gesellschaft, die sich in einigen Jahrzehnten an Feldzügen gegen den arabischen Feind im allgemeinen und die PLO insbesondere geübt hat.

Peace Now, die stärkste der Protestgruppen, beschränkt sich darauf, den amerikanischen Shultz-Plan zu unterstützen, - so wie Peace Now vor zehn Jahren als Camp David-Lobby funktionierte -, und damit als eine Art Instrument des State Department wirkt. Die Arbeiterpartei verlässt sich gleichermassen auf die amerikanische Mittelostpolitik und bringt in ihrem Wahlprogramm jetzt wieder die drei Ablehnungslosungen des „nationalen Konsens" zum Ausdruck: Kein Rückzug aus den besetzten Gebieten; keine Verhandlungen mit der PLO; keinen palästinensischen Staat diesseits des Jordanflusses. Angesichts dieses Versagens des entscheidenden Oppositionspotentials, das bei den Novemberwahlen die konservativen Rechtsparteien an der Macht ersetzen könnte, kann man sich über die Resultate der Meinungsumfragen und lokalen Wahlergebnisse nicht wundern, die eine Stärkung des extremen rechten Lagers zeigen. Der Polarisierungsprozess bringt zwar den linken Oppositionsparteien auch einen gewissen Zuwachs; aber die seit 1967 zunehmende Rechtsradikalisierung bleibt ausschlaggebend im Vordergrund, vor allem weil die Arbeitspartei ohne glaubwürdiges Friedensprogramm als überzeugende Alternative vor die Öffentlichkeit tritt.

Der Aufstand muss neue Wege und Formen finden

Auch Washington hat sich weitgehend an die Intifada-Wirklichkeit adaptiert und zeigt jetzt weniger Besorgnis über eine mögliche Radikalisierung der Opposition in den arabischen Staaten. George Shultz war bisher nicht bereit, die negative amerikanische Einstellung der PLO gegenüber zu revidieren oder ein gemeinsames Voprgehen der beiden Grossmächte im Mittleren Osten zu fördern, obgleich die ursprüngliche Shultz-Intiative nun eindeutig festgefahren ist. Wenn die bevorstehende Gipfelkonferenz Reagan-Gorbatschow nicht zu dramatischen Änderungen führt, kann man für absehbare Zeit keinerlei positive Entwicklungen im israelisch-arabischen Konflikt erwarten. Das ist die Perspektive, auf die Ministerpräsident Shamir und seine Likud-Kollegen gesetzt haben, als sie die Shultz-Initiative begrüssten und gleichzeitig begraben halfen. Für sie ist die möglichst lange und ungestörte Aufrechterhaltung des status quo die beste Lösung.

Israels Kampf gegen die PLO und den Aufstand in den besetzten Gebieten wird nicht nur lokal geführt. Die Ermordung Khalil Al-Wazirs (Abu

Jihad) in Tunis war ein harter Schlag. Dass man sich in Israel gerade des stellvertretenden PLO-Führers entledigen wollte, der für den „Terrorismus" (und jetzt für den unbewaffneten Befreiungskampf) der Palästinenser verantwortlich gemacht wird, ist leicht verständlich, kann jedoch nicht als Racheakt gesehen werden. Abu Jihad verkörperte nicht nur die Kontinuität des Befreiungskampfes in den besetzten Gebieten und der palästinensischen Diaspora; er bildete auch das organisatorische Bindeglied zwischen diesen beiden Elementen gerade in den letzten Monaten der Intifada im Ghazastreifen und Westufer-Land, wo sich Khalil Al-Wazir besonderer Beliebtheit erfreute. Weniger bekannt ist vielleicht die Tatsache, dass Abu Jihad eine zentrale Rolle bei der Wiedervereinigung der verschiedenen Organisationen im PLO-Rahmen gespielt hat und für die Demokratisierung einer kollektiven Führung eingetreten ist. Schliesslich war es auch Abu Jihad, der die Normalisierung der PLO-Beziehungen mit Damaskus forderte und vorantrieb. Er galt als Architekt einer PLO-Allianz mit Syrien und Jordanien, die Israel verhindern will. Allerdings hat gerade der Mord an Abu Jihad dazu beigetragen, den Assad-Arafat Dialog zu erneuern - nach fünfjähriger Feindschaft, die erst unter dem Intifada-Einfluss auf Syrien gebrochen werden konnte.

Abgesehen von einer Hebung der Moral bei der Bevölkerung in Israel am Vorabend des 40. Jahrestages der Staatsgründung erwartete man von dem „chirurgischen Eingriff in Tunis", dass der spektakuläre Schlag ggen die PLO nach einem kurzen, intensiven Wut- und Schmerzausbruch in den besetzten Gebieten einen wichtigen Beitrag zur Liquidierung der Intifada leisten kann, vielleicht auch gleichzeitiges Wiederaufleben des „Terrorismus", wenigstens seitens einiger Dissidentengruppen im Palästinenserlager. Den entscheidenden Einfluss in dieser Richtung erhofft man sich von einer jetzt angewendeten Taktik, bestehend aus einer Mischung von intensiven Zermürbungsschikanen, scharfen Kollektivstrafen, gezielten Aktionen gegen Journalisten, Gewerkschafter, Advokaten, Führer der Jugend- und Frauenbewegungen und harten militärischen Massnahmen zur „Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung", des status quo ante Intifada. Der Zermürbungskrieg, den Israel mithilfe der grossen Truppenverbände, durch Massenverhaftungen und wirtschaftlichen Druck gegen die Palästinenser führt, soll die Lage normalisieren und den zivilen Ungehorsam, die Unabhängigkeitsbestrebungen brechen.

Die Einheit der Palästinenser war nie so stark...

Der Aufstand muss jetzt neue Formen und Wege finden, aber die Abwesenheit von Konfrontationen allerorts, wie die der Steinewerfer und prügelnden Soldaten, soll nicht den falschen Eindruck erwecken, als gehe die Intifada ihrem Ende aus Erschöpfung entgegen. Der jugendliche Elan und Massencharakter des Volksaufstandes, das inzwischen gewachsene Erfahrungspotential und Selbstgefühl werden den Kampf auf verschiedenste Weise weiterführen helfen. Erreicht wurde bisher, dass die Weltöffentlichkeit das ungelöste Palästinenserproblem überhaupt zur Kenntnis nimmt und sich mit der Frage beschäftigen muss, die vom Golfkonflikt ganz in den Schatten gestellt war. Die Einheit des palästinensischen Lagers unter Führung der PLO mit einem klaren gemeinsamen politischen „Zweistaaten"-Programm war nie so stark. Diversionsversuche mit dem Reagan-Plan, der „jordanischen Option", israelisch-jordanische Konföderationsprojekte, amerikanische Vorstellungen von der Verlängerung des status quo mit Hilfe „einer Verbesserung der Lebensqualität" unter israelischer Okkupation wurden allesamt über den Haufen geworfen. In Israel musste man feststellen, dass die besetzten Gebiete auf Dauer nicht beherrschbar sind oder jedenfalls, dass „es so nicht weitergehen kann"... Der Polarisierungseffekt kommt gegenwärtig den rechtsextremen Parteien zugute, aber das Vorhandensein von ungefähr 50 Protestorganisationen zeigt breite Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik, und externe Entwicklungen, wie z. B. eine gemeinsame Initiative der Grossmächte und der Vereinten Nationen zur Einberufung einer internationalen Konferenz, an

der sich Israel, die arabischen Staaten und die PLO beteiligen, könnten die politische Konstellation in Israel weitgehend ändern. Im Laufe des Aufstandes wurde vielen klar, dass eine Lösung nur durch Teilung, d. h. durch Gründung eines palästinensischen Staates neben Israel, wie ursprünglich im November 1947 von der Organisation der Vereinten Nationen beschlossen, möglich ist. Seitens der PLO gibt es dafür bereits eine klare Zusage. Sie ist heute sogar bereit, Zwischenlösungen zu akzeptieren, vorausgesetzt, dass Israel die Verhandlungen mit der PLO führt und dass der Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten sowie die Selbständigkeit der Palästinenser im eigenen zukünftigen Staat dort garantiert wird.

Bemerkenswert ist die Entwicklung bei der arabischen Bevölkerung Israels. Eine militante Solidaritätsbewegung hat die arabische Minderheit im jüdischen Staat mit den Palästinensern der besetzten Gebiete geeint. Die arabischen Gneeralstreiks in Israel am 21. Dezember 1987 und am 30. März 1988 galten als Warnung: Israel kann die brutale Unterdrückung in den besetzten Gebieten nicht fortführen, ohne damit gleichzeitig einen ernsten Konflikt mit der arabischen Bevölkerung auszulösen. Im Zuge dieser Ereignisse können zionistische Parteien bei den bevorstehenden Wahlen nicht mehr mit den vielen arabischen Stimmen rechnen, die immerhin fast ein Fünftel aller Abgeordneten in die Knesset bringen und in der Vergangenheit oft auch gegen lokale arabische Interessen manipulierbar waren.

Der Ausgang der Novemberwahlen ist jetzt kaum vorauszusagen. Das gegenwärtige Gesamtbild unterscheidet sich nicht wesentlich vom letzten Wahlausgang vor vier Jahren, der eine Regierung der „nationalen Einheit" mit eingebautem politischen Immobilismus zur Macht brachte. Innerhalb der beiden grossen Lager um Likud und die Partei der Arbeit, die einander die Waage halten, zeichnet sich jetzt ein Polarisierungsprozess eher zugunsten der Rechten ab. Bei den Studentenwahlen der Jerusalemer Universität (Mai 1988) waren die rechtsextremen Listen besonders erfolgreich, und der Likudblock erstarkte auf Kosten der Partei der Arbeit. Linksliberale Gruppen schnitten zwar besser ab als in der Vergangenheit, machen sich jedoch ernste Sorgen angesichts der Rechtsradikalisierung, die im grossen und ganzen deutlich zum Ausdruck kommt.

Auf die Frage des Wochenblatts „Koteret Raschit" (Tel Aviv), wo der Faschismus anfängt - wo die rote Linie ist, antwortet Prof. Sternhal: „Das Problem liegt darin, dass die Leute erst dann zugeben wollen, dass wir die rote Linie überschritten haben, wenn der (Faschisierungs-)Prozess bereits beendet ist. Jedenfalls liegt die rote Linie am Rande der gegenwärtigen Lage. Die Alarmglocken müssten läuten, sobald Informationsfreiheit und juridische Autorität eingeschränkt werden. Und die Alarmglocken haben zu läuten begonnen."

links, Juni 1988

"Es wird immer schwieriger, die Freunde zu besuchen"

Als wir Anfang Dezember vergangenen Jahres von den Ereignissen in Ghaza hörten, dachte keiner von uns daran, daß es dieses Mal anders werden sollte. Zu oft hatten uns in den letzten Jahren die Nachrichten aus den besetzten Gebieten betroffen gemacht, doch irgendwie gehörten die Nachrichten über erschossene Palästinenser, Militäraktionen, Demonstrationen und Streiks längst zum traurigen palästinensischen Alltag.

Auch vor dem 9. Dezember hatte es bewaffnete Provokationen israelischer Siedler in Duheisheh gegeben, ebenso Streiks und Demonstrationen wie am Jahrestag der Balfour-Erklärung. Die Stimmung war gespannter als in den Jahren zuvor; vielleicht lag es an den vielen Jahrestagen, die an das Schicksal der Palästinenser zum 70sten, 40sten, 20sten und 5ten Mal erinnerten. (Balfour-Erklärung, UN-Teilungsplan, Sechs-Tage-Krieg, Libanoninvasion). Es war der Tod von vier Palästinensern, die den Funken der Intifada entzünden sollte.

Als wir von dem Aufflammen des Aufstandes erfuhren, saßen wir am Feuer in einer kleinen Beduinenwellblechhütte in der Nähe von Beersheva im Negev, ca. 40 km von Ghaza entfernt. Noch am selben Tag dröhnten israelische Militärhelicopter über unsere Köpfe Richtung Ghazastreifen. Sie sollten uns noch oft des Nachts aus dem Schlaf wecken. Doch ansonsten blieb es ruhig im Negev, während sich der Funke von Ghaza

in den besetzten Gebieten wie ein Lauffeuer verbreitete. Demonstrationen, Straßenkämpfe, Barrikadenbau, Generalstreiks spannten sich wie von unsichtbarer Hand gezogen über Westbank und Ghaza und rissen in atemberaubender Schnelligkeit die Menschen aus ihrer Verzweiflung und Apathie. Ein Wiederbelebungsprozeß des palästinensischen Volkes fand statt.

Solidarität in Beersheva

Selbst in Beersheva unter den wenigen arabischen Studenten an der Ben-Gurion-Universität hatte es gefunkt. Im Januar 1988 kam es zu einer Protest- und Solidaritätskundgebung mit der Intifada vor den Toren der Universität. „Freiheit für die besetzten Gebiete", „Von Beirut bis Jabalia - ein palästinensisches Volk" und „Gegen Rassismus und Faschismus" waren die Hauptforderungen. Den knapp 50 palästinensischen Studenten standen etwa genauso viele israelische Polizisten und Kahane-Sympathisanten gegenüber, die lauthals drohten: „Kahane wird es euch zeigen", „In diesem Land ist kein Platz für euch" und forderten „Weg mit arabischen Studenten von jüdischen Universitäten".

Es folgte am 23. Januar in Nazareth die seit Jahren wohl größte Solidaritätsdemonstration der in Israel lebenden Palästinenser mit ihren Brüdern und Schwestern in den besetzten Gebieten. Aufgerufen hatten zu dieser beeindruckenden Kundgebung das Komitee der arabischen Bürgermeister und die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit. Über 25.000 Palästinenser aus allen Teilen Israels waren dem Aufruf gefolgt. Selbst ein Bus mit Beduinen aus dem Negev hatte den Weg nach Nazareth gefunden; sie wurden mit Begeisterung begrüßt. Ein Caféhausbesitzer war so überwältigt von der Solidarität aus dem Negev, daß er die Busmannschaft spontan zu einem Kaffee einlud.

Das letzte Mal war ich im Dezember 87 in den besetzten Gebieten

gewesen. Aufgeregt war ich schon etwas, als ich mich Anfang Februar entschloß, meine Freunde in Hebron, Bethlehem und Jerusalem wieder einmal zu besuchen. Bisher war es immer relativ problemlos gewesen, in die Westbank zu fahren. Gespannt hatte ich die Nachrichten verfolgt, die am Vorabend meiner Abreise von Beersheva über die Situation in den besetzten Gebieten berichteten. Straßensperren und Militärkontrollen auf dem Weg mit einem arabischen Taxi von Beersheva nach Hebron war ich gewohnt, doch scharfschießende Soldaten und heftige Straßenkämpfe in Halhoul nicht. So wählte ich den Weg über Jerusalem.

Auf dem Weg in das Aufstandsgebiet

Sofort ist sichtbar, daß die Intifada das Leben der Menschen verändert hatte. Das öffentliche Leben ist reduziert auf drei Stunden täglich, sofern nicht zum Generalstreik aufgerufen wird. Nur Apotheken und Arztpraxen dürfen ganztägig öffnen. Ansonsten öffnen die Geschäfte in Bethlehem von 9 -12 Uhr; in Jerusalem von 15 - 18 Uhr. In dieser kurzen Zeit hasten die Menschen durch die Straßen, quetschen sich mit ihren prallgefüllten Plastiktaschen in die winzigen Geschäfte, finden aber in dem Getümmel immer noch Zeit, um kurz die Neuigkeiten und die Geschehnisse der vergangenen Nacht auszutauschen. Ein Durchkommen scheint manchmal fast unmöglich. Bedauernswert sind die Händler, die versuchen, mit ihren Handkarren Nachschub für ihre Läden und Stände zu transportieren. Sie verursachen Staus. Die erdrückende Enge macht die Leute ungeduldig und aggressiv. Manch lautes Wort fällt, doch die Spannung verfliegt mit dem Fluß der Bewegung.

Das Funktionieren der mündlichen Nachrichtenübermittlung ist erstaunlich, sie eilt der Medienberichterstattung weit voraus. Auch die Aufrufe der „Nationalen Führung der Intifada", meist nachts vor Geschäften und in der Moschee ausgeteilt, verbreiten sich durch die Mundpropaganda wie ein Lauffeuer. Alle sind informiert, auch wenn sie selbst kein Flugblatt in die Hand bekommen haben, die nach dem Auffinden zumeist vernichtet werden, da die Weitergabe zu gefährlich ist. Die Aufrufe werden akzeptiert und befolgt; bei weniger Überzeugten hilft der soziale Druck nach. Die Flugblätter geben die geplanten Aktionen für jeweils eine Woche bekannt, das hilft den Menschen, ihre alltäglichen Verpflichtungen den politischen Erfordernissen anzupassen.

Ist ein mehrtägiger Generalstreik angesagt, müssen die Frauen öfters zwischen Haus, Geschäften und Markt pendeln. Es ist nicht einfach, eine große Familie mit dem Nötigsten für diese Tage zu versorgen. Doch sollte einmal was fehlen, ist es für Eingeweihte auch nicht schwer, noch abends etwas Eßbares zu kaufen. Lebensmittelhändler haben ihre Wohnzimmer zu Warendepots umfunktioniert, die Not macht erfinderisch, und die Kunden wissen es zu schätzen. Clevere Kinder „profitieren" von dem Streik; sie bieten nach Ladenschluß Zigaretten und Süßigkeiten an, zumeist auf Apfelsinenkisten oder Decken. Die Vereinigte Nationale Führung drückt wohl hier ein Auge zu, während sie jedoch die Straßenhändler, die außerhalb der festgelegten Öffnungsszeiten ihr Geschäft machen wollten, als Streik-

brecher von den Straßen vertrieben hat.

Die finanzielle Not ist in vielen Familien groß; die Männer haben ihre Arbeit in Israel aufgegeben oder ihren Dienst bei den Besatzungsbehörden quittiert. Die Touristenzahlen haben sich merklich reduziert. Das wird spürbar für Taxifahrer, Cafehausbesitzer und Souvenierverkäufer. Doch die Solidarität ist groß, die meisten Geschäftsleute sind bereit, ihre Waren auf Kredit zu verkaufen.

Dauernde Schikanen und Beleidigungen

So plötzlich wie das Leben in den Straßen erwacht, so abrupt endet es zu den festgelegten Ladenschlußzeiten. Pünktlich werden die Gitter vor den Läden geschlossen und die Rolläden heruntergezogen, die Enge in den Bussen wird erdrückend und die Schlangen vor den Taxis werden länger. Eine halbe Stunde später sind die Straßen fast menschenleer, es kehrt Totenstille ein. Nur noch Katzen und ein paar Schwarzhändler streunen durch die Gassen. Die Atmosphäre wird gegen Abend unheimlich, bis an die Zähne bewaffnete israelische Soldaten versuchen die Straßen und die Dunkelheit zu beherrschen. Alleine trauen sie sich nicht in das unübersichtliche Gassengewirr, nur in Gruppen fühlen sie sich stark. Doch sie können weder blitzschnell errichtete Straßensperren, Parolensprühen oder in Baumwipfeln gehißte palästinensische Fahnen verhindern.

Ihre Aggression gegen die palästinensische Bevölkerung äußert sich nicht nur in den von den Medien bekanntgemachten Terrormaßnahmen, sondern auch in unauffälligeren Schikanierungen, Beleidigungen und Einschüchterungsversuchen. Willkürlich aus der Menge der Passanten herausgegriffene Palästinenser werden an eine Hauswand gedrückt, abgetastet, kurz getreten oder an den Haaren gezogen. Frauen und Mädchen werden mit obszönen Ausdrücken beleidigt und verletzt; ältere Menschen angerempelt und beiseite gedrückt. Es scheint den Soldaten Spaß zu machen, mit überhöhter Geschwindigkeit in ihren Jeeps durch die engen Straßen zu preschen, die Menschen angstvoll zur Seite springen zu lassen und aus den Taschen gefallenes Gemüse mit ihren Reifen zu zerquetschen.

In einer Schule in Bethlehem

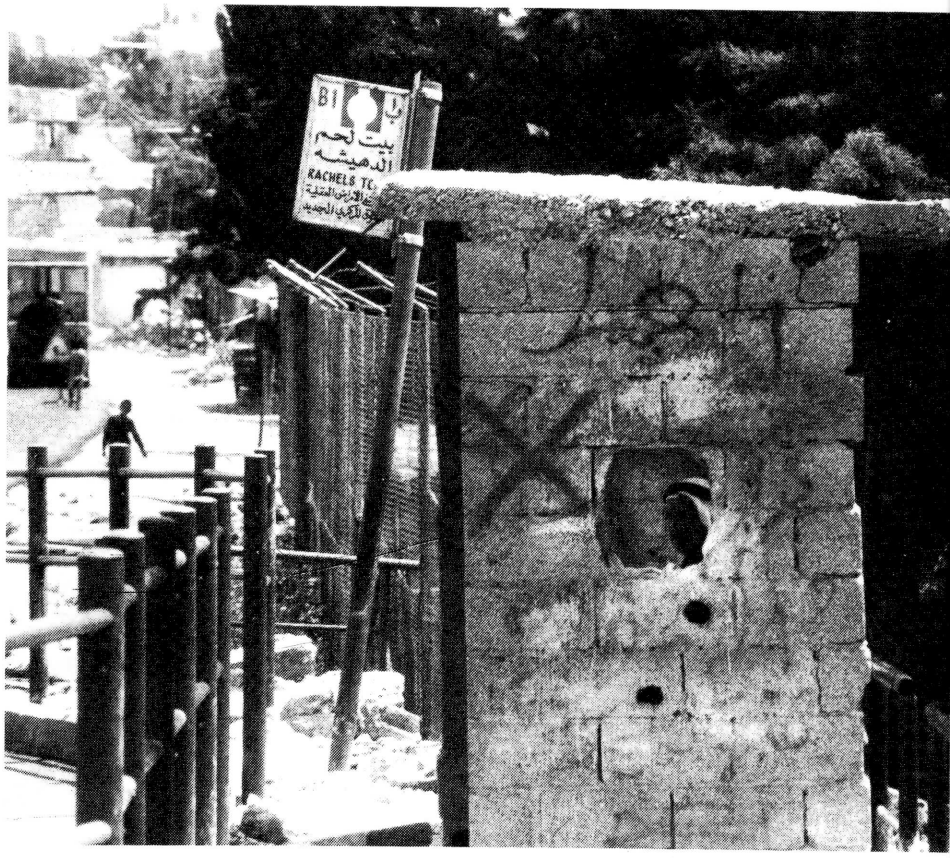
Vor einer Schule in Bethlehem rufen junge Schülerinnen den vorbeifahrenden Soldaten pro-palästinensische Parolen zu. Die Soldaten kehren zurück, besetzen den Schulhof. Die Mädchen dürfen das Gelände nicht verlassen. Keine sichtbare Gewalt wird angewendet, doch die Mädchen kommen verstört nach Hause. Sie sind durch obzöne Ausdrücke und sexuelle Androhungen verletzt worden. Die Mütter sind entsetzt, aber doch so politisiert, daß sie mit ihren Töchtern offen reden können und genau das nicht tun, was beabsichtigt wurde, den Mädchen den Schulbesuch zu verbieten. Sie wissen mittlerweile, daß Bildung und Wissen oft ihr einziges Kapital ist.

Nachts sind wieder Schüsse zu hören. Sie kommen aus Duheischeh, dem Flüchtlingslager, das nachts von großen Scheinwerfern angestrahlt wird, die den meterhohen Zaun, der das Lager einzäunt, in ein gespenstisches Licht taucht. Am nächsten Tag spricht sich die Nachricht herum: Es hat eine Razzia gegeben, junge Leute sind verhaftet, ein Mann ist erschossen und eine junge Frau, die einem hingefallenen Mann helfen wollte, ist angeschossen worden. Viele werden sie im Krankenhaus besuchen. Trotz aller Schreckensmeldungen, die Menschen bleiben diszipliniert. Das vorausgesagte Chaos ist nicht ausgebrochen, obwohl in vielen Städten die Polizisten ihren Job aufgekündigt haben. Bemerkbar macht sich das in einem Erziehungsheim für straffällig gewordene Jugendliche. Der Sozialarbeiter zeigt mir die vielen leeren Zimmer dieses riesengroßen Hauses. Vor der Intifada war es vollbelegt, heute langweilen sich die Sozialarbeiter, da sie nur noch eine handvoll Jugendlicher zu betreuen haben.

Doch die Menschen in den besetzten Gebieten haben keine Angst vor den kleinen Gaunern, die jetzt nicht mehr von der Polizei eingesperrt werden können. Wie sollten sie auch, wenn sie nicht einmal mehr Angst vor der übermächtig erscheinenden Besatzungsmacht haben. Die Intifada und ihre vielen Basisorganisationen zeigen, daß sie ihr gesellschaftliches Leben alleine regeln können.

Die Intifada hat nicht nur die politische Situation und die sozioökonomische Basis der palästinensischen Gesellschaft in den besetzten Gebieten grundlegend verändert, sie findet auch ihren Ausdruck im kulturellen Bereich. Neue Lieder sind entstanden, Lieder mit politischen Inhalten, verpackt in alte, traditionelle, allen wohl bekannte Melodien. Große, laute Feste werden nicht mehr gefeiert, das geziemt sich nicht angesichts der vielen Toten. Selbst gesellschaftliche Höhepunkte wie Hochzeitsfeiern werden leise und würdevoll zelebriert. Stolz wird berichtet, daß die Braut auf ihren „mahr", die traditionelle Brautgabe, verzichtet hat. Eine Referenz an die Intifada, die sich in dem Lied der Bräute ausdrückt „Ich pfeife auf die Brautgabe, wenn ich einen Feddai heiraten kann". Die Heiratschancen vieler junger Männer steigen - in zweierlei Hinsicht.

Doch es gibt noch eine andere Welt in den besetzten Gebieten, verkörpert durch die Touristen. Vor den historischen Sehenswürdigkeiten werden sie immer noch aus ihren hochmodernen Bussen gespuckt. Sie verschwinden im Inneren eines Kulturdenkmales, zeigen sich interessiert an der alten Geschichte des Heiligen Landes, doch die aktuelle Geschichte scheint an vielen spurlos vorüberzuziehen. Zwar fällt nach der Besichtigung der exotische Kaffeegenuß in den umliegenden arabischen Cafés



Am Rande von Duheisheh auf dem Weg zu Rachels Grab

flach wegen des Streiks, auch der Bummel auf den einheimischen Markt, aber dafür ist jetzt Soldatenfotografieren en vogue. Die Soldaten rücken sich in Position, nehmen forsch ihre Gewehre und langen Schlagstöcke in die Hände und grinsen in die Kameras. Das freundliche Gesicht einer bis an die Zähne bewaffneten Besatzungsmacht, die den Touristen einen ruhigen und angenehmen Urlaub ermöglicht, scheint - selbst in solchen Zeiten - seinen Werbeeffekt nicht zu verfehlen.

Nein, sie haben nicht das palästinensische Haus an der Straße gesehen, dessen Dach von israelischen Soldaten besetzt wurde, sie haben nicht die Schüsse gehört, die, durch die Straßen peitschten, während sie in Hebron die Abraham-Moschee besuchten; sie haben keine palästinensische Familie kennengelernt, die den Vater oder Sohn gestern, mitten in der Nacht unter strenger Militäraufsicht beerdigen mußte; sie wissen nicht, daß der Taxifahrer, der vor dem Flüchtlingslager steht, von den Soldaten gezwungen wurde, dort zu parken, um die Kinder vom Steineschmeißen abzuhalten. Daß die Straßenschilder mit den Namen der jüdischen Siedlungen umgeworfen oder mit den palästinensischen Farben übermalt wurden, haben sie auch nicht wahrgenommen. Daß die Palästinenser bewußt keine Touristen angreifen, ihnen vielmehr helfen, aus einer plötzlich entstandenen Straßenschlacht heil herauszukommen, haben sie das wenigstens bemerkt? Eigentlich könnte man merken, daß die Unterdrückung groß, unerträglich groß sein muß, wenn die Menschen in den besetzten Gebieten ohne Furcht um ihr Leben mit Steinen gegen eine schwerbewaffnete Besatzungsarmee vorgehen, um endlich das schwere Joch der 20jährigen Unterdrückung abzuschütteln.

Mahmoud Darwish

Eindringlinge in die Worte der Nebensächlichkeit

I.

Ihr, die Vorübergehenden zwischen
den Worten der Nebensächlichkeit,
Tragt Euren Namen und geht fort.
Zieht Eure Stunden von unserer Zeit ab und geht fort.
Stehlt, was Ihr wollt, vom Blau des Meeres und
dem Sand der Erinnerung
und nehmt, was ihr wollt, an Bildern,
damit ihr wißt, was Ihr nicht wissen werdet,
wie ein Stein aus unserem Land
das Dach des Himmels baut.

II.

Ihr, die Vorübergehenden zwischen
den Worten der Nebensächlichkeit,
von Euch das Schwert
und von uns unser Blut
von Euch der Stahl und das Feuer
und von uns unser Fleisch
von Euch noch ein Panzer
und von uns ein Stein
von Euch die Gasgranate
und von uns der Regen
und über uns ist an Himmel und Luft,
was auch über Euch ist.
So nehmt Euren Anteil an unserem Blut und geht fort.
Tretet ein zu Tanz und Abendessen und geht fort.
Wir müssen die Blumen der Märtyrer bewachen…
wir müssen so leben, wie wir es wollen!

III.

Ihr, die Vorübergehenden zwischen
den Worten der Nebensächlichkeit,
geht wie der bittere Staub, wohin Ihr wollt,
Geht nicht zwischen uns wie das fliegende Ungeziefer,
denn wir haben in unserem Land etwas zu tun.
Wir haben Korn, das wir ziehen
und mit dem Tau unserer Körper bewässern.
Und wir haben hier, was Euch nicht gefällt:
einen Stein… oder einen Taubenschwarm.
Dann tragt, wenn Ihr wollt, die Vergangenheit

zum Antiquitätenmarkt
und bringt der Haubenlerche das Knochengerüst auf
einem Porzellanteller, wenn Ihr wollt.
Denn wir haben, was Euch nicht gefällt, eine Zukunft...
und wir haben in unserem Land was zu tun.

IV.

Ihr, die Vorübergehenden zwischen
den Worten der Nebensächlichkeit,
stapelt Eure Einbildungen in einem verlassenen Graben
und geht fort
und stellt den Zeiger der Zeit nach der Rechtmäsigkeit
des goldenen Kalbs
oder bestimmt die Zeit durch Pistolenmusik!
Denn wir haben hier, was Euch nicht gefällt.
So geht fort.
Wir haben, was in Euch nicht ist:
eine blutende Heimat
ein blutendes Volk
eine Heimat für das Vergessen und die Erinnerung.
Ihr, die Vorübergehenden zwischen
den Worten der Nebensächlichkeit,
es ist an der Zeit, daß Ihr fortgeht
und Euch niederlaßt, wo Ihr wollt.
Aber laßt Euch nicht unter uns nieder!
Es ist an der Zeit, daß Ihr fortgeht
und sterbet, wo Ihr wollt.
Aber sterbet nicht unter uns,
denn wir haben in unserem Land was zu tun.
Und wir haben hier eine Vergangenheit.
Und wir haben die Stimme der Erstgeburt.
Und wir haben die Gegenwart,
und die Gegenwart und die Zukunft.
Und wir haben das Diesseits hier ... und das Jenseits.
So geht aus unserem Land
von unserem Boden und unserem Meer
aus unserem Korn
und aus unserem Salz und aus unserer Wunde
aus allem
und verlaßt die Erinnerungen an die Erinnerung,
Ihr, die Vorübergehenden zwischen
den Worten der Nebensächlichkeit!...

Hatem Abdul Qader

Die Odyssee eines Administrativhäftlings

Hatem Abdul Qader

Es war am Montag, den 2. Mai, kurz nach 22.00 Uhr, als der Nachtwächter hereinkam und mir mitteilte, daß israelische Geheimdienstoffiziere das Bürogebäude der Tageszeitung Al-Fajr umstellt hatten und Eingang verlangten. Zuerst dachte ich, daß die Polizei und der Inlandsgeheimdienst Shin Beth die Zeitung ausgesucht hatten, um eine nicht unübliche, gründliche Durchsuchung der Büros vorzunehmen. Solch eine Razzia hatte es vor zwei Wochen in dem Gebäude gegeben, in dem die englischsprachige Ausgabe von Al-Fajr untergebracht ist.

Ich sagte dem Nachtwächter, daß er die Türe öffnen solle. Kaum zwei Minuten später hörte ich einen lauten Knall im Erdgeschoß. Dem folgten schwere Stiefelschritte. Drei Geheimdienstoffiziere hatten die Eingangstüre eingetreten und waren in das Obergeschoß marschiert.

Mit Pistolen bewaffnet und Schimpfworte fauchend, verlangten sie von jedem Redakteur die Ausweise, ohne uns zu informieren, was sie eigentlich suchten.

Nach der Kontrolle aller Ausweispapiere erhielt jeder seinen Ausweis zurück, bis auf mich. Sie sagten mir, ich müßte mit ihnen kommen zum „Russian Compound", einem berüchtigten Gefängnis in Jerusalem. Ich fragte, „Warum"?. Sie antworteten: „Du wirst alles dort erfahren."

Als ich hinausgeführt wurde, sah ich eine große Anzahl israelischer Soldaten, Geheimdienst- und Polizeioffiziere, die das gesamte Gebiet abgeriegelt hatten. Alle Straßen, die zum Gebäude der Zeitung führen, waren blockiert.

Als ich in die Verhörabteilung des Shin Beth im „Russian Compound" gebracht wurde, wußte ich natürlich immer noch nicht, warum ich festgenommen worden war. Ich fing an, mir all die furchtbaren Dinge vorzustellen, die man mir nun hätte antun können. Ich saß etwa eine Viertelstunde mit gebunden Händen da, als ein Geheimdienstmann hereinkam und sich mir gegenübersetzte. In einer arroganten und herablassenden Art sagte er zu mir: „Wir wissen alles über dich und deine Aktivitäten im Rahmen der Intifadah."

Ich fragte ihn: „Was wissen Sie, und welche Beweise gibt es gegen mich?" Er sagte: „Das weißt du sehr genau: Es wäre das beste für dich,

wenn du alles zugeben würdest." „Zugeben, was?" „Die Flugblätter der Vereinten Nationalen Führung des Aufstandes!" „Was habe ich mit diesen Flugblättern zu tun?" „Wir haben Informationen, die besagen, daß du an Formulierung und Druck der Flugblätter beteiligt bist." „Das ist nicht wahr." „Wir haben den Beweis." „Welchen Beweis - Können Sie mir den zeigen?" „Das kann ich nicht. Es handelt sich um einen geheimen Beweis, und seine Aufdeckung könnte die Sicherheit des Staates Israel beeinträchtigen." „Wie soll ich denn zu den Vorwürfen Stellung nehmen, wenn sie auf geheimen Beweisen beruhen, über die ich nicht informiert werde? Und woher wollen Sie wissen, daß die Beweise, von denen Sie sprechen, korrekt sind?"

Ganz plötzlich begann der verhörende Offizier, mich zu beschimpfen. Trotzig sagte ich: „Hören Sie, ich habe nichts mehr zu sagen. Wenn Sie zu weit gehen, werde ich kein einziges Wort mehr sagen und keine einzige Frage mehr beantworten, selbst wenn Ihr mich in Stücke reißt."

Es war nach 1.00 Uhr, und ich war sehr müde. Aber ich hatte mich immer noch unter Kontrolle; ich beschloß, den Geheimdienstmann herauszufordern, ungeachtet möglicher Folgen.

Nach einer Weile verließ er den Raum für etwa eine Viertelstunde. Als er zurückkam, sagte er mir, daß ich auf Anordnung des Verteidigungsministers zu einer sechsmonatigen Administrativhaft verurteilt worden sei. Ich konnte nicht glauben, was er sagte, aber er zeigte mir den schriftlichen Befehl. Es war wahr.
Ich fragte ihn: „Wenn es eine Anordnung über die Verhängung von Adminnistrativhaft gegen mich gab, warum haben Sie mir das nicht gleich zu Anfang mitgeteilt?" „Das ist nicht deine Sache."

Palästinensische Gefangene im Lager Ansar III

Er befahl mir dann, meine Taschen zu leeren und mich darauf vorzubereiten, daß ich in eine Gefängniszelle gebracht würde. Ich hatte einige Notizen bei mir, die meine Arbeit als Journalist betrafen. Er las sie und hielt zwei zurück. Wegen dieser „beiden Papiere", so eröffnete er mir dann, würde am nächstenm Tag eine Untersuchung eingeleitet werden.

Ein Polizeioffizier führte mich dann in ziemlich rüder Art und Weise zum Gefängnis. Mein Name wurde notiert, und ich wurde Zelle Nr. 14 zugeteilt. Zelle Nr. 14 ist bestimmt für Gefangene, die die „Sicherheit bedrohen", deren Fall aber noch der Untersuchung des Shin Beth untersteht.

Als der Wächter die Zellentüre aufschloß, blickte ich in eine Art Verlies, in dem Dutzende von Gefangenen aufgeweckt wurden. Viele von ihnen kannten mich und begrüßten mich herzlich. Meine Zellengenossen machten mir dann auf einer ihrer Matratzen Platz und versammelten sich um mich herum, um meine Geschichte zu hören.

28 Gefangene müssen sich ein Zelt teilen

Die Zelle maß etwa 16 qm und beherbergte 42 Gefangene. Es gab nur 18 Matratzen. Die Luft war stickig, denn außer einem kleinen, mit Eisenstäben vergitterten Fenster gab es keine Luftzufuhr. Eine grelle Neonlampe brannte Tag und Nacht und sorgte für zusätzliche Hitze.

Einige Tage vergingen, ehe ich mich an die neue Umgebung gewöhnt hatte.Ich hatte bald das Gefühl, daß man im „Russian Compound" in einer anderen Welt lebt, mit anderen Regeln, Gebräuchen, und Traditionen. Die jungen Gefangenen brüsteten sich damit, daß der israelische Geheimdienst trotz seiner brutalen und blutigen Verhörmethoden noch kein einziges Geständnis aus ihnen herausgepresst hatte und auch nicht herauspressen würde. Ihre Moral war wesentlich höher als ich erwartet hatte. Demgegenüber war die Moral der Geheimdienstleute sehr schwach.

Der „Russian Compound" unterscheidet sich von anderen israelischen Hochsicherheitsgefängnissen durch seine strikte Disziplin. Das

Gefangenenzentrum hatte eine Reihe von „Chefs", deren Aufgabe es ist, die Beziehungen zwischen den Gefangenen aufzubauen und mit den Gefängnisbehörden über auftretende Probleme zu sprechen.

Aber trotz dieser strikten Disziplin wurde der „Russian Compound" seinem Ruf als eines der schlimmsten israelischen Gefängnisse sehr wohl gerecht. Es ist total überfüllt; die Lüftung ist generell sehr schlecht, und die Gefangenen werden durchweg brutal behandelt. Die Wächter schlagen nach Belieben auf die Gefangenen ein, wobei sie sie oft beschimpfen und verfluchen.

Die meisten Gefangenen waren kaum 20 Jahre alt. Einige wurden beschuldigt, an Aufruhr und Demonstrationen teilgenommen zu haben; andere sollten Steine und einige auch Molotowcocktails auf Militärfahrzeuge geworfen haben.

Am Morgen nach meiner Inhaftierung wurde ich zum Gerichtshof in Jerusalem gebracht, um meine Haftorder „legal" bestätigen zu lassen. Ich wurde in einem gepanzerten Wagen, an Händen und Beinen gefesselt, zum Gericht gebracht. Als ich das Gericht betrat, kam ein älterer Mann auf mich zu und stellte sich mir in Hebräisch vor: „Ich bin Ihr Anwalt, Arnold Shefer. Ihre Zeitung Al-Fajr hat mich beauftragt, sie zu vertreten."

Im Gericht

Im Gerichtssaal saßen der stellvertretende Richter Eliahu Novam, der Staatsanwalt und zwei Shin Beth Offiziere. Zu Beginn des Verfahrens ersuchte der Staatsanwalt den Richter, die Beweise gegen mich aus Sicherheitsgründen „klassifiert" zu lassen. Außerdem ersuchte der Staatsanwalt um die gerichtliche Anordnung, daß mein Verteidiger die „klassifizierten" Beweise nicht einsehen dürfe. Mein Anwalt widersprach, aber der Richter folgte dem Begehren des Staatsanwalts.

Es wurde beschlossen, ein Geheimverfahren durchzuführen, an dem nur der Richter, der Staatsanwalt und die israelischen Geheimdienstoffiziere mit ihren geheimen Beweisen teilnehmen dürften. Mein Anwalt wurde von der Sitzung ausgeschlossen. Die Sitzung dauerte länger als eine Stunde. Währenddessen wurde ich in einer Einzelzelle im Untergeschoß des Gerichtsgebäudes festgehalten.

Schließlich wurde mir mitgeteilt, daß der Richter beim Ansehen der angeblichen Beweise einen „Schlaganfall" erlitten habe. Das Verfahren wurde ausgesetzt, und man brachte mich zum „Russian Compound" zurück. Um 16.00 Uhr rief einer der Wärter meinen Namen. Ich zog meine Schuhe an und folgte ihm. Am Haupttor wurde ich wieder an Händen und Füßen gefesselt.

Ich saß im selben Verhörraum. Ein großgewachsener Mann, der dieselbe unerträgliche Mischung aus Arroganz und Feindseligkeit ausstrahlte wie mein vorheriger Verhörer, betrat den Raum. Zwei weitere kamen sehr bald hinzu. Das Verhör drehte sich um die handgeschriebenen Papierschnipsel, die ich in der Nacht meiner Verhaftung bei mir gehabt hatte. Ich erklärte, daß ich die Notizen bei mir hätte, weil ich als Journalist beständig irgendwelche Zettel und Notizen erhalte mit der Bitte um Veröffentlichung.

Der Geheimdienst war nicht überzeugt. Sie glaubten, daß ich etwas mit den Notizen zu tun hätte. Nach einer hitzigen Debatte, die mit Beschimpfungen und Ohrfeigen gewürzt war, erklärte ich meinen Verhörbeamten, daß ihre Untersuchung ungesetzlich sei, da ich ein Administrativhäftling sei und die Administrativhaft vor dem Auffinden der Notizen verhängt worden sei. Eine Verbindung der Untersuchung über die Notizen mit der Anordnung der Administrativhaft sei deshalb nicht erlaubt. Ich bot ihnen auch meine Kooperation an, falls sie wegen der Notizen eine Untersuchung eröffnen wollten, vorausgesetzt sie würden die Anordnung über die Administrativhaft widerrufen.

Hausdurchsuchung

Ihr Ton änderte sich nach diesen Worten. Sie erkannten, daß ich mir meiner Rechte sehr wohl bewußt war. Sie baten mich, sie bei einer Durchsuchung meines Hauses zu begleiten. Zuerst widersprach ich, aber letzlich hatte ich keine andere Möglichkeit.

Ich wurde in einem Wagen des Shin Beth zu meinem Haus im Flüchtlingslager Shu'fat nördlich von Jerusalem gebracht. Vier Militärjeeps, zwei Polizeifahrzeuge und ein Truppentransporter folgten uns. Als wir an meinem Haus ankamen, riegelten sie das gesamte Gebiet und die zuführenden Straßen ab. Sodann gingen sie in mein Haus und führten eine einstündige, gründliche Durchsuchung durch. Meine Eltern und zehn meiner Angehörigen leben ebenfalls in diesem Haus.

Meine Ankläger fanden nicht ein einziges Stückchen Papier, das die „Illegalität" der handschriftlichen Notizen bestätigt und eine Anklage ermöglicht hätte. Wir verließen mein Haus wieder.

Nach einer sterilen Debatte bestätigte der Richter die sechsmonatige Admninistrativhaft und ordnete an, daß ich sofort ins Gefängnis von Ramleh überführt werde, um mit anderen Administrativgefangenen zusammen zu sein. Am Nachmittag desselben Tages wurde ich nach Ram-

leh gebracht. In Ramleh kam ich in Zelle Nr. 13.

Dort angekommen, fühlte ich mich besser. Noch elf weitere Administrativhäftlinge aus der Gegend von Jerusalem, die ich kannte und mit denen ich befreundet bin, waren hier untergebracht, darunter Feisal Husseini. Angangs bereitete es mir Kopfzerbechen, mir vorzustellen, mit 12 Personen in einem 12 qm großen Raum zu leben. Aber da ich die meisten der anderen Gefangenen kannte und jeder auf den anderen Rücksicht übte, war das Leben in diesem Raum erträglicher, als ich erwartet hatte.

Zelle Nr. 13 im Gefängnis von Ramleh hatte ebenso wie Zelle Nr. 14 im „Russian Compound" kaum eine Lüftung - nur ein kleines Fenster mit eisernen Gitterstäben und Stacheldraht. Die Luft war heiß, feucht, und das Atmen fiel schwer. Wir mußten 22 Stunden pro Tag in diesem Raum hinter geschlossener Türe verbringen.

Die verbleibenden beiden Stunden durften wir in den Gefängnishof und die Cafeteria. Der Gefängnishof oder die „Picknick-Gegend" waren etwa 100qm groß, umgeben von einer hohen, mit Stacheldraht bewehrten Betonmauer. Jeden Tag atmeten wir die frische Luft ein und machten während anderthalb Stunden unsere Übungen in der „Picknick-Gegend".

Das Essen in der Cafeteria war sehr schlecht; ihm fehlten gesundheitliche Nährstoffe. Obst gab es überhaupt nicht und Fleisch nur einmal in der Woche. Die allgemeinen Bedingungen im Gefängnis von Ramleh waren etwas besser als im „Russian Compound"; die Behandlung der Gefangenen war weniger hart und brutal. Die Abteilung, in der wir lebten, bestand aus zehn Zellen, von denen eine für Administrativhäftlinge bestimmt war, während in den anderen vier Hochsicherheitsgefangene auf ihren Prozeß warteten. Die verbleibenden fünf Zellen waren mit normalen Häftlingen gefüllt, Arabern wie Juden. Alle Administrativ- und Sicherheitsgefangene unterstanden Personen, die für ihre organisatorischen und persönlichen Probleme verantwortlich waren.

In Ramleh erfuhr ich bei einem meiner wöchentlichen Verwandtenbesuche, daß mein Anwalt beim Obersten Israelischen Gerichtshof Berufung eingelegt hatte. Es ließ mich nicht gerade aufatmen, da meine Erwartungen in die Gerechtigkeit der israelischen Justiz nicht gerade groß waren.

Natürlich war es nicht leicht, die Zeit in der Zelle rumzubringen. Uns verblieben nach sechs Stunden Schlaf immer noch sechzehn Stunden Zeit. Wir teilten die Zeit auf zwischen Reinigen der Zelle, Waschen der Kleider, Schach-Spielen oder kulturellen Diskussionen. Alle 12 Gefangenen hatten einen hohen Ausbildungsstand; unter ihnen waren Journalisten, Gewerkschafter und sogar Professoren.

Ein Teil der Zeit wurde dem Lesen gewidmet. Wir hatten ungefähr zehn Bücher. Die meisten Bücher, die uns geschickt wurden, wurden von den Gefängnisbehörden beschlagnahmt. Tageszeitungen erhielten wir nur dann, wenn Besuch zu uns kam.

Unsere Moral war relativ hoch, da jeder Gefangene eine gewisse Verantwortung für den anderen empfand. Während der ganzen Zeit im Gefängnis gab es keine persönlichen Probleme zwischen uns. Wir hatten immer das Gefühl, daß wir besser dran waren als unsere Kollegen in Ansar III im Negev. Wir wußten, daß sie unter weitaus härteren und unmenschlicheren Bedingungen zu leiden hatten.

Wir waren uns auch darüber im Klaren, daß die willkürlichen Verhaftungen der Israelis auf den britischen Notstandsgesetzen beruhten, die einst Menachem Begin selbst als „nazistisch" bezeichnet hatte. Der israelische Verteidigungsminister Yitzhak Rabin war über den immer noch andauernden palästinensischen

Ansar III

Photo: Roots Collection.

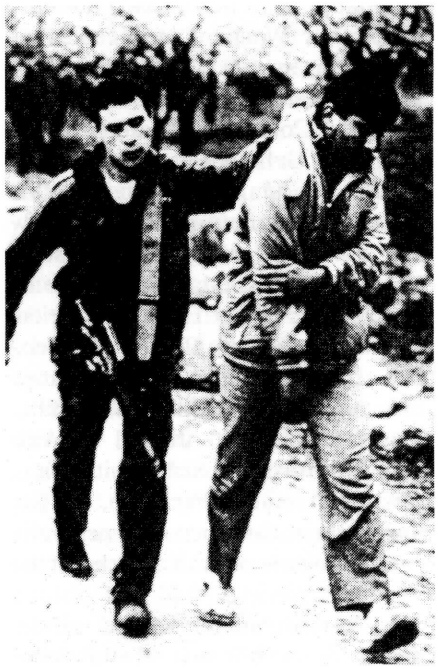
Aufstand verärgert und fand in den britischen Gesetzen eine leichte Handhabe, um mögliche Führer kurzerhand hinter Gitter zu bringen. Aber auch diese Maßnahme erwies sich als Fehlschlag: Trotz der 25.000 Verhaftungen dauert die Intifadah an.

Der Zweck unserer Inhaftierung liegt darin, die Saat der Frustration und Verzweiflung auszustreuen, um uns glauben zu machen, daß die Hand der Behörden doch stärker ist. Wir aber erkannten, daß das Gegenteil richtig ist. Die israelischen Behörden erschöpfen sich in ihren Unterdrückungsmaßnahmen - aber ohne Erfolg. Sie sind sich immer noch nicht bewußt, daß die Intifadah nicht von einigen wenigen Leuten oder Führern abhängt. Die Intifadah ist der Ausdruck des Willens eines besetzten Volkes, diese Besetzung, die israelische Besetzung abzuschütteln und seine legitimen nationalen Rechte zu verwirklichen, von denen das wichtigste das Selbstbestimmungsrecht ist, unter der Führung seiner einzig legitimen Vertretung, der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

Nach Jerusalem

Ich befand mich seit ca. einem Monat im Gefängnis, als die Gefängnisbehörden mich davon in Kenntnis setzten, daß ich mich innerhalb von 24 Stunden auf eine Reise nach Jerusalem vorbereiten sollte. Ich sollte einer Sitzung des Obersten Gerichtshofs beiwohnen, der über meine Berufung zu entscheiden hatte.

Meinem fähigen und renommierten Anwalt, Arnold Shefer, gelang es, die Bestätigung meiner Haft anzufechten. In der Berufung gegen die Verhängung meiner Administrativhaft machte er Verfahrensfehler gel-



tend, die meine Haft aufhoben.

Die Anordnung erlaubte es den israelischen Behörden zwar, mich für sechs Monate festzuhalten. Aber als die Daten meiner Verhaftung und meiner möglichen Freilassung in Betracht gezogen wurden, war das Ergebnis, daß meine Haftzeit von sechs Monaten um zwei Tage überzogen worden wäre. Diese zusätzliche Haftdauer aber ist ungesetzlich und setzt die Anordnung über Administrativhaft außer Kraft.

Zweitens gab es keine schriftliche Erklärung in meiner Akte, daß der Verteidigungsminsiter selbst das klassifizierte Material begutachtet und es für zulässig erklärt hatte, eine Administrativhaft zu verhängen. Israels Ausnahmegesetze verlangen vom Verteidigungsminister, daß er eine solche Anordnung erst unterzeichnet, wenn er den Inhalt der geheimen Beschuldigung selbst zur Kenntnis genommen hat.

Die Entscheidung meiner Freilassung wurde am 24. Juni um 9.00 Uhr getroffen, siebeneinhalb Wochen, nachdem man mich aus meinem Büro bei Al-Fajr abgeholt hatte.

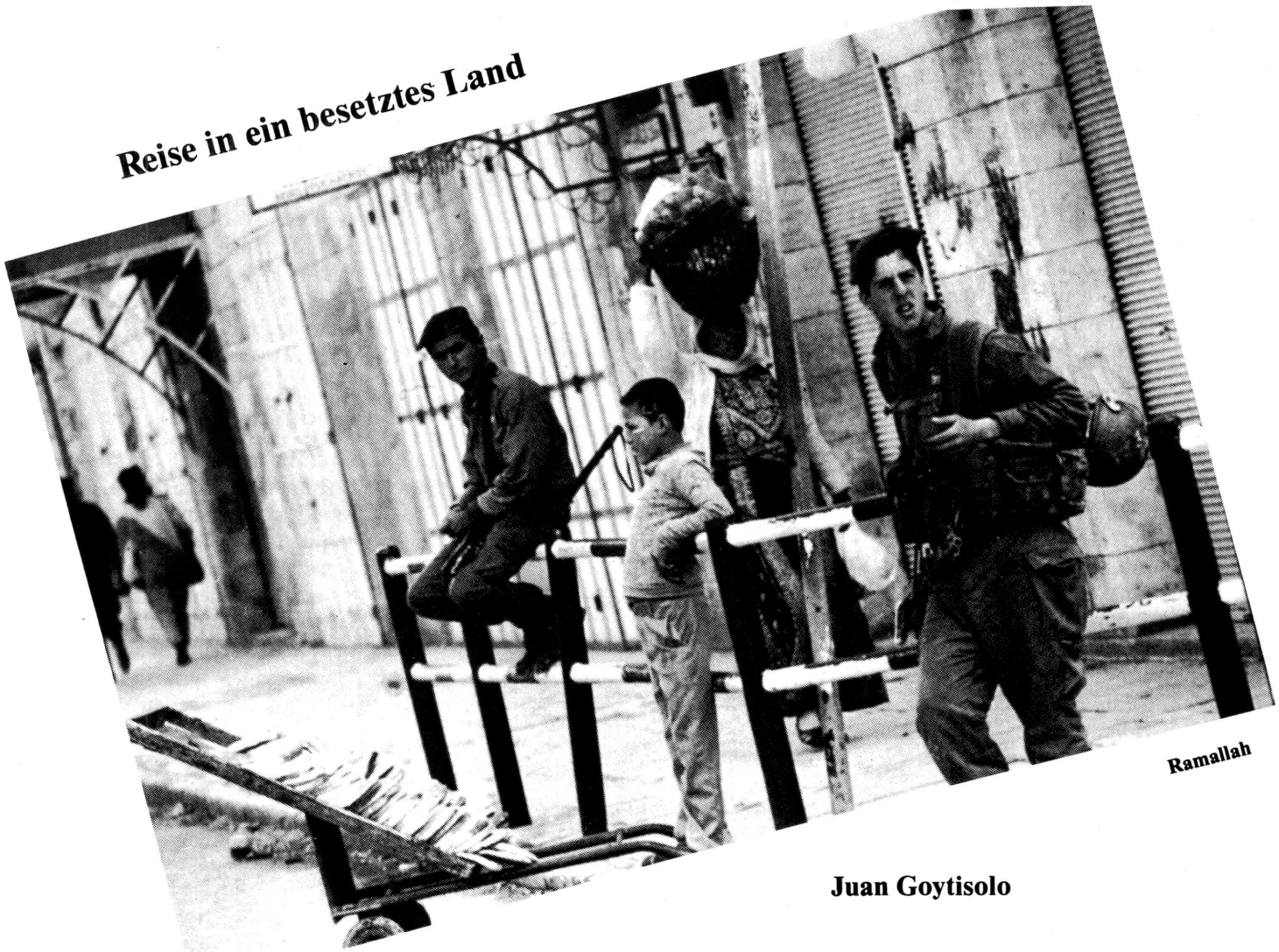
Kurze Freiheit

Nach der Gerichtsverhandlung wurde ich ins Ramleh-Gefängnis zurückgebracht, entsprechend den Vorschriften für meine Freilassung. Als ich die Zelle Nr. 13 betrat. fragten mich meine Mitgefangenen nach dem Ausgang der Gerichtssitzung. Ich sagte ihnen, daß ich nur gekommen sei, um meine Sachen zu packen. Sie waren überascht und umarmten mich. Ich versprach, ihnen die Gerichtsunterlagen zu schicken, damit sie sie studieren könnten.

Tatsächlich traf ich mich nur vier Tage nach meiner Freilassung mit den Anwälten der Gefangenen im Ramleh-Gefängnis. Sie verfaßten danach ähnliche Berufungen beim Obersten Gerichtshof wie in meinenm Fall.

Vor zehn Tagen bat der Staatsanwalt die Anwälte, ihre Berufung zurückzuziehen. In diesem Fall würden wenigstens sieben der zwölf Gefangenen, die bereits mehr als zwei Dritttel ihrer sechsmonatigen Administrativhaft abgesessen hätten, freigelassen. Diese sieben kamen in der vergangenen Woche frei.

Hatem Abdul Qader ist der Chefredakteur der arabisch-sprachigen Tageszeitung Al-Fajr. Er schrieb diesen Artikel nur einen Tag nach seiner Rückkehr aus dem Gefängnis. Seine Freiheit dauerte nur kurz. Vierzehn Tage nach seiner Freilassung wurde er von den israelischen Behörden erneut verhaftet und mit einer sechsmonatigen Administrativstrafe belegt.



Ramallah

Juan Goytisolo

Palästinensisches Tagebuch

Seitdem ich in Länder der arabischen Welt reise, wollte ich immer auch nach Jerusalem fahren in diese Stadt, die von den drei monotheistischen Religionen gleichermaßen verehrt wird. Die israelische Besetzung des östlichen Teils der Stadt im Jahre 1967 ließ mich diesen Plan auf unbestimmte Zeit verschieben. Denn aufgrund meiner Sympathie für das palästinensische Volk war es mir unmöglich, das Gebiet, in dem sich seine Tragödie abspielt, als Tourist zu bereisen. Ich beschloß, die Stadt nicht zu betreten, solange die Israelis sich nicht auf die Grenzen des Waffenstillstandsabkommens von 1948 zurückziehen würden. Als sich mir

dann vor einem Jahr die Gelegenheit bot, einen Fernsehbeitrag über die Welt und die Kultur des Islam zu drehen, wichen meine Bedenken. Reiste ich doch nicht als Tourist in dieses Land, sondern als jemand, der direkt betroffen ist vom Kampf dieses Volkes.

Auf meinem ersten Spaziergang durch die Altstadt und den Tempelberg mit der Al-Aqsa-Moschee habe ich den Eindruck, von der Flut der Gläubigen erdrückt zu werden. Es ist kurz vor 12 Uhr mittags. Den Weisungen der Vereinigten Nationalen Führung des Aufstandes gemäß schließen die Händler und Bazarverkäufer ihre Läden. Über die Via Dolorosa und die Alaeddin-Straße gelangen wir zum Bab Al-Nazir, einem der fünf Tore der westlichen Stadtmauer um das Viertel von Haram Al-Sharif (Tempelberg). Einige der wenigen palästinensischen Polizisten, die im vergangenen März nach dem Kommuniqué Nr. 9 der geheimen Aufstandsführung ihre Posten nicht aufgegeben haben, kontrollieren diese Zugänge. Im unteren Teil, der sich an die Mauer anschließt, begegnen uns häufig israelische Militärs, die mit Maschinenpistolen bewaffnet sind, was mein Fremdenführer für eine Provokation hält. Der obere Teil des Tempelbergs und die Al-Aqsa-Moschee werden von Personal bewacht, das die muslimischen Behörden bestimmen. Diese Wächter tragen nur Sprechfunkgeräte bei sich. Sie beobachten Reisegruppen, um Zwischenfälle zu verhindern. Daß sie das Verhaltern einer jüdisch-orthodoxen Familie sehr genau verfolgen, ist die Konsequenz aus einer traurigen Erfahrung:

Im August 1969 gelang es einem jüdischen Extremisten, der aus Australien stammte, den linken Flügel der Al-Aqsa-Moschee in Brand zu setzen. Die Moschee ist seitdem eine Baustelle, und die Reste ihrer Kanzel stehen verkohlt in dem benachbarten Museum für islamische Kunst.

1982 schoß ein anderer jüdischer Fanatiker mit einer Maschinenpistole auf die im Felsendom versammelten Gläubigen. Die Einschüsse sind noch heute auf der Eingangstüre zu sehen.

Die Umgebung von Jerusalem

Wir fahren zuerst durch die Viertel, die sich an den Ölberg anschließen, und zu den Aussichtspunkten, von denen aus man den Tempelberg sieht. Dann durch die Siedlungen, die wie ein Ring um die Altstadt liegen.

Der Plan der Israelis, Jerusalem gegen seine arabische Umgebung abzuschotten, wird unerbittlich und mit aller Konsequenz verfolgt. Die Planung der neuen Stadtviertel - Mauern aus Beton, eine auf Verteidigung ausgerichtete städtebauliche Anlage - zeigt deutlich die strategische Zielsetzung. Die palästinensischen Dörfer um Jerusalem wurden nach 1967 zerstört. Touristen, die das Grab des Propheten Samuel besichtigen, werden kaum wissen, daß die Steine und Mauernreste, die man von dem Hügel im Gestrüpp sieht, weder Ruinen aus römischer noch byzantinischer Zeit sind, noch von einer Festung aus der Zeit der Kreuzzüge stammen, sondern von einer Häusergruppe, die vor nicht einmal 20 Jahren von der Landkarte wegradiert wurde. Zwischen diesem besonderen Aussichtspunkt und der Hügelkette am Horizont zeigt man uns die Reste zwangsevakuierter Dörfer, die heute Ruinen sind, wie Lifta oder Ein Karim, das von Siedlerfamilien besetzt wurde, nachdem man die ehemals christliche Bevölkerung vertrieben hatte. Das gleiche Bild bietet sich uns einige Tage später an verschiedenen Stellen im Westjordanland.

Dreharbeiten in einer Geisterstadt

Wir beginnen mit den Dreharbeiten in der Altstadt von Jerusalem. Jerusalem wirkt an diesem Tag innerhalb der Stadtmauern wie eine Geisterstadt: Das Kommuniqué Nr. 19 der Vereinigten Nationalen Führung ruft für den Mittwoch zu einem ganztägigen Streik in Solidarität mit den verhafteten Studenten auf, sodaß die Händler nicht wie an den übrigen Tagen von 9 bis 12 Uhr ihre Geschäfte öffnen. Die Disziplin und die Einigkeit, mit der dieser Aufruf befolgt wird, zeigen die Entschloßenheit und die Bewußtheit der Palästinenser: Die Straßen sind wie leergefegt, nur ab und zu macht die Patrouille ihre Runde, und einige wenige Touristen und orthodoxe Juden huschen durch die Straßen. In den ersten Wochen der Intifada zwangen die israelische Militärbehörden die Geschäftsleute und Bazarhändler, ihre Metallgitter nicht herunterzulassen, indem sie androhten, sie zu verschweißen. Andererseits drohten sie auch wieder, die Schlößer gewaltsam aufzubrechen und die Geschäfte gewaltsam zu öffnen. Am Ende setzte sich jedoch die Hartnäckigkeit der Palästinenser durch, und heute müßen die Israelis stillschweigend eingestehen, daß sie gegen den Widerstand und die Formen des zivilen Ungehorsams der

Bevölkerung in den besetzten Gebieten machtlos sind.

Eine Gruppe Jugendlicher fragt unseren Fahrer Younis nach unseren Filmarbeiten und schlägt vor, uns zu einem Haus zu führen, daß nur wenige Stunden vorher vom Militär überfallen worden ist. Über einen Innenhof gelangen wir zu einem kleinen Haus mit eingeschlagenen Türen und Fenstern, in dem das Mobiliar zertrümmert und der gesamte Hausrat über den Boden verstreut ist. Ohne Vorwarnung waren ungefähr 20 Soldaten von der Straße über die angrenzenden Dächer auf der Suche nach einem 18jährigen angeblichen Steinewerfer hier eingedrungen. Der Vater des Verhafteten, ein älterer, schlanker und würdevoller Mann, der noch ganz mitgenommen ist von dem Ereignis, erklärt sich bereit, das Geschehene vor der Kamera wiederzugeben.

Journalistenopfer

Als wir zum Hotel zurückkommen, beobachten wir den Korrespondenten einer US-Fernsehgesellschaft, der einen Taxifahrer wüst beschimpft. Wie sich herausstellt, wollte der israelische Fahrer - möglicherweise ein Sympathisant des Rabbi Kahane - , als er erfuhr, daß sein Fahrgast einer dieser verfluchten Journalisten war, dessen Nerven auf die Probe stellen, indem er übermäßig beschleunigte und bremste, rote Ampeln überfuhr und die Proteste seines geschockten Kunden ignorierte.

Solches Verhalten ist keineswegs einmalig: Ein Fotograf des „Star Tribune" wurde einen Tag zuvor von einem Taxifahrer verprügelt. Auf die Hilferufe des Fotografen reagierte nur ein Kollege des Fahrers, der, anstatt dem Opfer zu helfen, sich an der Prügelei gegen den Journalisten beteiligte. Nach Meinung vieler Israelis tragen die Journalisten die Schuld an dem schlechten Image Israels im Ausland. Der Fotograf gelangte halb bewußtlos ins Hotel. Zu allem Überfluß waren auch noch die Negative seines Films unbrauchbar, als er sie beim Fotohändler abholte. Der Besitzer des Fotolabors versicherte, ohne rot zu werden, daß sie falsch belichtet gewesen seien.

Bei Filmaufnahmen auf dem Ölberg

Zwischen zwei Aufnahmen taucht eine Gruppe französischer Touristen auf. Die Reiseführerin erklärt, daß der benachbarte jüdische Friedhof von Jordaniern geschändet worden sei. Als sie jedoch auf den Tempelberg und die Altstadt deutet, erwähnt sie mit keinem Wort die Zerstörung der Stadtviertel und Denkmäler, die einen unschätzbaren historischen Wert hatten, noch spricht sie über die Vertreibung von Hunderten von palästinensischen Familien aus ihren Häusern als Teil der Säuberungs- und Judaisierungspläne der Israelis.

Ramallah - verbotenes Gebiet

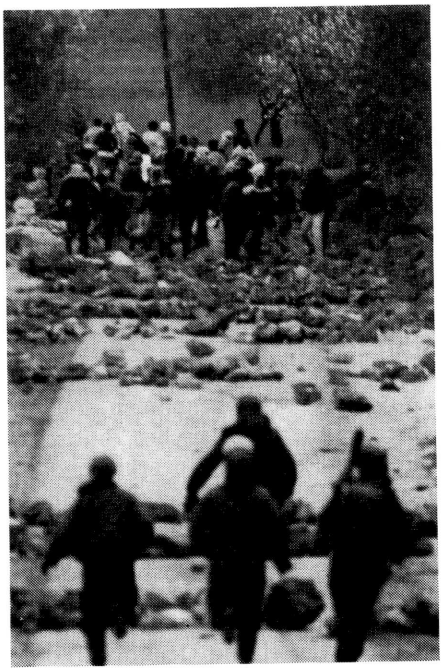
Ramallah vermittelt einen trügerischen Eindruck von Normalität. Doch schon bald sehen wir einen brennenden Autoreifen auf einer Kreuzung. Als wir uns nähern, um zu filmen, folgt uns ein israelischer Jeep. Seine Insassen weisen die Anwohner an, das Feuer zu löschen. Einige Händler schließen ihre Geschäfte. Auf der anderen Straßenseite sieht man plötzlich einige Patrouillen in entgegengesetzte Richtungen hin- und herlaufen. Wir folgen ihnen, während sich die Metallgitter der Bazare blitzschnell schließen. Als wir zu einem kleinen Platz kommen, sehen wir, daß die Hauptstraße voller Rauch ist und wegen der brennenden Autoreifen für den Verkehr gesperrt wurde. Nichts ist mehr übrig von dem lebhaften Treiben, das noch vor wenigen Minuten hier herrschte: Außer uns sieht man nicht eine Menschenseele. Wir filmen, aber ein Offizier zwingt uns, sofort wegzufahren. Ramallah

ist soeben zur Militärzone erklärt worden und damit verbotenes Gebiet.

Beit Furik

Die Morgenzeitungen berichten, daß das Dorf Beit Furik, das seit zwei Wochen von der berüchtigten Sondereinheit Golani eingeschloßen ist, in den frühen Morgenstunden gestürmt worden ist. Nähere Angaben werden nicht gemacht. Obwohl die Armee weiterhin die Stellung um den Ort und die benachbarten Dörfer Salem und Beit Dayan besetzt hält, fahren wir dorthin und wollen unser Glück versuchen. Kurz vor Nablus fahren wir rechts ab, geraten aber bald in eine Militärkontrolle. Man sagt uns, daß wir im militärischen Sperrgebiet seien und verschwinden müßten. Um Neuigkeiten zu erfahren, begeben wir uns zum Al-Ittihad-Krankenhaus in Nablus. Die Säle sind voll von Verletzten, Familienangehörigen und Besuchern. Alle brennen darauf, die Brutalität der Ereignisse vor der Kamera wiederzugeben. Wir filmen zwei Jungen und ein Mädchen, denen man gerade eine Kugel entfernt hat und die noch halb betäubt sind. Sie berichten, daß die Israelis am Morgen in das Krankenhaus eingedrungen sind, um die Identität der Patienten zu überprüfen.

Einige Jugendliche aus Beit Furik, die der Einkreisung und der Belagerung entkommen sind, können nicht zurück. Ängstlich warten sie auf Nachrichten. Ich frage sie, ob es irgendeine Möglichkeit gibt, in das Dorf zu kommen. Dies scheint ihnen unmöglich, da die Soldaten die Belagerung fortsetzen und bei Zuwiderhandlung möglicherweise schießen. Ein Jugendlicher aus Salem sagt uns, daß die Besetzer sein Dorf verlaßen hätten und es von dort einen Feldweg nach Beit Furik gebe.



Wir fahren nach Salem und laßen uns den Weg erklären. Nach einer schnellen Überquerung der Landstraße von Beit Dayan führt ein Feldweg über Kornfelder und durch Eichenwäldchen auf die Landstraße nach Beit Furik. Zur Vorsicht nimmt unser Fahrer die Presseausweise von den Scheiben und legt demonstrativ seine Kuffiyah neben das Steuer. In Salem gibt man uns noch Nachrichten und Botschaften für die Belagerten von Beit Furik mit auf den Weg.

Idyllische Fahrt

Die Fahrt über den Feldweg durch verbotenes Gebiet ist beinahe idyllisch. Das Gelb des Korns und das Grün der Obstbäume geben ein harmonisches Bild. Obwohl das Korn reif ist, kümmert sich niemand um die Ernte. Die Landstraße nach Beit Furik ist leer. Als die ersten Häuser des Ortes auftauchen, hupt Younis und grüßt die mißtrauischen Einwohner mit dem traditionellen aalaa fi. Langsam nur nähern sich einige Neugierige. um zu erfahren, wer wir sind. Um zu verhindern, daß wir für Israelis gehalten werden, fordert Younis sie auf, in den Kleinbus zu kommen.

Auch wenn die Armee aus dem Dorf abgezogen ist, sind die Spuren ihres Durchzugs auf den Häuserfronten und in den Gesichtern der Bewohner unverkennbar. Am Anfang sind es wenige, die von dem, was passiert ist, berichten wollen. Sie führen uns zu einem Platz in der Nähe des Friedhofs, wo Hussein Ahmed Mleitat gestorben ist, nachdem er offensichtlich von einer Kugel von hinten getroffen worden ist. An dieser Stelle ist ein Grab mit seiner Fotografie, bedeckt mit Blumen und einer palästinensischen Fahne, umgeben von Dutzenden von Leuten.

Bald füllen sich die Straßen. Nach dem zweiwöchigen Einschluß und zwei Militärüberfällen sind wir die ersten Zeugen, die von außerhalb kommen. Man erzählt uns, daß die Israelis das Dorf Anfang Juni einschloßen und die Bewohner an der Ernte hinderten. Sie hofften, auf diese Weise die Bevölkerung „zur Vernunft zu bringen“ und die Kampagne des zivilen Ungehorsams wie die Verweigerung von Steuerabgaben zu brechen.

Am 8. Juni kamen die Spezialeinheiten Givati und Golani nach der Beseitigung der Straßensperren ins Dorf. Jugendliche setzten sich mit Steinwürfen zur Wehr, wobei 27 von ihnen Schußverletzungen erlitten oder durch den Einsatz von Schlagstöcken verletzt wurden. Den Geschäftsbesitzern nahm man die Ausweise weg. Bei all dem handelte

Palästinensische Flagge auf dem Minarett

es sich nur um eine Vorwarnung. Die Ausgangssperre blieb bestehen; die Bevölkerung wurde weiterhin von der Außenwelt abgeschloßen.

Am 17. Juni, dem Vortag unseres Eintreffens, stürmten die Einheiten morgens um 3.30 Uhr erneut das Dorf, dieses Mal mit 24 Polizeiwagen, einem Hubschrauber und zahlreichen Militärlastwagen. Die Jugendlichen schlugen Alarm. Einige harrten aus, andere flohen in die Berge. Bei der Konfrontation gab es einen Toten und 22 Verletzte. Gekommen waren die Israelis, um ein Haus in die Luft zu sprengen. Als dies geschehen war, zogen sie sich zurück, nicht ohne vorher alles Mögliche zu zertrümmern und Sand in die Motoren der Lastwagen zu streuen.

Als wir wieder auf dem Dorfplatz stehen, bietet sich uns ein ungewöhnliches Bild: Frauen, Männer und Kinder schwenken palästinensische Fahnen und Protraits von Yassir Arafat. Die Nationalflagge weht am Minarett der Moschee. Von den Trümmern des gesprengten Hauses grüßen uns Kinder und Jugendliche mit dem V-Zeichen. Obwohl Beit Furik noch unter Kriegsrecht steht, scheint die Stadt von ihren Bestzern befreit. Einige lokale Komitees organisieren die Verteilung der verfügbaren Lebensmittel an die bedürftigen Familien und kümmern sich um die Verletzten, denen es gelungen war, sich zu verstecken.

Die Straßensperre wartet

Der Besuch in Beit Furik und der Abschied von seinen Bewohnern haben uns sehr bewegt. Euphorischer Stimmung fahren wir zurück nach Salem. Unser Übermut wird gedämpft, als Younis in der Nähe der Landstraße nach Beit Dayan Alarm gibt. Die Israelis haben uns entdeckt.

Während wir die Kufiya verstecken und die Presseschilder wieder anbringen, kommen drei Jeeps auf uns zu. In Absprache mit unserem Führer entschließen wir uns, eine Lüge aufzutischen, um unser Filmmaterial nicht zu gefährden. Wir geben zu, daß wir nach Beit Furik fahren wollten, erzählen aber, daß man uns für Israelis hielt und mit Steinen bewarf, als wir uns dem Dorf nähern wollten. Die Geschichte wirkt nicht sehr überzeugend.

Doch geschnappt

Der Offizier wirft einen skeptischen Blick auf unser Auto auf der Suche nach Spuren der Steinschläge. Nach einigen Telefonaten befehlen die Israelis uns, ihnen zum Hauptquartier nach Nablus zu folgen. Uns bleibt nichts anderes übrig, aber wir sind dabei weniger um uns als um den Film besorgt. Daß unser Mißtrauen und die Vorsichtsmaßnahmen berechtigt waren, bestätigt sich an dem Kontrollpunkt, wo uns wenige Stunden zuvor die Durchfahrt verwehrt wurde. „Sie sind sehr schlau, aber wir haben Sie doch geschnappt", sagt uns grinsend einer der Soldaten... Nach einem dreistündigen Verhör setzt man uns auf freien Fuß.

Als wir auf der Autobahn nach Tel Aviv zurückfahren, erzählt uns einer unserer palästinensischen Freunde von den Dörfern, die früher entlang der sog. grünen Linie (dem Waffenstillstandsabkommen von 1948) lagen und dem Erdboden gleichgemacht worden sind. Die gewaltsame Errichtung des Staates Israel und die Vertreibung von 700.000 Palästinensern ist aus der Geschichte geschickt verdrängt worden. Die einzigen Waffen, mit denen die Vertriebenen seit vierzig Jahren dagegen kämpfen können, sind die Erinnerung und ein offensichtlicher Rechtsanspruch. Auf den von Bulldozern niedergewalzten Dörfern haben die Israelis blühende Siedlungen aufgebaut, deren Bewohner wahrscheinlich nicht einmal die dramatische Geschichte der Erde kennen, auf der sie ihre Träume verwirklichen.

Spaziergang durch Jaffa

In den Resten dieser ehemaligen palästinensischen Stadt erschüttert der Anblick halbzerfallener Häuser, deren Pflege die Stadtverwaltung untersagt, um dadurch den völligen Ruin und ihre Zwangsräumung zu provozieren. Die kleinen arabischen Restaurants sind heute fast alle in jüdischem Besitz. Mit seinen Cafés, Pizzerias und Andenkenläden gleicht das von seinen ursprünglichen Bewohnern verlassene Stadtzentrum einer touristischen Fassade im Stil von Mont Saint Michel. Man kann die Kirche zwar besichtigen, aber sie ist verschloßen. Von einem Aussichtspunkt betrachten wir die Reste zersörter Häuser, die weiße Moschee, die einsam zwischen riesigen Hochhäusern steht, und die dichte Silhouette der modernen Gebäude von Tel Aviv, die man im Dunst erkennt.

Auf dem Rückweg werden wir an einer Tankstelle von zwei jungen Palästinensern bedient. Sie kommen aus Ghaza und fahren von dort täglich nach Tel Aviv. Wenn sie die Rückkehr bis zur Sperrstunde nicht schaffen, läßt ihr Chef sie großzügigerweise in einem Lastwagen übernachten, denn es ist ihnen verboten, über Nacht in Israel zu bleiben. Man zeigt uns das Minarett und den Friedhof von Ramleh. Beide Bauwerke machen einen völlig heruntergekommenen Eindruck, obwohl das Minarett, das noch älter ist als der Turm und die Kutubia von Marakesch, eines der schönsten Baudenkmäler ist, das sich innerhalb der international anerkannten Grenzen des jüdischen Staates befindet.

In Ghaza

Die Armut und die Bevölkerungsdichte sind nach Angaben der UNRWA im Ghazastreifen, in dem 530.000 Einwohnern auf einer Fläche von 350qkm zusammenpfercht sind, zu den höchsten der Welt. Am Checkpoint, der Israel von Ghaza trennt, kontrollieren Soldaten genau die Arbeiter und Tagelöhner, die hier durchfahren, um außerhalb des Ghettos ihr Brot zu verdienen.

Als wir mit halbstündiger Verspätung ankommen, sind die bestellten Taxis schon wieder weg. Während unser Führer neue Taxis sucht, warten wir in unserem Wagen neben israelischen Militärjeeps. Wir kommen mit den Soldaten ins Gespräch, und sie fragen uns, warum wir mit unserem israelischen Nummernschild nicht einfach weiterfahren. Sie versichern uns, daß wir keinerlei Probleme haben würden, denn es sei ein ganz ruhiger Tag. Da die Zeitungen das Gegenteil verkünden, halten wir uns lieber an den Rat unseres Führers. Erst vor zwei Tagen gab es zwei Tote in Khan Younis und eine Konfrontation zwischen mehreren tausend Palästinensern und der Besat-

zungsmacht mit Molotowcocktails, Schleudern und Steinen.

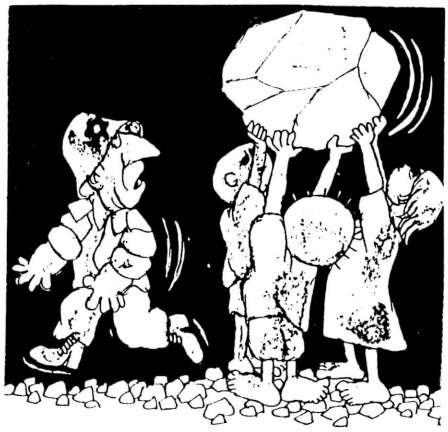
Äußerste Armut

Auf der Fahrt durch die Stadt bietet sich uns ein furchtbares Bild von Drahtverhauen, Häuserruinen, dazwischen ein unpaßendes Schaufenster mit Brautkleidern, ängstlich vorbeilaufenden Menschen, übermüdeten Gesichtern und halbnackten, zusammengekauerten Kindern. Das einzige Kino, das wir entdecken, kündigt einen Film mit dem Titel „Kommando" an. Wir fahren durch ärmlichste Viertel und Gegenden mit unbefestigten Straßen. Wir kommen zum Flüchtlingslager Al Shati, dessen Zugänge durch Zementmauern und leere Ölfässer abgesperrt sind. Vor sechs Tagen, am 15. Juni, gab es hier eine Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen und dem Militär, nachdem eine Frau, die im neunten Monat schwanger war, eine Fehlgeburt hatte, als eine Tränengasgranate in ihr Haus geworfen wurde. Wir gehen mit unserer Filmausrüstung zu dem einzigen Lagereingang.

In Sha'ti

Unsere Fahrer bleiben - ob aus Vorsicht oder Mißtrauen - in ihren Taxis. Der Anblick äußerster Armut erinnert mich an die Elendsviertel von Barcelona aus meiner Jugend. Wir sind umgeben von einer kleinen Gruppe Neugieriger. Eine Familie stellt sich so auf, daß wir sie filmen sollen. Einer der Anwesenden berichtet, daß der Vater an den Folgen eines Gaseinsatzes gestorben und ein Baby dadurch gelähmt worden ist. Alle sprechen voller Empörung durcheinander und diskutieren mit Younis und der palästinensischen Studentin, die bei ihm ist.

Bei den Taxis angekommen, sehe ich, daß diese von einer Horde Kin-



dern mit Steinen beworfen worden sind. Unser Tontechniker hat einen Stein am Kopf abbekommen und blutet leicht. Pepa und der Produktionsleiter sind auch getroffen worden. Younis und seine Freundin beschimpfen die Randalierer. Aber selbst das Vorzeigen unserer Papiere überzeugt sie nur halb. Offensichtlich schickt der israelische Inlandsgeheimdienst, Shin Beth, Agenten, die sich als Journalisten ausgeben, in die Lager und verhaftet später diejenigen, die bereit waren, vor der Kamera zu sprechen.

Drei Tage später klären sich die Dinge ein wenig, und das Mißtrauen der Flüchtlinge von Sha'ti erhält im Nachhinein eine Rechtfertigung durch ein Interview, das ein Junge vermeintlichen Journalisten der Fernsehanstalt ABC gegeben hatte. ABC hatte daraufhin Anzeige gegen Unbekannt wegen Betruges und widerrechtlicher Aneignung persönlicher Daten erstattet.

...weniger als unser Traum

Die Hoffnungen der Israelis auf ein langsames Abebben der Revolte werden durch die Fakten zunichte gemacht. Nach 20 Jahren Besatzung in Ostjerusalem, dem Westjordanland und dem Ghazastreifen werden sie mit einem Kriegszustand konfrontiert, der die Solidarität der Besetzen und die Flexibilität ihrer Strategien aufgrund der Verschärfung der Repressionsmaßnahmen nur bestärkt hat. Der furchtbare Geheimdienst aus Tel Aviv war bisher unfähig, die mysteriöse Vereinigte Nationale Führung des Aufstandes zu zerschlagen. Der tägliche Rückgriff auf Brutalität und kollektive Repressalien begünstigt nur die vermehrte Bildung von Volkskomitees und eine Art paralleler Verwaltung.

Der symbolische Friedensvertrag, der von israelischen und palästinensischen Schriftstellern, Künstlern und Universitätsangehörigen unterzeichnet wurde und auf die gegenseitige Anerkennung der beiden Staaten, die Rückkehr zu den Grenzen von 1948 und die Entmilitarisierung von Jerusalem gründet, das eine offene Stadt und Hauptstadt beider Staaten zugleich werden soll, zeigt uns, daß der status quo nicht unwiderruflich ist und daß die ethnisch-religiösen Konflikte, so hart und tiefgehend sie auch sein mögen, einen Ausweg haben. Der mögliche modus vivendi würde von beiden Streitenden erfordern, die Realitäten anzuerkennen und Maximalansprüche aufzugeben. Etwa so, wie es vor kurzem ein palästinensischer Schriftsteller ausdrückte: „Die Israelis würden gerne eines Morgens aufwachen und ihr Gebiet frei von Arabern sehen. So wie in ihrem Traum wäre es auch für uns viel besser, wenn es keine Israelis gäbe und wir über ganz Palästina verfügen könnten; aber sowohl ihr als auch unser Problem besteht darin, daß niemand weiß, ob wir uns auch mit etwas weniger als unserem Traum zufrieden geben können."

Aus dem Spanischen: Danny Kuck
El Pais/Semanal, 11. 9. 1988

Aus dem alltäglichen Leben eines besetzten Volkes

Ein pensionierter Lehrer berichtet

Beit Sahour, 17. Juli 1988

Gegen Mittag wird über Lautsprecher verkündet, daß das Ausgehverbot aufgehoben ist. 11 Tage hatte es gedauert, vom 6. bis zum 17 Juli. Mit lautem Jubel verlassen die Menschen ihre Häuser und strömen in die Straßen und Geschäfte, um Lebensmittel einzukaufen.

Doch schon am nächsten Tag herrscht im ganzen Land wieder Generalstreik. Alle Geschäfte sind geschlossen, und keiner geht zur Arbeit.

Am folgenden Tag scheint eine Normalisierung eingetreten zu sein. Die Straßen sind wieder voller Menschen, doch fallen zugleich zahlreiche schwerbewaffnete israelische Patrouillen auf, die durch die Stadt streifen.

Auf einem mehrstöckigen Haus im Ortszentrum haben sich einige Soldaten postiert, um das Leben zu beobachten. Es ist vier Uhr nachmittags, und das Leben geht seinen Gang. Ein Soldat auf diesem Gebäude scheit sich zu langweilen. Er verfällt auf die Idee, einen größeren Stein vom Dach des Hauses zu werfen und zu sehen, ob er jemanden trifft.

Der Stein wird ein Volltreffer. Der Schädel eines 17jährigen Jungen, der gerade unten vorbeigeht, wird völig zerschmettert. Der Junge ist auf der Stelle tot.

Sofort gibt es einen Menschenauflauf, Protestrufe, Geschrei. In wenigen Minuten haben sich Hunderte von Menschen versammelt. Die Proteste werden lauter und schriller. Die Armee setzt Tränengas ein, vereinzelt wird von Soldaten geschossen.

Während der Leichnam noch in ein Krankenhaus nach Bethlehem gefahren wird, verhängt die Armee erneut ein Ausgehverbot. Vor dem Krankenhaus in Bethlehem strömen unterdessen die Menschen aus den umliegenden Flüchtlingslagern, aus der Stadt selbst und aus Beit Jala zusammen.

Gegen 22.00 Uhr erlaubt die Armee den Rücktransport des Leichnams nach Beit Sahour. Die Armee bewilligt einen kurze Trauerfeier in der Kirche und läßt eine sehr begrenzte Zahl von direkten Angehörigen zur Beerdigung zu.

Doch mit dem Leichenwagen rollen viele Autos nach Beit Sahour. Im Ort selbst läuten die Kirchenglocken in allen Kirchen. Der Muezzin hat begonnen, vom Minarett der Moschee aus Koranverse zu zitieren. Die Einwohner durchbrechen das Ausgehverbot und sammeln sich in der griechisch-orthodoxen Kirche.

Der Militärgouverneur trifft die weise Entscheidung, die Soldaten bis zu den Stadtgrenzen zurückzuziehen. Sodann verfügt er, daß das Ausgehvorbot vorübergehend aufgehoben wird. Der Beerdigung wohnen in dieser Nacht mindestens 10.000 Leute bei.

Am Morgen des 20. Julis hat sich die Kunde von der Ermordung des Jugendlichen und der nächtlichen Beerdigung in der ganzen Region verbreitet. Aus allen Richtungen strömen die Leute zusammen, um der Familie auf dem Vorplatz der römisch-katholischen Kirche ihre

Anteilnahme auszusprechen.

Es kommt erneut zu Demonstrationen und Protesten. Schüsse hallen durch die Stadt. Die Armee verhängt erneut ein Ausgehverbot, das bis zum 26. Juli gilt.

Beit Hanina/Jerusalem - 19. 7. 1988

Es war in der zweiten Julihälfte an einem Nachmittag in einem Jerusalemer Vorort. Alles schien ruhig und völlig normal in diesem Viertel. Es gab keine Demonstrationen, und der Verkehr floß so stark wie gewöhnlich. Ein 15jähriger Junge fuhr mit seinem Fahrrad auf der Hauptstraße von Beit Hanina in Ostjerusalem. Plötzlich zerreißt der Knall eines Schußes den Straßenlärm. Der Junge fällt vom Fahrrad und bleibt tot liegen.

Soldaten gibt es fast überall. Araber tragen keine Waffen. Die israelische Armee und Polizei aber untersuchen noch, um festzustellen, ob der Schuß, der den Jungen tötete, von einem Soldaten oder einem Siedler abgegeben worden ist.

Bei der Beerdigung kommt es zu großen Unruhen und Demonstrationen in der Altstadt von Jerusalem. Die Unruhen dauern mehrere Tage. Es gibt regelrechte Straßenschlachten.

Beit Jala, 24. Juli 1988

Am Nachmittag gab es eine große Demonstration von Schülern im Zentrum des Ortes. Es ist überflüssig nach dem Anlaß zu fragen, denn an Anläßen mangelt es wahrlich nicht.

Ein 40jähriger Mann kehrt gerade zu dieser Zeit aus Bethlehem nach Beit Jala zurück. Er wohnt ganz in der Nähe des Schauplatzes der Demonstration. Kaum 30 m vor seinem Haus trifft ihn ein Schuß in den Fuß. Er kann nicht mehr laufen, schleift sich aber aus Furcht und Angst noch ein paar Meter über die Straße.

Drei Soldaten laufen hinter ihm her. Der Mann sitz jetzt auf dem Boden, Blut läuft aus seiner Wunde und er streckt beide Hände hoch. Das ist eine Sprache, die eigentlich jeder Soldat versteht. Aber einer der Soldaten richtet sein Gewehr auf den Mann und schießt aus einer Entfernung von zwei bis drei Metern auf ihn. Er gibt drei Schüsse ab, die den 40jährigen in die Brust treffen. Der Mann ist sofort tot.

Die Auseinandersetzung eskaliert. Mehr Schüsse und mehr Tränengas. Natürlich wird wieder ein Ausgehverbot verhängt. Gegen Mitternacht wird der Mann beigesetzt. Nur wenigen Angehörigen wird es erlaubt, an der Beerdigung teilzunehmen. Der Mann hinterläßt eine Frau und vier Kinder im Alter von drei bis zwölf Jahren.

Die Kinder der Intifada

Ismail Shammut - 1984

auf Reisen

Sie ersticken am Einsatz von CS-Gas, sie werden erschossen, zu Krüppeln geschlagen, misshandelt, inhaftiert, geprügelt. Wehren können sie sich nur selten. Und zu Wort kommen sie fast nie: Die Kinder und Jugendlichen. Und doch gehören sie in jeder Gesellschaft, gerade unter fremder Besetzung, zu den Schwächsten und Schutzwürdigsten. Für die palästinensischen Kinder und Jugendlichen in den von Israel besetzten Gebieten gilt dies ganz beosnders.

Vier von ihnen besuchten im Oktober 1988 auf Einladung des Ökomenischen Begegnungszentrums in Bückeburg die Bundesrepublik Deutschland: Die 7jährige Maha, der 11jährige Usama und die fast gleichaltrigen Musa (16) und Ghazi (15), die beide schon bittere Bekanntschaft mit einem israelischen Gefängnis machen mussten.

Musa ist grossgewachsen und hager. Seine anfängliche Scheu verliert sich im Laufe des Erzählens rasch. Seine Geschichte klingt dürr und knapp, so als sei sie für Jugendliche seines Alters selbstverständlich, alltäglich. Nach einer Demonstration am Skopusberg in Jerusalem hätten israelische Soldaten eingegriffen und die Demonstranten in die Flucht geschlagen. Dabei seien auch Steine geworfen worden. In der folgenden Nacht sei der Geheimdienst im Flüchtlingslager Shu'fat von Tür zu Tür gegangen, um „jugendliche Unruhestifter" festzunehmen.

Im Gefängnis sei er geschlagen worden, bis er zugegeben habe, Steine geworfen zu haben. Danach

sei er von einem Gericht zu 50 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er wurde ins Telmond Gefängnis nach Tel Aviv gebracht, wo er zu „freiwilliger" Arbeit in den Wärterzimmer genötigt wurde.

Dem schmächtigen 15jährigen Ghazi erging es ähnlich. Nachts kamen die Soldaten zum Haus und zwangen den Vater, die Namen seiner Kinder aufzuzählen. Da Ghazi nicht zu Hause war, musste er sich am nächsten Tag bei der Polizei melden. Drei Tage wurde er in einem dunklen Raum festgehalten und immer wieder geschlagen. Nach 17 Tagen brachte man ihn erstmals vor den Richter; doch erst bei seiner 4. Vorführung wurde er zu 50 Tagen Gefängnis verurteilt. Auch er musste „freiwillig" in der Küche arbeiten. Einige Kochtöpfe, die er hätte tragen müssen, seien schwerer gewesen als er selbst. Das Essen sei sehr karg gewesen; er habe stets nur ein bisschen Joghurt, Brot, Marmelade und pro Tag zwei Oliven essen dürfen. Als er einmal krank geworden sei, habe der Arzt ihm statt Medikamenten Schläge verabreicht, weil er sich angeblich krank stellte.

Nicht - noch nicht - im Gefängnis war der 11jährige Usama, doch brachen ihm israelische Soldaten mit Stockhieben an zwei Stellen das Bein. Usama ist noch heute aufgeregt, wenn er erzählt, wie israelische Soldaten in die benachbarte Mädchenschule eindrangen und in den Klassenräumen Tränengas versprühten. „Wir dachten, die Mädchen seien alle tot", sagt Usama. Bei den anschliessenden Protesten der Schuljungen sei er von einem Soldaten festgehalten und mit einem großen, langen Stock geschlagen worden. Er habe sich aber schliesslich losreissen können. Dann sei er durch die Gassen gelaufen, bis er keine Luft mehr bekam und nicht mehr weiter konnte. Erst dann habe er einen starken Schmerz im Bein verspürt. Anwohner brachten den Jungen ins Krankenhaus, wo ein zweifacher Bruch des Schienbeins attestiert wurde.

Als besonders demütigend empfindet Usama, dass die Soldaten oft alle Männer des Lagers im Alter von 14 bis 45 Jahren auf einem Platz versammeln, sie demütigen, beschimpfen und verprügeln.

Die 7jährige Maha berichtet, dass sie ins Haus laufe, sobald Soldaten kämen. Vom Haus aus könne man alles beobachten, die Demonstrationen, die Festnahmen, die Soldaten, die Verletzten... Jetzt da kein Schule sei, weil diese von den Israelis geschlossen sind, könnten sie nicht viel tun. Nur selten könne man in den Strassen spielen. Immer wieder kämen die Soldaten...

Zu den ersten Märtyrern der Intifada zählten der 15jährige Hatem Sissi aus dem Flüchtlingslager Jabalia im Ghazastreifen - er wurde am 9. Dezember 1987 erschossen - und der 13jährige Wahid Abu Salem, der am 10. Dezember in Khan Younis durch einen Kopfschuss der israelischen Armee getötet wurde. Mehr als ein Viertel derjenigen Palästinenser, die bislang im Verlaufe des Aufstandes erschossen wurden, sind Kinder und Jugendliche unter (!) 18 Jahren. Bei denjenigen, die durch den Einsatz von CS-Gas getötet wurden, machen Kinder, zumeist Kleinkinder, die Hälfte der Opfer aus. Die andere Hälfte sind ganz überwiegend alte Menschen.

Am 18. Oktober 1988 wurde der 5jährige Diya Jihad Hajj Mohammed vor dem Haus seiner Eltern in Nablus von israelischen Soldaten erschossen. Da ein Foto des getöteten Kindes aus den besetzten Gebieten an die internationale Öffentlichkeit gebracht wurde, sahen sich die israelischen Behörden gezwungen, eine Untersuchung einzuleiten. Diese Untersuchung kam zu dem raschen Schluss, dass der Junge von einer „verirrten Kugel" getroffen worden sei.

Dieses Ergebnis erwies sich indes als vorschnell, da westlichen Beobachtern sehr bald bekannt wurde, dass der Junge von drei Schüssen getroffen worden war, von scharfen Schüssen und nicht von Plastikgeschossen, wie zuerst erklärt worden war. Der linke Arm, die Brust und sein Bauch wiesen Einschüsse auf. Trotz einer mehrstündigen Operation starb der Junge wenige Stunden nach seiner Einlieferung im Al-Ittihad-Krankenhaus in Nablus auf der Intensivstation.

Bei eben diesem Einsatz der israelischen Besatzungstruppen am 18. Oktober 1988 wurde auch der 14jährige Khaled Tbaileh durch einen Schuss in die Brust getötet. Er war auf der Stelle tot.

Kinder und Jugendliche in israelischen Gefängnissen

Ein Bericht von medico international

Eines der bedrückendsten Kapitel der israelischen Besatzung betrifft die Kinder und Jugendlichen in israelischen Gefängnissen. amnesty international, die Evangelische Episkopale Kirche und die amerikanischen Ethnologen und Journalisten Dina Lwarence, Karen White und Kamel Nasr haben schon im Sommer 1987 in einer Untersuchung darauf aufmerksam gemacht, dass palästinensische Kinder und Jugendliche wie ihre Altersgenossen in Südafrka in israelsichen Gefängnissen grausamer Folter und entsetzlicher Brutalität unterzogen würden. Und dies sei keineswegs eine unglückliche Ausnahme, sondern gehöre zur üblichen Praxis der Polizei, des Militärs und vor allem des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shin Beth.

Familien würden nicht oder erst spät vom Schicksal ihrer Kinder informiert, selbst zehnjährige blieben so tagelang verschwunden. Die jungen Menschen würden vor allem nachts festgenommen und von den Militärs zu allen möglichen Arbeiten gezwungen.

In den staatlichen israelischen Militärgefängnissen werden sie zudem zu einer Vielzahl von entwürdigenden, sexuell obszönen Handlungen gezwungen. Tagelang wurden einige der Kinder an den Handgelenken aufgehängt; dabei verband man ihnen die Augen oder stülpte Säcke über ihre Köpfe. Zum Arsenal dieser „sensorischen Folter" gehört das Mittel des Schlafentzugs, die Verweigerung von Aussenkontakten sowie der Entzug von Wasser, Nahrungsmitteln, medizinischer und sanitärer Betreuung. Anwälte oder Vertreter des IKRK bekommen diese Kinder nur selten zu sehen. Am Ende ihrer Odyssee steht zumeist ein Verfahren vor Militärgerichten, wo sie aufgrund der erpressten Geständnisse zu Haftstrafen verurteilt werden.

Noch im November 1987 bat amnesty international in einem Telegramm dringend um Intervention, da sechs namentlich genannte palästinensische Schulkinder im Ghazastreifen von israelischen Militärs z.T. bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen worden seien. Ausdrücklich hingewiesen wurde in diesem Zusammenhang auf die Misshandlungen von Minderjährigen im Gefangenlager Ansar II im Ghazastreifen. Die Situation im November 1988 ist für die Kinder und Jugendlichen unter israelischer Besetzung um ein Vielfaches schlimmer als im Jahr zuvor.

1. Mohammed, geboren 1972, Flüchtlingslager Ballata

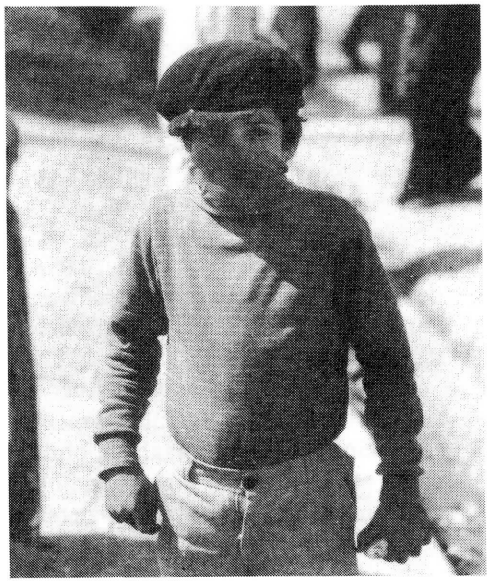
Mitte Dezember 1986 fuhren drei Jeeps mit Soldaten vor dem Haus von Mohammeds Eltern vor. Sie nahmen Mohammed mit zur UNRWA-Schule im Lager. Die Armee verhängte eine Ausgangssperre über das Lager. Mit 15 anderen Jungen wurde Mohammed beschuldigt, an einer Demonstration im November 1986 teilgenommen zu haben.
In der Schule führte Kaptain Abu Asmi die Verhöre. Er schlug auch schon mal mit der blossen Faust zu. Mohammed sagte, dass er von der Demonstration nicht gewusst hätte. Dafür wurde er jedes Mal geschlagen.

Mit den anderen wurde er zum Gefängnis von Al- Fara'a gebracht. Seine Augen wurden verbunden, und er musste zwei Tage im Gefängisflur stehen, bekleidet nur mit seiner Unterwäsche, die Arme erhoben. Es war sehr kalt. Bei jeder Bewegung wurde er angeschrien und geschlagen.

Ihm wurde etwas Nahrung gegeben und morgens durfte er einmal zur Toilette. Während der nächtlichen Verhöre, die jeweils zwischen einer und drei Stunden dauerten, wurde er am ganzen Körper geschlagen, mit blossen Fäusten oder auch mit Stöcken. Wenn immer er verneinte, an einer Demonstration teilgenommen zu haben, wurde er geschlagen.

Nach drei Verhören wurde er von einem anderen Gefangenen beschuldigt, an der Demonstration teilgenommen zu haben. Später erklärte ihm dieser Gefangene auf die Frage, warum er ihn beschuldigt habe, er habe die Verhöre und Schläge nicht länger aushalten können.

Mohammed wird nach 15 Tagen dem Militärrichter vorgeführt, der ihn auf Grundlage der „Zeugenaussage" zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Familie Mohammeds stammt aus dem Dorf Oja bei Haifa. Sie sind Flüchtlinge von 1948.



West Bank, March 1988 George Azar

Mahmoud, geboren 1971, Flüchtlingslager Duheisheh

Am 11. April 1985 kamen ca. 20 - 25 Soldaten zum Mahmouds Haus. Ein Offizier mit dem Namen Major Youssef und zwei andere nahmen ihn mit. Er wurde zur Militärbasis Bassa gebracht, wo er fünf Stunden verblieb. Ein Bus mit anderen Gefangenen aus Hebron nahm ihn schliesslich mit zum Gefängnis von Al-Fara'a.
In Fara'a leerten die Soldaten seine Taschen und brachten ihn zum Gefängnisarzt. Danach musste er zwei Stunden mit erhobenen Armen in der Sonne stehen, dann in einem Gefängnisflur. Dort konnte er die Schreie der geschlagenen und gefolterten Gefangenen mitanhören. Ein Verhörbeamter namens Abu Khanjar brachte ihn sodann in einen kleinen Raum, wo er mit einem Stock auf den Kopf geschlagen wurde. Er begann zu bluten. Bei gebundenen Händen drehte Abu Khanjar Kugelschreiber zwischen den Fingern des Gefangenen, wodurch die Haut zwischen den Fingern zerrieben wurde. Mahmoud erhielt dreimal am Tag Wasser, aber nur sehr wenig Nahrung.

Wann immer Mahmoud verneinte, an einer Demonstration teilgenommen zu haben, wurde er von den Soldaten geschlagen. Die Verhöre und Schläge dauerten oft den ganzen Tag. Einmal, so Mahmoud, sei ein Gefangener zu ihm gelassen worden. Dieser habe erzählt, dass die Schläge und Misshandlungen nach dem Geständnis aufhörten.

Mahmoud wurde in den Magen geschlagen und auf die Kehle, bis Blut aus seinem Mund floss. Er wurde nachts in Einzelhaft gesperrt und zweimal in der Zelle verhört. Obwohl er kein Geständnis ablegte, wurde er schliesslich zu anderen Gefangenen in die Zelle gesteckt, nach 18 Tagen aber ohne Anklage freigelassen.

Im Juli 1985 wird Mahmoud gegen Mitternacht erneut verhaftet. Wieder wird er nach Bassa gebracht, wo er fünf Stunden verbringt, bevor er erneut nach Al-Fara'a gebracht wird. Auf der Fahrt wird er jeweils von den Soldaten mit den Gewehrkolben malträtiert.

In Al-Fara'a muss er wieder während drei Tagen mit erhobenen Händen stehen. Am ersten Tag wird er fünfmal verhört, am zweiten dreimal; nach dem dritten Tag wird er in eine Zelle mit anderen Gefangenen gebracht.

Während der Verhöre wird er solange in den Magen geschlagen, bis

er Blut spuckt. Der Gefängnisarzt verabreicht ihm daraufhin eine Pille. Ein Soldat übte Karate an Mahmoud; ein anderer drehte wieder Kugelschreiber zwischen seinen gefesselten Händen. Er wird gewürgt und auf die Fußsohlen geschlagen. Nach 19 Tagen wird Mahmoud ohne Anhörung oder Erklärung wieder entlassen.

Die dritte Verhaftung erfolgt im März 1986. Wieder wird er nach Bassa gebracht, wieder muss er fünf Stunden warten, ehe es weitergeht nach Al-Fara'a. Wieder lautet die Anklage auf Steinewerfen. Dieses Mal wird Mahmoud bei den Verhören wiederholt ohnmächtig. Wassergüsse rufen ihn wieder ins Leben zurück. Die Schläge gehen weiter. Nachdem ihn ein anderer Gefangener beschuldigt, Steine geworfen zu haben, gesteht Mahmoud. Nach 18 Tagen wird vor ein Militärtribunal gebracht, das ihn zu drei Monaten Haft verurteilt. Er verbringt einen Monat im Gefängnis von Nablus, einen Monat in Al-Fara'a und einen Monat im Gefängnis von Hebron.

Musa, geboren 1972, Flüchtlingslager Jalazoun

Im Juli 1986 kamen 15 Soldaten zum Hause der Familie Musas. Musa arbeitete zu der Zeit in einer Autowerkstatt in Al-Bireh. Die Soldaten nahmen den Ausweis von Musas Vater und sagten, er solle seinen Sohn sofort zur Polizeistation bringen. Genau dies tat der Vater am Spätnachmittag.

Auf der Polizeistation wurde Musa von einem Polizeioffizier verhört und ins Gesicht geschlagen. Eine spezielle Beschuldigung wurde nicht erhoben. Musa wurde nur aufgefordert zu gestehen.

In Al-Fara'a wurde er untersucht. Danach musste er mit ausgestreckten Armen während der ganzen Nacht stehen. Obwohl es Juli war, sagt Musa, dass es kalt gewesen sei.

Wenn er Wasser trinken oder zur Toilette gehen wollte, musste er ungefähr eine Stunde vorher darum bitten und betteln. Das Essen, Bohnen und Reis, durfte er erst eine Stunde, nachdem es ihm gebracht worden war, anrühren. Seine Hände waren auch dabei immer gefesselt.

Sein erstes Verhör fand am Abend statt. Wieder sagten Soldaten ihm, er solle seine Geschichte erzählen, ohne dass er in irgendeiner Weise beschuldigt wurde. Er wurde von Offizieren mit den Namen Abu Khunjar, Abu Ghazali und Abu Dani verhört. Einer von ihnen hielt seine Shultern fest, ein weiterer schlug ihn mit den Fäusten oder mit einem Stock; der dritte trat ihn während zehn Minuten ins Gesicht und in den Magen. Während der Verhöre wurde er wiederholt auch auf die Fußsohlen geschlagen.

Während der Nacht wurde er in Dunkel- und Einzelhaft gesteckt. Wasser musste er aus einem Ölkanister trinken. Eine Toilete gab es nicht in der Zelle.

Am zweiten Tag wurde er nur eine halb Stunde verhört. Vier Beamte schlugen mit Stöcken auf seine Hände, seine Brust, seinen Magen und die Fusssohlen.

Er gestand schliesslich, Steine geworfen zu haben, und unterschrieb ein Dokument in hebräischer Sprache, das nach Angaben der Verhörer aussagte, dass er Steine geworfen, aber niemanden getroffen habe. Musa spricht kein Hebräisch.

Vor dem Militärgericht musste er anderthalb Monate später erfahren, dass er nicht nur Steine geworfen, sondern auch ein Militärfahrzeug getroffen hatte. Als er das erste Mal im Militärgericht erschienen sei, wurde der Prozess um einen Monat verschoben. Dreimal habe der Richter Musa gefragt, ob er Gnade erbitte. Aber Musa habe nicht reagiert. Er hatte keinen Anwalt und wurde schliesslich zu einer zusätzlichen Haftstrafe von drei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 300 Shekel verurteilt. Anderthalb Monate war er in Al-Fara'a, die restliche Zeit im Gefängnis von Hebron, wo wie er sagt, 99 Jungen unter 18 Jahren in sechs Räumen untergebracht waren.

Musa wurde im Januar 1987 erneut verhaftet. Sieben Fahrzeuge mit Soldaten kamen um 23.30 Uhr zum Haus der Familie. Die Soldaten überwanden die zwei Meter hohe Aussenmauer mit Leitern und schlugen gegen die Türe. Sie sagten Musas Vater, dass sie den Sohn nur kurz mitnehmen würden. Zwei Jungen in Musas Alter waren bereits festgenommen. Musa wurde mit einem Seil gefesselt. Obwohl er nur eine dünne Jacke trug, musste er zwei Tage in einem halbfertigen Raum zubringen. Es war kalt und regnete im Januar. Es gab keine Verhöre und keine Schläge in diesen beiden Tagen.

Nach zwei Tagen wurde er ins Al-Fara'a-Gefängnis gebracht, wo er dem Arzt über Schmerzen in der Brust und im Magen berichtete. Beim ersten Verhör wurde er daraufhin besonders auf den Magen geschlagen. Er verbrachte sechs Tage in der Verhörzelle. Wenn er nicht befragt wurde, musste er seine gefesselten Hände über dem Kopf hochhalten.

Bei einem Verhör wurde er mit dem Rücken auf einen Tisch gelegt. Ein Verhörer sprang auf seinen Bauch. Musa erbrach sich, aber der Soldat machte weiter.

Musa wurde in einen speziellen Verhörraum gebracht. Dort wurde er

an den Händ gefesselt und an der Decke aufgehängt. Er weiss nicht, wielange er dort war, da er sehr bald das Bewusstsein verlor. Er musste, nur mit einem T-Shirt bekleidet, die Nacht im Freien zubringen. Sobald er bei Bewusstsein war, musste er mit ausgebreiteten Armen stehen. Wenn er nicht verhört wurde, wurden ihm zudem die Augen verbunden.

Musa wurde während sechs Tagen jeweils sechsmal verhört. Er wurde auf seine Genitalien geschlagen, bis er das Bewusstsein verlor. Nach sechs Tagen unterzeichnete er ein Geständnis in hebräischer Sprache, laut dem er eine palästinensische Fahne gehisst und Steine auf die Strasse gelegt haben sollte. Vor dem Militärgericht musste er erneut feststellen, dass er ein Geständnis unterzeichnet hatte, an einer Demonstration teilgenommen zu haben.

Seine Mutter sagt, dass sie kein Geld für einen Rechtsanwalt gehabt hätten. Musa wurde zu einem Monat Gefängnis und 700 Shekel Geldstrafe verurteilt. Weil seine Familie nicht in der Lage war, die Geldstrafe zu bezahlen, musste Musa weitere 20 Tage im Gefängnis verbringen. Insgesamt war er 50 Tage in Al-Fara'a. Musa berichtet, dass in Al-Fara'a ungefähr 450 Jungen untergebracht seien; der jüngste, den er zu Gesicht bekommen habe, sei 13 Jahre alt gewesen.

Musa erzählt, dass die anderen Gefangenen sich nach dem Geständnis um ihn kümmerten und ihm Joghurt abgaben, damit er sich wieder erhole. Nach den ersten 18 Tagen wurde ihm auch Besuch erlaubt.

Musa hat drei Brüder und drei Schwestern. Sein 19 Jahre alter Bruder wurde zweimal inhaftiert; einmal für drei Monate, gegenwärtig sitzt er für dreieinhalb Jahre. Seine Familie sind Flüchtlinge von 1948 aus Beit Nabala bei Ramleh.

Kufr Malik

Ein Dorf in der Intifada

Jean Hatzfeld

Am 3. Januar wirft ein Kind seinen ersten Stein, und im Dorf beginnt der „Aufstand der Steine". Seitdem haben sich der Lehrer Khaled, die Studentin Rama und der Bauer Tarik in der Bewegung engagiert. Wie die 2.500 Einwohner des Dorfes. Chronik der Intifada. Ein Streiktag.

Israelische Soldaten haben einen Palästinenser aus Jericho in der Westbank auf der Motorhaube ihres Fahrzeug festgebunden und ihn jeden Tag mehrere Stunden lang kreuz und quer durch die Stadt gefahren. Er wurde verdächtigt, antiisraelische Parolen an ein Haus in Jericho gesprüht zu haben.

Der Militärkommandant der Region Mitte, der eine Untersuchung eingeleitet hat, hat die Soldaten, die in den besetzten Gebieten Dienst tun, daran erinnert, daß es verboten ist, einen Passagier in einem Militärfahrzeug zu befördern, sofern er nicht auf einem dafür vorgesehen Platz sitzt."

Die weitere Bilanz der Auseinandersetzungen an diesem Wochenende in den besetzten Gebieten: Ein getöteter Palästinenser und 25 verletzte.

Kufr Malik ist ein Berg aus Gestein mit weißen Flecken und Abhängen aus brauner, trockener, harter Erde. Felsen, Geröll und Steine jeder Größe, fast bis zum Horizont. Diesseits der Linie verschwindet die Straße hinter einem Berg in der Wüste. Dahinter tauchen die ersten kaum gewölbten Dächer von Kufr Malik auf. Die Straße verläuft von Ramallah - einer Stadt in der Westbank 15km von Jerusalem - in Richtung Norden, tangiert ein großes Militärlager, streift ein Siedlung gleichförmiger Häuser, die mit Stacheldraht umgeben sind und taucht dann in die Ruhe der Dorfes ein. Auf dem Dach des Hauses auf der höchsten Erhebung sitzen drei Kinder unbeweglich und sehen forschend in die Ferne. Das Auge, aufmerksam auf die Straße des gegenüberliegenden Abhangs gerichtet, erblickt die ebenfalls unbeweglichen grünen Schatten zweier Militärfahrzeuge.

Am Eingang des Dorfes sind recht und links der Straße sorgfältig Steine aufgehäuft, Spuren der jüngsten Vergangenheit, als das Dorf im April 1988 abgeriegelt wurde. An allen Gegenständen, die in den Himmel ragen, hängen palästinensische Fahnen; einzige Ausnahme ist das Minarett der Moschee.

Schwarze Photos mit dem Gesicht eines Mannes sind an die Bäume genagelt. Heute wird in der Stadt - wie im ganzen Westjordanland - gestreikt; Fremde bemerken das nicht sofort. Auf dem Pflaster quietschen die Reifen völlig überfüllter Fahrzeuge. Schwärme von Kindern laufen mit Körben in der Stadt umher. Die Läden, das Lebensmittelgeschäft und das Cafe sind geschlossen. In der Kühle des weiß und grün getünchten Gebetssaales schlafen zwei alte Männer den Schlaf des Gerechten. Auf den Bänken im Schatten der Laube sprechen andere, deren graue Kuffiyen bis auf die Hüften hinabhängen, leise miteinander.

Die Frauen, einen Kessel in der Hand, tragen schwarze Kleider, deren Saum Blumen in allen Farben zieren. In der Ferne die israelischen Wachposten. . . .langsam bemerkt man, daß Streik ist: auf den Straßen schlendert niemand mehr herum, aus den Lautsprechern der Moscheen tönen Lieder, die fast kriegerisch anmuten. Die Esel sind nicht zum Markt gekommen. Man ist erregt... die heftigen Gesten der Frauen, die in den Türen stehen, ihre lauten Rufe, das Hin- und Herlaufen in den Olivenhainen: Fiebrige Erwartung:

„Jeder Tag Gottes ist ein Tag für die Intifada. Aber ein Streiktag ist ein der Intifada geweihter Tag," sagt

Kuß, einer der Alten im Dorf, dessen Gesicht vom Wind und den kriegerischen Auseinandersetzungen um Palästina gezeichnet ist.

Kufr bezeichnet einen vorchristlichen Weiler und Malik ist das Wort für König. Unterhalb der Stadt stehen Grotten aus Steinen, die römische Spuren aufweisen und in denen noch eine Familie wohnt. In der Nähe des Platzes steht die alte Olivenpresse, die heute als Behältnis für leere Cola-Dosen dient. Sie war sicher schon Zeugin von Unterhaltungen in lateinischer Sprache. In allen Höfen stehen Öfen, in denen Brot gebacken wird. Anfang des 18. Jahrhunderts vertrieben die Saudis die Christen von hier. Heute lebt nur noch eine Christin hier. Das alles spielt keine Rolle mehr.

Die Schule ist wegen des Streiks geschlossen, die Mädchenschule wurde von israelischen Soldaten verwüstet, die sich dort einquartiert hatten, als der Ort belagert wurde. Die Löhne für die neun Grundschullehrer sind seit einem Monat nicht mehr von der jordanischen Verwaltung in Ramallah überwiesen worden. Die Kinder sind es, die am meisten von diesen Maßnahmen betroffen sind.

„Seit Beginn der Intifada können sich die Schüler nicht einmal eine Minute lang mit einer Seite im Lehrbuch beschäftigen. Sie sind viel zu aufgeregt. Wegen der Soldaten, wegen der Schüsse. Wegen der Nervosität, die sie in den Augen ihrer Eltern sehen", erklärt Khaled, der Direktor der Schule. „Im Unterricht lehren wir die Intifada nicht, das könnte gefährlich sein. Aber alle Eltern tun es. Sobald die Kinder sprechen können, wissen sie, daß sie kämpfen müssen, wenn sie ihr Land zurückerobern wollen."

Khaled hat - wie alle seine Vorgänger seit 1923, dem Gründungsjahr der Schule - hier lesen und schreiben gelernt. Er erzählt weiter: „1983 haben wir mit dem Geld von Palästinensern aus Amerika und jordanischen Subventionen eine neue Schule gebaut. Niemand weiß, was aus ihr wird. Die Subventionen sind gestrichen, und das Geld darf nicht mehr über Jordanien überwiesen werden. Die etwa 250 DM Gehalt, die wir monatlich von der jordanischen Verwaltung bekamen, werden uns nicht sehr fehlen. Aber wenn wir nur noch auf israelische Geldquellen angewie-

sen sind, sind wir schrecklichen Repressionen ausgeliefert."

Er beendet die Führung durch die reinlichen Klassenräume, die mit naiven Bildern geschmückt sind: „Im vergangenen Herbst hatten wir hier 231 Schüler. Alle hätten die Oberschule abgeschlossen. Und die Kinder der reichen Familien wären auf die Universität gegangen..."

Rana, 18, Tochter eines Professors der Bir-Zeit-Universität, ist eine von ihnen. Letztes Jahr hat sie das Gymnasium von Ramallah mit einem hervorragenden Zeugnis verlassen. Sie möchte Medizin studieren. Ihre Unterlagen wurden von der Universität in Amman zurückgeschickt, weil die Quoten für die Aufnahme von Studenten aus der Westbank auf 10% gesenkt worden sind.

Nur die jordanische Verwaltung könnte sie an andere arabische Universitäten weiterleiten, doch die läßt sie in einer Schublade verschwinden. Also schreibt sie sich bei Semesteranfang in der Bir Zeit Universität für Ingenieurwesen ein. Rana kehrt in ihr Dorf zurück: „Seit Jahren nimmt sich die Universität in Amman vor Studenten aus der Westbank in Acht. In ihren Augen sind das Agitatoren in Spe", erklärt sie.

Infolge des Verzichts König Husseins auf das Westjordanland darf sie sich gerade 14 Tage in Amman aufhalten, um zu versuchen, sich im Ausland einzuschreiben. "Ich weiß, sie warten bis zum 15. Tag, um sich meine Unterlagen anzusehen. Es ist zwecklos. Sie fragen mich, ob es mir keine Angst macht, meine Jugend der palästinensischen Sache zu opfern? Ich antworte Ihnen: Oft sitze ich abends in meinem Zimmer und weine, aber ich ginge nie ins Exil. Das würde ihnen zuviel Freude machen."

Es ist schwierig, die Zahl der Einwohner von Kufr Malik genau zu bestimmen, weil es keine städtischen Archive gibt. Die Zahlen variieren, je nachdem, ob man nur die direkten Einwohner des Dorfes zählt oder auch die Einwohner, die außerhalb leben. Zuhair, z. B. ist der Jüngste einer Familie mit vier Jungen. Seine drei Brüder sind Taxifahrer in Chikago. Sie telephonieren oft miteinander. Einer seiner Brüder hat ihm schon zweimal ein Ticket geschickt, aber Zuhair weigert sich, weiter zu reisen als nach Ramallah.

Er erklärt warum: „Die Israelis können sich jederzeit weigern, dir deinen Ausweis zurückzugeben. Viele Leute haben in ihr Dorf zurückkehren wollen, nachdem sie genug Geld gespart hatten. Ohne den israelischen Ausweis ist ihr Aufenthalt hier auf zwei Monate beschränkt. Dieser Ausweis ist für einen immigrierten Palästinenser kaum zu bekommen, selbst wenn er 25 Jahre hier gelebt hat."

„Die Intifada gehört allen, die damit leben"

1921 wohnten in Kufr Malik knapp 110 Einwohner. Heute sind es ungefähr 2.500. Aber mehr als 500 Einwohner, die im Dorf geboren und aufgewachsen sind, leben weit weg von ihrem Land. In Chicago leben etwa 100. Die größte Ansammlung von 300 Menschen aus Kufr Malik findet sich in Colombo, Brasilien, nahe der bolivianischen Grenze, wo sie den Handel der Stadt kontrollieren. Andere sind in Amman und in den Golfstaaten. Hinzu kommen noch die neun Jugendlichen, unter ihnen ein Mädchen, die seit Beginn der Intifada in israelischen Gefängnissen sitzen.

In den vergangenen Jahren schickten die meisten der ausgewanderten Verwandten Geld, einige ließen neue

Häuser bauen, mit Garten und Terrasse;, auf den Dächern stehen Antennen in Form des Eiffelturms. Dann beschränkten die israelischen Behörden die Überweisungen aus dem Ausland auf ca. 3.200 DM pro Person ein. Das Dorf verarmte. „Die im Ausland rufen häufig an, sie unterstützen uns von Herzen. Sie wissen alles über die Intifada", sagte Zuhair. „Ja, aber sie können nicht daran teilnehmen", entgegnet Rana. „Selbst in Amman leben sie wie in Amerika. Sie sind immer Palästinenser, aber die Intifada ist für die, die unmittelbar mit leben."

In Kufr Malik hat der „Aufstand der Steine" mit einem Monat Verspätung begonnen. „Die Bewohner kannten die Ereignisse in Ghaza, sie sahen die Kämpfe in den Straßen von Ramallah. Die Jungs von Fatah sind gekommen, um uns zu bitten, auch hier die Intifada in Gang zu bringen, aber es ist nichts passiert;" erzählt Tarik, ein Bauer mit einer alten Baseball Mütze auf dem Kopf. Tarik ist darauf spezialisiert, Setzlinge zu ziehen, auf zwei Hektar gepachtetem Boden, in einem kleinen Tal nahe dem Jordan. Seit Beginn der Besatzung hat ihm die israelische Zivilverwaltung verboten, alle neuen Sorten Oliven, Weinreben, Feigen und Zitrusfrüchte ausländischer Herkunft zu kultivieren und sie für den israelischen Gebrauch reserviert. Er bezahlt mehr für den israelischen Dünger als ein Kibbutz. Beim Anbau aller Pflanzen sind ihm enge, einschneidende Quoten gesetzt. Er darf nicht in Israel verkaufen. Er setzt seine gesamte Produktion auf dem Markt in Ramallah ab. Seine Oliven- und Feigenernte ist zu gering, als daß er unter den neuerlichen Beschränkungen der Importe aus Jordanien leiden würde. „Aber bald werden die großen Bauern ihre ganze Ernte auf den Märkten von Nablus

Burhan Karkutli

und Ramallah verkaufen, und ich werde keine Kraft mehr haben, um mein Feld zu bestellen", deshalb hoffe er so sehr auf die Intifada im Dorf.

Eines Tages ergab sich eine gute Gelegenheit: „Ein Fahrzeug der Verwaltung fuhr in den Ort, und ein Kind warf den ersten Stein, und der Fahrer hat wutentbrannt das Magazin seiner Maschinenpistole abgefeuert, um die Leute auseinanderzutreiben. Leider hatte er nicht viel Munition. Also sind alle Kinder sehr schnell wiedergekommen und haben nun voller Freude mit Steinen geworfen. Die drei anderen Israelis baten die Kinder mit Tränen in den Augen, sie auszusparen", erinnert sich Tarik.

Das war am 3. Januar. Eine Stunde später parkten drei Militärjeeps auf dem Platz. Soldaten drangen in die Moschee ein, zerschlugen die Fenster, warfen die Bücher auf die Straße und rissen die Lautsprecheranlage heraus. Die Einwohner von Kufr Malik versichern, daß sie seit dem einmütig in der Bewegung engagiert sind. Mit ein bißchen Geduld kann man Nuancen heraushören:

In den ersten zwei Monaten waren es nur die Jungen, die Steine warfen. Die Mütter schimpften sogar hinter ihnen her, als sie Steine nahe den Häusern aufsammelten, weil sie sich damit der gerichtlichen Verfolgung durch die Israelis aussetzten.

Heute machen, mit Ausnahme derer, die zu eingeschüchtert sind, alle auf ihre Weise mit. Faraj, ein Lehrer, fügt hinzu: „Am Anfang verbot ich meinem kleinen Bruder, sich da einzumischen. Er hat mir geantwortet, ich solle ihn in Ruhe lassen. Er hat zwei Monate lang mit seinen Kumpels im Schuppen geschlafen." Tag und Nacht dringen israelische Patrouillen in das Dorf ein, um zu drohen und zu versuchen, zu überzeugen oder um alles kaputt zu schlagen. . . .Türen, Möbel, Beine. . .

Das Dorf ist außer Rand und Band

Am 27. April zieht sich die Schlacht über den ganzen Nachmittag hin, weil das Dorf außer Rand und Band ist. Sery Helall, ein Bulldozer Fahrer, Vater von drei Kindern, wird von einer Kugel im Genick getroffen. Er ist auf der Stelle tot. Am Abend werden 36 Militärfahrzuege auf der Haupstraße stationiert. Über Megaphon erlauben die Israelis, die Leiche mit einem Auto zu holen. und zu begraben, aber ohne Gesang. Natürlich begleitet das ganze Dorf den Leichenzug mit Gesängen.

Am nächsten Tag sind alle Straßen abgeirgelt, der Strom ist gesperrt, und die Soldaten schießen auf alle fahrenden Autos. Viele Männer verstecken sich nachts in der Wüste. Bewohner aus Dörfern der Umgebung bringen Mehl und Öl mit Eseln über die Berge. Die Abriegelung des Dorfes dauert einen Monat. Das ist genug Zeit, ein Volkskomitee zu bilden und heimliche Reserven anzulegen.

Vor der Intifada arbeiteten ca. 50 Tagelöhner für 12 Shekel in einem Kibbutz bei Jericho, heute bietet der Kibbutz das dreifache an Lohn, doch es geht niemand mehr hin.

„Neulich habe ich meinen Chef getroffen, und der hat zu mir gesagt: Du kannst deinen Lohn selbst bestimmen. Wenn jemand wagen würde, ein solches Angebot anzunehmen, müßte er das Dorf verlassen", sagt Abdullah, der im Moment arbeitslos ist. Am Nachmittag, abends und in der Nacht, wenn die Späher auf den Hügeln wachen, reden die Männer beim Tee.

Das Problem wird an dem Tag beginnen, an dem die PLO und andere Gruppen draußen vorschlagen werden, politische Etappen zu überspringen," erklärt Faraj. „In den 60er Jahren war Kufr Malik noch in den Händen von großen nationalistischen Familien. In den 70er Jahren sind viele aus den Städten oder von der Universität mit marxistischen Ideen oder als Anhänger von Fatah zurückgekommen. Sie haben das Leben im Dorf beeinflußt.

Seit der Machtergreifung Khomeinis wurde die Moschee restauriert und war niemals leer. Diese neuen religiösen jeden Alters sind sehr enthusiastisch im Kampf und wollen von Verhandlungen mit Juden nichts hören.

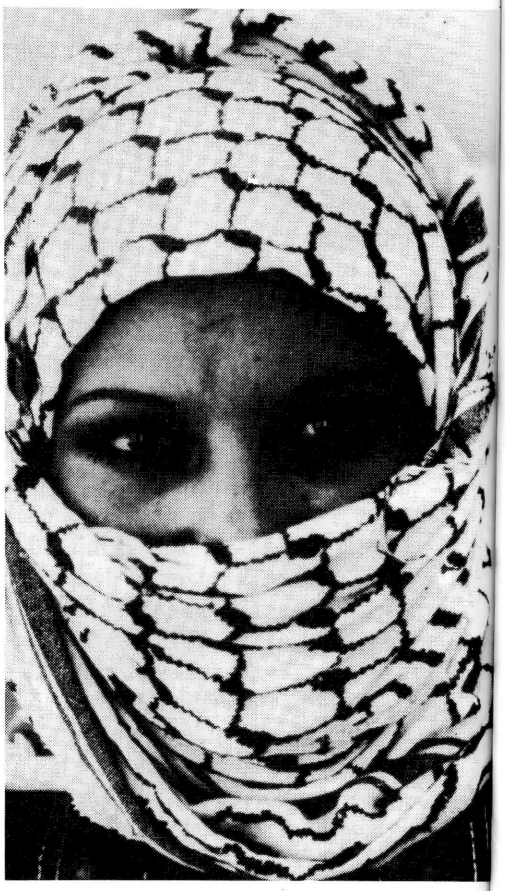
Diese winzige Wolke wirft keinen Schatten auf den Himmel von Kufr Malik und stört die Heiterkeit Jamilahs, der Mutter von 10 Kindern, nicht, die es liebt, Geschichten zu erzählen.

„Hier gab es einmal einen riesigen Felsbrocken, der dem Marktplatz die Luft wegnahm. Eines Morgens entschieden sich die Leute, ihn zu entfernen. Niemand weiß warum ausgerechnet an diesem Tag, vielleicht, weil es nichts anderes zu tun gab. Die ganze Bevölkerung machte sich daran, ihn den Berg hinaufzurollen. Wären sie auf halbem Wege stehengeblieben, wären sie von seinem Gewicht erdrückt worden. Bis zum Gipfel durchzuhalten und ihn auf der anderen Seite hinunterrollen, das ist die Intifada."

Am Abend, als die Sonne über der Wüste untergeht, hallen plötzlich Pfiffe im Hof wider. Im Zimmer stehen alle Leute von ihren Stühlen auf. Die Atmosphäre ist elektrisiert: (keine Chance?) Militärfahrzeuge dringen in Aiya ein, einem Dorf weiter unten auf der Straße. Schon stürzt eine Gruppe Jungen den Abhang quer durchs Gestrüpp hinunter. Ihre Taschen sind mit Munition gefüllt.

Aus dem Französischen:
Sascha Clémeur

Liberation, 5.9.1988



Die Gewerkschaften in der Intifada

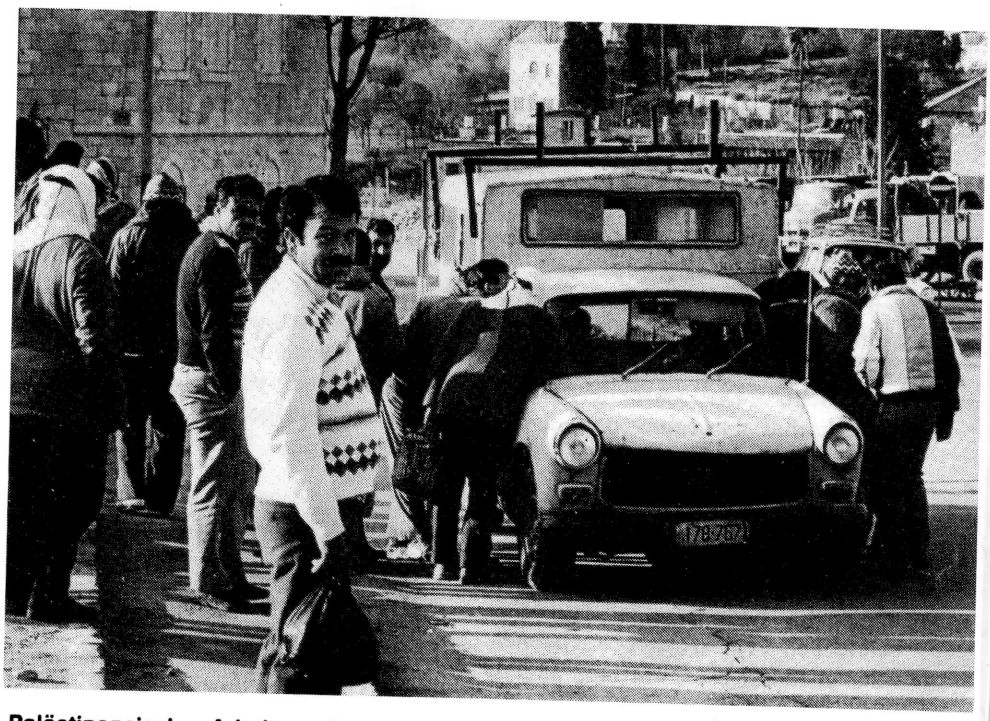
Khalil Touma

„Unsere Büros wurden von den Militärbehörden im März auf zwei Jahre geschlossen. Wir mußten mithin neue Wege finden, um die Rechte und das Brot unserer Arbeiter zu verteidigen", sagt ein Gewerkschafter aus Ramallah, der damit aber nur einen Teil der Unterdrückung beschreibt, der die Arbeiterbewegung in der von Israel besetzten Westbank ausgesetzt ist.

Die Abwesenheit der Mehrheit der führenden Gewerkschafter ist ein weiteres untrügliches Zeichen der gegenwärtigen Zeit. Die meisten von ihnen sitzen im Gefängnis oder werden von den Behörden gesucht. Im Juli 1988 befinden sich 21 von 38 Mitgliedern des Generalrats der Gewerkschaften in der Westbank und drei von neun Mitgliedern des Exekutivkomitees in Haft. Vier größere Gewerkschaften in Ramallah, Kalkiliya, Tulkarem und Salfit wurden von den Behörden auf zwei Jahre verboten. Zahlreiche lokale und regionale Gewerkschaftsbüros waren praktisch gezwungen zu schließen, nachdem ihre gesamte Belegschaft inhaftiert wurde. Gewerkschafter wurden deportiert oder mit Deportation bedroht.

Die Reaktion der israelischen Behörden entspricht der Rolle, die die palästinensischen Arbeiter in der Intifada spielen. Die Gewerkschaftsbewegung steht heute auf dem Prüfstand, meint ein einfacher Arbeiter: „Wenn es sich um eine echte Arbeiterbewegung handelt und wenn all diese Gewerkschaftsbüros, die in den letzten Jahren geschaffen wurden, die Unterstützung der Arbeiter haben, dann wird diese Bewegung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden, ihre Aktivitäten fortsetzen und eventuell noch stärker werden. Was nicht authentisch ist, wird untergehen."

Die Gewerkschaftsbewegung, der



Palästinensischer Arbeitsmarkt in Ost-Jerusalem

150.000-200.000 - viel zu viele Gewerkschaften gebe.

In der Tat haben Fraktionierung und allerlei Streitigkeiten die Energien der Gewerkschaften über lange Jahre erschöpft, und viele neue Gewerkschaften wurden gebildet, obwohl sie sich sinnvollerweise anders

im Jahre 1967 gerade 28 Einzelgewerkschaften angehörten, umfasst heute 156 Einzelgewerkschaften, darunter eine Reihe von Angestelltengewerkschaften. Eine allgemeine und häufige Kritik besteht darin, dass es im Vergleich zur relativ geringen Zahl der Arbeiter in der Westbank - ca.

ren Gewerkschaften hätten anschliessen sollen. Das Ziel schien darin zu bestehen, eine Fraktion gegen die andere zu stützen und die Polarisierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu fördern. Es gab in den vergangenen zwei Jahren Anstrengungen, diesem Trend entgegenzuwirken, aber ohne konkrete Ergebnisse.

„Unsere wesentlichste Aufgabe", erklärt ein Gewerkschafter aus Bethlehem, „sollte darin bestehen, die Arbeiterbewegung zu einen, um den Herausforderungen sowohl an uns als Arbeiter als auch an uns als Volk und Nation zu begegnen." Dies, so meinte er, könne dadurch erreicht werden, daß die demokratischen Regeln zwischen den verschiedenen Fraktionen beachtet würden und die Arbeiter ihre Vertreter frei wählen könnten.

Die Intifada hat in der Tat unter den Gewerkschaftern der verschiedenen Fraktionen und Regionen eine „Einheit im Kampf" geschaffen, die Koordination und Kooperation ermöglicht. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist Teil der allgemeinen palästinensischen Volksbewegung geworden, und die Gewerkschaftskomitees haben sich den Volkskomitees angeschlossen, die überall entstanden sind, um die Probleme der Bevölkerung, einschließlich der Arbeiter, anzugehen und im Rahmen der Intifada akzeptable Lösungen zu finden.

Ein größeres Problem für die Gewerkschafter in der Westbank besteht darin, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und für die Arbeitslosen neue zu schaffen. Die Westbank steht inmitten einer größeren ökonomischen Krise und einem Geschäftsstreik, der nun schon über einige Monate andauert. Die Gewerkschafter stimmen deshalb überein, daßs es gegenwärtig hauptsächlich darum geht, die Quellen für den Lebensunterhalt der Arbeiter zu sichern und weitergehende Probleme für zukünftige und bessere Zeiten aufzusparen.

Burhan Karkutli

Gewerkschaftserfolge

Beispiele für die Arbeit der Gewerkschaften als Teil der Volksbewegung sind vielzählig. In Beit Sahour bei Bethlehem wandten sich die Mitglieder der lokalen Komitees auf Intitiative der Gewerkschaften mit Erfolg an den Besitzer einer Plastikfabrik, diese trotz finanzieller Schwierigkeiten nicht zu schliessen.

In Ramallah ist es der Gewerkschaft trotz der Inhaftierung einiger Mitglieder gelungen, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen. Es gab zwei drängende Probleme: Ein Busunternehmen drohte damit, die Gehälter um die Hälfte zu kürzen, weil die Profite seit dem Beginn der Intifada ausgeblieben seien. Die Gewerkschaft steht in Verhandlungen mit dem Argument, dass die Geschäfte sich seit April wesentlich verbessert haben.

Im zweiten Fall verlangten die Arbeiter einer Chemiefabrik, daß wegen Streiks, Belagerungen, Ausgangssperren o.ä. keine Gehaltskürzungen vorgenommen werden und die Angestellten für verlorene Tage nicht nacharbeiten müssen und eine Arbeitszeit von acht Stunden pro Tag eingehalten wird. Die Gewerkschaft hat die Sache in die Hand genommen, und eine positive Antwort von seiten des Management wurde erwartet.

Gewerkschafter erklären, daß die Kürzung von Gehältern oder die Einbehaltung von Lohn inakzeptabel sei, da dies juristischen, gewerkschaftlichen und nationalen Prinzipien widerspreche. Wenn es zutrifft, daß die lokale Industrie von der politischen Situation betroffen ist, muß auch eingeräumt werden, daß die Arbeiter nur minimale Löhne erhalten und bei Kürzungen dieser Löhne kaum noch überleben können. Arbeiter verdienen nicht mehr als ihr täglich Brot, und sie waren niemals Teilhaber am Profit, sagen die Gewerkschafter.

Die aktuellen Probleme der Gewerkschaftsbewegung verhindern eine normale Beziehung zwischen Arbeitern und Gewerkschaften. Lediglich die ernsthaftesten Schwierigkeiten werden bekannt. Die Gewerkschafter haben deshalb die Intiative ergriffen und suchen die Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz oder zu Hause auf, um herauszufinden, welche Probleme es gibt. Auch wenn diese Form von Beziehung eine Reihe von Schwierigkeiten mitsichbringt, wird jedoch nicht erwartet, daß dadurch die Mitgliedschaft ernsthaft

Auf dem Sklavenmarkt

beeinträchtigt werden könnte. Tatsächlich richten die Gewerkschaften ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Bildung von Arbeiterkomitees an den Arbeitsplätzen, um eine bessere Koordination zwischen Arbeitern und Gewerkschaften zu ermöglichen.

Wirklich ernsthaften Problemen in Bezug auf Politisierung und Entlassung von Arbeitern sieht sich die palästinensische Arbeiterbewegung aber nicht bei den Beschäftigten in arabischen Einrichtungen gegenüber, sondern bei den Arbeitern aus den besetzten Gebieten, die in Israel selbst arbeiten. Hunderte von Arbeitern wurden ohne Entschädigung oder Sozialausgleich gefeuert, nachdem sie an den nationalen palästinensischen Streiks teilgenommen

Rechtlos in Israel

hatten. Viele andere Arbeiter wurden verhaftet und verloren dadurch ihre Arbeit. Ihre Familien sind jetzt ohne jedes Einkommen, wodurch die Arbeitslosigkeit noch vergrössert wird.

Um die Interessen und Rechte der palästinensischen Arbeiter in Israel zu stärken, haben einige Gewerkschaften an israelischen Arbeitsplätzen palästinensische Arbeiterkomitees gebildet. Obwohl eine Reihe solcher Komitees entstanden sind, wurden sie von der Histadrut (israel. Gewerkschaft, d.Red.) und von den israelischen Arbeitgebern mit wenig Begeisterung aufgenommen. Nicht eben selten wurden Kommiteemitglieder gefeuert. Die Histadrut argumentierte, daß die palästinensischen Arbeiter durch die israelischen Arbeiterkomitees vertreten werden sollten, obwohl sich dies in der Vergangenheit als wenig effektiv erwiesen hat.

Die Rolle der palästinensischen Arbeiter in der Intifada kündigte eine neue Ära in der Arbeiterbewegung an. Es war das erste Mal, daßs Tausende von palästinensischen Arbeitern aus den besetzten Gebieten ihrer Arbeit in Israel fernblieben und die Streikaufrufe der Vereinigten Nationalen Führung des Aufstandes befolgten. Die israelische Ökonomie erlitt ernsthafte Einbußen, insbesondere im Textilwesen und im Bausektor. Die tausenden palästinensischen

Arbeiter, denen unter der Besatzung keine andere Wahl blieb, als sich als billige Arbeitskraft zu verdingen und sich israelischer Ausbeutung zu unterwerfen, mußten plötzlich als Rebellen gegen ihr Schicksal betrachtet werden.

Die unmittelbare Antwort der Besatzungsbehörden auf die Politisierung dieser Arbeiter war die Drohung, sie alle zu entlassen und durch ausländische Arbeitskräfte zu ersetzen. Wo immer möglich wurden palästinensische Arbeiter durch israelische ersetzt; und wenn Unternehmer meinten, ohne palästinensische Arbeiter auskommen zu können, wurden diese ohne zu zögern gefeuert.

Dennoch bleibt die Frage, ob Israel die palästinensischen durch ausländische Arbeitskräfte ersetzen wird, offen. Wenn auch nicht unmöglich, so gibt es doch eine Reihe von Schwierigkeiten, die ein solcher Import von etwa 100.000 ausländischen Arbeitskräften mitsichbringen würde. Gewerkschafter verweisen darauf, daß Israel diese Arbeitskräfte nicht im gleichen Masse ausbeuten könnte wie die palästinensischen und ihnen - im Gegensatz zu den palästinensischen Arbeitern - auch die normalen Rechte eines Arbeiter nicht vorenthalten könnte. Zudem schaffe ein solcher Zustrom von Ausländern in Israel erhebliche soziale Probleme und laufe der zionistischen Idee von einem rein jüdischen Staat total zuwider.

Es gibt auch Gewerkschafter, die in der Entlassung von palästinensischen Arbeitern aus israelischen Beschäftigungsverhältnissen einen Gewinn für die Intifada und die nationale Sache sehen, da dadurch der Druck, Alternativen zur gegenwärtigen Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft zu schaffen und eine unabhängige nationale Ökonomie aufzubauen, erheblich gestiegen sei. Zudem wird die Intifada dadurch mit Tausenden von arbeitslosen Arbeitern verstärkt, die sich ganz unausweichlich dem Kampf anschließen werden. Die Israelis haben nach Ansicht von einigen Gewerkschaftern diese Tatsachen längst erkannt und die Entlassung von palästinensischen Arbeitern auf breiter Ebene eingestellt.

Hohe Arbeitslosigkeit

Obwohl die Arbeitslosigkeit in den besetzten Gebieten sehr hoch ist - nach palästinensischen Angaben zwischen 15 und 20 Prozent -, gibt es keine kurzfristige Lösung dieses Problems. Zweifellos ist die Arbeitslosigkeit zu einem großen Teil Resultat der politischen Situation, in der eine nationale Autorität, die Entscheidungen im Interesse der Bevölkerung planen und ausführen kann, fehlt. Nichtsdestotrotz wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet, um dem Problem beizukommen.

Führende Gewerkschafter befürworten die Bildung von landwirtschaftlichen und industriellen Kooperativen sowie eine Hinwendung zur industriellen „Heimarbeit", um Arbeitskräfte zu absorbieren. Andere haben versucht, Arbeitgeber zu überzeugen, mehr Arbeiter zu beschäftigen, natürlich zu geringeren Löhnen.

Samir Barghouti, ein führender Wirtschaftswissenschaftler auf der Westbank, glaubt, daß es drei Wege gibt, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Der erste ist, mehr Arbeiter als bisher in bestehenden Fabriken unterzubringen. „Dies ist eine praktikable Lösung, da die örtlichen Fabriken jetzt bessere Marktchancen besitzen, wo die palästinensischen Verbraucher, insbesondere seit der Intifada, begonnen haben, örtlich hergestellte Produkte zu kaufen", argumentiert Barghouti. Die pharmazeutischen Firmen in der Westbank verkaufen jeden Monat Waren im Werte von einer Million jordanischer Dinar (ca. 5 Mill. DM). Wenn die Kommission, die die Apotheken erhalten, um 10 Prozent gesenkt würde, könnten damit 125 Arbeitsplätze mit einem Gehalt von 100 Dinar pro Monat geschaffen werden.

Der zweite Schritt könnte in der Einrichtung von kleinen Unternehmen im Agrarsektor bestehen. Beispielsweise könnten vier oder fünf Leute ein Stückchen Land pachten, Gemüse oder irgendein anderes Produkt anbauen oder eine Geflügelfarm oder Schafzucht betreiben, all das ohne teure Technologie. Einfache Arbeitsformen wie Pflücken oder Einkochen können durchgeführt werden. Solche Unternehmungen bedürfen keines grossen Anfangskapitals und Institutionen, die Palästinensern in den besetzten Gebieten helfen wollen, könnten leicht das erforderliche Kapital aufbringen.

Gegenstrategien

Drittens stellt Barghouti fest, daß die israelische Textilindustrie durch den Aufstand schwer angeschlagen ist. Nach israelischen Angaben ist der Verkauf in den besetzten Gebieten aufgrund des palästinensischen Boykotts um 50 Prozent gesunken. Die Produktion im Textilsektor in Israel ist um 17 Proztent zurückgegangen, was unvermeidlich die Tür öffnet für arabische Konkurrenz.

Barghouti argumentiert, dass die Politik in den besetzten Gebieten gegenwärtig wirtschaftlich in geringen Löhnen und geringen Profiten bestehen sollte, um ein Maximum an Beschäftigung zu ermöglichen. Dies ist seiner Auffassung nach unter den gegebenen Umständen die passend-

ste Art von Beziehung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in den besetzten Gebieten, sodaß beide Seiten die Auswirkungen der Intifada auf die lokale Ökonomie zu gleichen Teilen tragen.

Das Bruttosozialprodukt ist in der Westbank während der Intifada um 20-25 Prozent gefallen. „Dies sollte nicht als Schwachpunkt der Intifada gesehen werden Die Situation hier ist die eines Krieges, und ökonomische Einbussen während eines Krieges sind völlig normal. Die Bevölkerung hat außer Zweifel bewiesen, daß sie zur Standhaftigkeit fähig ist. Die Frage ist, wie wir selbst planen und eine Kriegswirtschaft schaffen sollen", sagt Barghouti.

Adel Samara, ein weiterer Wirtschaftsexperte in der Westbank, weist darauf hin, daß jene, die sich über Israels Haltung und die Natur der amerikanischen Hilfe an Israel im klaren sind, nicht erstaunt sein würden, wenn Israel nach und nach alle Palästinenser feuern würde. In seinem neuesten Buch „Popular Protection" beschreibt er zwei Phasen in diesem Prozess, eine Anfangs- und eine Vermittlerphase. Die langfristige Entwicklung wird durch den Ausgang der beiden ersten Phasen bestimmt.

Zu Beginn würde die Entlassung von palästinensischen Arbeitern kein allgemeiner Schritt sein. Jene israelischen Einrichtungen, die palästinensische Arbeiter durch Israeli ersetzen könnten, würden dies tun. In diesem Falle wären die Westbank und der Ghazastreifen nicht mit einer großen Masse von Arbeitslosen konfrontiert, was deren Eingliederung in den Arbeitsprozess erleichtern würde. Samara glaubt, daß diese Arbeiter nicht von Städten angezogen, sondern aufs Land zurückkehren und damit die verzerrte Lage vergangener Jahre wieder zurechtrücken würden, in denen die palästinensischen Dörfer zu bloßen Arbeitsmärkten für Israel degradiert wurden. Zudem würde dies die frühere Rolle der Dörfer als der wesentlichen Produktionseinheit wiederherstellen.

Der industrielle Sektor wird eine Reihe von Schwierigkeiten erfahren, da der lokale Markt nicht in der Lage sein wird, die gesamte lokale Produktion zu absorbieren. Dennoch wird es auch die Möglichkeit geben, einige Fabriken, deren Produkte in den besetzten Gebieten dringend benötigt werden, zur vollen Auslastung zu fahren. Wenn israelische Firmen palästinensische Arbeiter entlassen, werden diese Arbeiter nach Ansicht von Samara nur örtliche Produkte konsumieren, was wiederum zu einer Wiederbelebung der industriellen Struktur der Westbank führen wird.

Samara ist der Meinung, daß der Agrarsektor weitaus mehr Arbeitskräfte absorbieren kann als der industrielle Sektor. Die Produktion in diesem Bereich ist entscheidend, um die ökonomische Abhängigkeit von Israel zu reduzieren; und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, verbunden mit einem bewussten nationalen Verbrauch, könnte den landwirtschaftlichen Sektor mit einer bedeutsamen Rolle in der palästinensischen Ökonomie betrauen. Samara verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß weite Gebiete aufgegebenen Bodens wieder bewirtschaftet werden müssen und dass die Bauern finanzieller Anleihen bedürfen werden.

Die Intifada hat die Bevölkerung mit brennenden Fragen der palästinensischen Existenz selbst konfrontiert. Frühere Formen der Unterstützung der besetzten Gebiete durch die arabischen Staaten haben sich als ineffektiv erwiesen. Angesichts der hohen Opferbereitschaft und des Kampfeswillen der hiesigen Bevölkerung muß eine neue Planung auf der Grundlage der lokalen Resourcen und der Fähigkeiten der Menschen vorgenommen werden. Jede Unterstützung von ausserhalb muß dazu dienen, eine unabhängige ökonomische Infrastruktur zu schaffen und die Energien von Tausenden von palästinensischen Arbeitern darauf zu richten, ihr eigenes Vaterland aufzubauen und nicht in Israel oder im Ausland ausgebeutet zu werden.

Besser spät als nie.

Al-Fajr, 24. Juli 1988

Die INTIFADAH

JOHN LAW

In die Westbank und den Ghazastreifen fuhr ich in der letzten Juliwoche, weil ich seit Ausbruch der Intifada nicht wieder dort gewesen war. Nicht daß ich seit Dezember nicht mehr auf dem laufenden war, aber mir war klar, daß ich selbst hingehen und mich von dem überzeugen mußte, was geschieht.

Wie alle Amerikaner, die sich nicht gerade auf ausgedehnten Urlaubsreisen in der Wüste Gobi oder in Sibirien befinden, war ich sehr wohl zu bester Fernsehzeit über die Schläge, die Mißhandlungen und die Tötungen informiert worden. Und da ich die Ereignisse im Mittleren Osten nicht nur interessiert konsumiere, sondern mit ihnen meinen Brot verdiene, hatte ich mich natürlich weitaus genauer informiert als die meisten Amerikaner, hatte mit Experten gesprochen, praktisch alle Nachrichtenberichte gelesen, meine Bücher und meine Aufzeichnungen durchstöbert. Aber das reichte mir nicht. Ich mußte direkt in die besetzten Gebiete gehen, um meinen eigenen Kenntnissen vertrauen und eine Vorstellung gewinnen zu können, was in nächster Zukunft geschehen würde.

Mein Besuch von weniger als zehn Tagen war natürlich sehr kurz. Aber er brachte mir eine feste Überzeugung: Die Intifada kann von Israel nicht besiegt werden. Allein die Palästinenser können bestimmen, wann ihr Aufstand endet. Und der früheste Tag, an dem dies geschehen kann, wird, wie fern auch immer, der Tag sein, an dem Israel seine Besetzung beendet.

Angesichts der ungeheuren militärischen Macht Israels und dem Versprechen der israelischen Regierung, den palästinensischen Aufstand mit „eiserner Faust" in die Knie zu zwingen, mag diese Aussage vielen Menschen, insbesondere in den USA, als vermessen und übertrieben erscheinen.

Vor Ort indes sind es zwei Faktoren, die entscheidend sind: Zum ersten sind die israelischen Streitkräfte nicht stark genug, um die Aktionen von 1,5 Millionen Palästinensern in den ca. 400 Dörfern und Flüchtlingslagern des Ghazastreifens und der Westbank zu kontrollieren. Durch Absperrung, Belagerung oder direkte Besetzung kann die Armee immer nur über einige Einwohner für eine gewisse Zeit die Kontrolle ausüben, aber die Streitkräfte können nicht alle Einwohner zu jeder Zeit kontrollieren. Oft muß eine Belagerung oder Besetzung aufgegeben werden, damit die Soldaten sich einem „problematischen Gebiet" in einer anderen Region zuwenden können. Die Israelis hetzen praktisch von einem Brandherd zum anderen, ohne das gesamte Feuer unter Kontrolle bringen zu können. Es ist eigentlich noch schlimmer. Denn wo die Israelis einen Platz verlassen, weil sie glauben, daß das Feuer ausgetreten sei, entzündet es sich neu und brennt lodernder als zuvor.

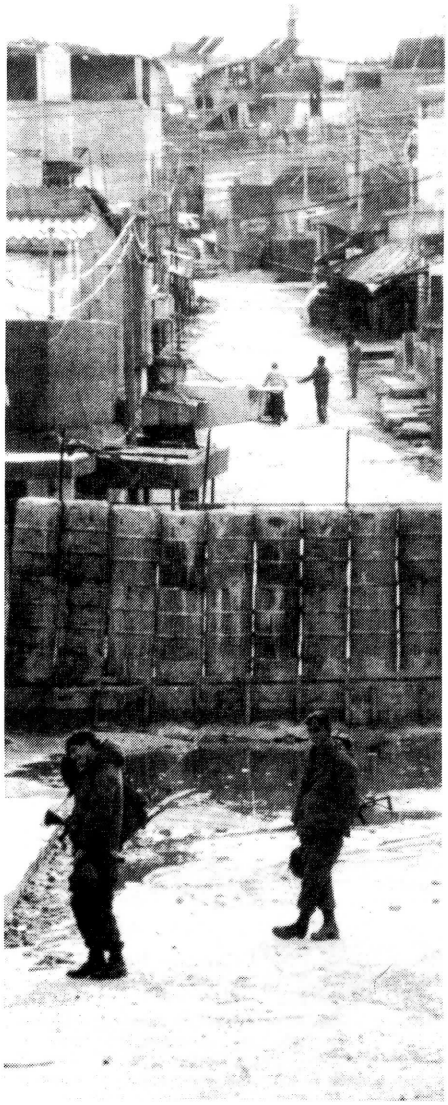
Aber all das könnte natürlich nicht stattfinden ohne einen zweiten Faktor. Es scheint einen unbezähmbaren Widerstandswillen gegen die israelische Besetzung zu geben. „Unbezähmbar" ist ein starkes Wort, und ich würde es niemals gebraucht haben, wenn ich nicht nach tagelangen Gesprächen mit einer Vielzahl von Personen aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten in Flüchtlingslagern, Dörfern und Städten zu diesem Ergebnis gekommen wäre (Ja, ich spreche und verstehe arabisch).

Jeher seit 1967 litten Palästinenser aller Klassen und Berufe und heutzutage mit wachsender Intensität unter Verfolgung, Erniedrigung, Einschüchterung, Verlust von Land und Eigentum, Inhaftierung, Folter, Deportation, physischen Verletzungen und gewaltsamen Toden. Heute

ist es praktisch unmöglich, jemanden zu treffen, der nicht einen Freund oder Verwandten hat, der nicht schon einmal Opfer der Unterdrückung geworden ist oder gegenwärtig im Gefängnis sitzt.

Verschiedene Kommuniqués sind von den Führern des Aufstandes - in manchmal erhabenen Worten - herausgegeben worden, um den ausdauernden Charakter ihres Kampfes zu erklären. Zweifel bleiben natürlich, solange man nicht selbst hingeht und sich vor Ort überzeugt. Wenn man aber hingeht, wird man Wut und Trotz finden, vor allem aber die Bereitschaft, lieber zu sterben als sich zu unterwerfen. Die Menschen sagen es, aber man kann es auch in ihren Augen lesen. Man findet diesen Ausdruck in den Augen einer ehrwürdigen Matrone, deren karitative Institution gerade von den israelischen Behörden geschlossen worden ist. Sie erklärt: „Wir wollen unsere Unabhängigkeit, und wir sind bereit, dafür zu sterben. Sollen sie mich doch töten." Man sieht es in den Augen des früheren Kochs eines Restauarnts, der jetzt dem „Volkskomitee" seines Dorfes angehört und sagt: „Die Intifadah ist jetzt mein Leben. Wir wollen, daß die Israelis die Westbank verlassen. Ich bin bereit, dafür zu sterben." Dasselbe gilt für den Studenten in Ghaza, der sagt: „Unabhängigkeit oder Tod. So lautet die Wahl." Man muß ihn hören und sehen, um seinen Eifer und seine Ernsthaftigkeit wirklich zu begreifen.

Natürlich gibt es für viele Bewohner der Westbank und des Ghazastreifens noch eine andere Wahl: Die besetzten Gebiete auf immer zu verlassen; ein neues Zuhause im Ausland zu suchen. Es bedarf nicht viel Nachdenkens, um sich vorzustellen, daß Israel dies als Lösung des Problems sehr wohl vorziehen würde. Es



A. Amari refugee camp near Ramallah

ist natürlich seit langem klar, daß die Unzahl von Gesetzen, die die Reisen von Westbankbewohnern regeln, dazu gemacht sind, eine dauerhafte Abwesenheit zu ermutigen.

Aber Israels vornehmstes Mittel, um die Auswanderung zu fördern, besteht darin, den Bewohnern das Leben so schwer wie möglich zu machen und die Menschen wahllos Erniedrigungen und Verfolgungen auszusetzen. Das Leben schwer machen kann bedeuten, jemandem sein Land wegzunehmen, die Universität zu schließen, die er besucht, die Eingänge der Institution zu vernageln, für die er arbeitet, oder willkürlich die Steuern zu erhöhen, um ihn aus dem Geschäft zu drängen. Willkürliche Verfolgung und wahllose Erniedrigung kennt viele Formen, angefangen vom achtstündigen Warten im Hof einer Polizeistation, währenddessen „sie" untersuchen, ob du deine Seuern bezahlt hast, bis hin zum Ohrfeigen deiner Kinder, während du dastehen und zusehen mußt.

Ich sprach mit einer Vielzahl von Leuten, die diese Art von Behandlung - und noch wesentlich schlimmere - persönlich erfahren hatte, aber ich fand während meines Besuches nicht einen, der davon gesprochen hätte, die besetzten Gebiete zu verlassen, um irgendwo anders ein besseres Leben anzufangen. Einige von ihnen wären dazu problemlos in der Lage gewesen und mögen vor Beginn der Intifadah auch ernstlich daran gedacht haben - aber jetzt nicht mehr. Der wohlhabende Unternehmer eines Reisebüros sagte mir: „Auswandern? Ich werde den Israelis niemals diese Genugtuung geben." Ein reicher Arzt sagte: „Die Israelis wollen, daß wir das Land verlassen. Das ist genau der Grund, warum meine Familie und ich hierbleiben." Ich habe solche Ansichten auch von Kellnern und Taxifahrern gehört.

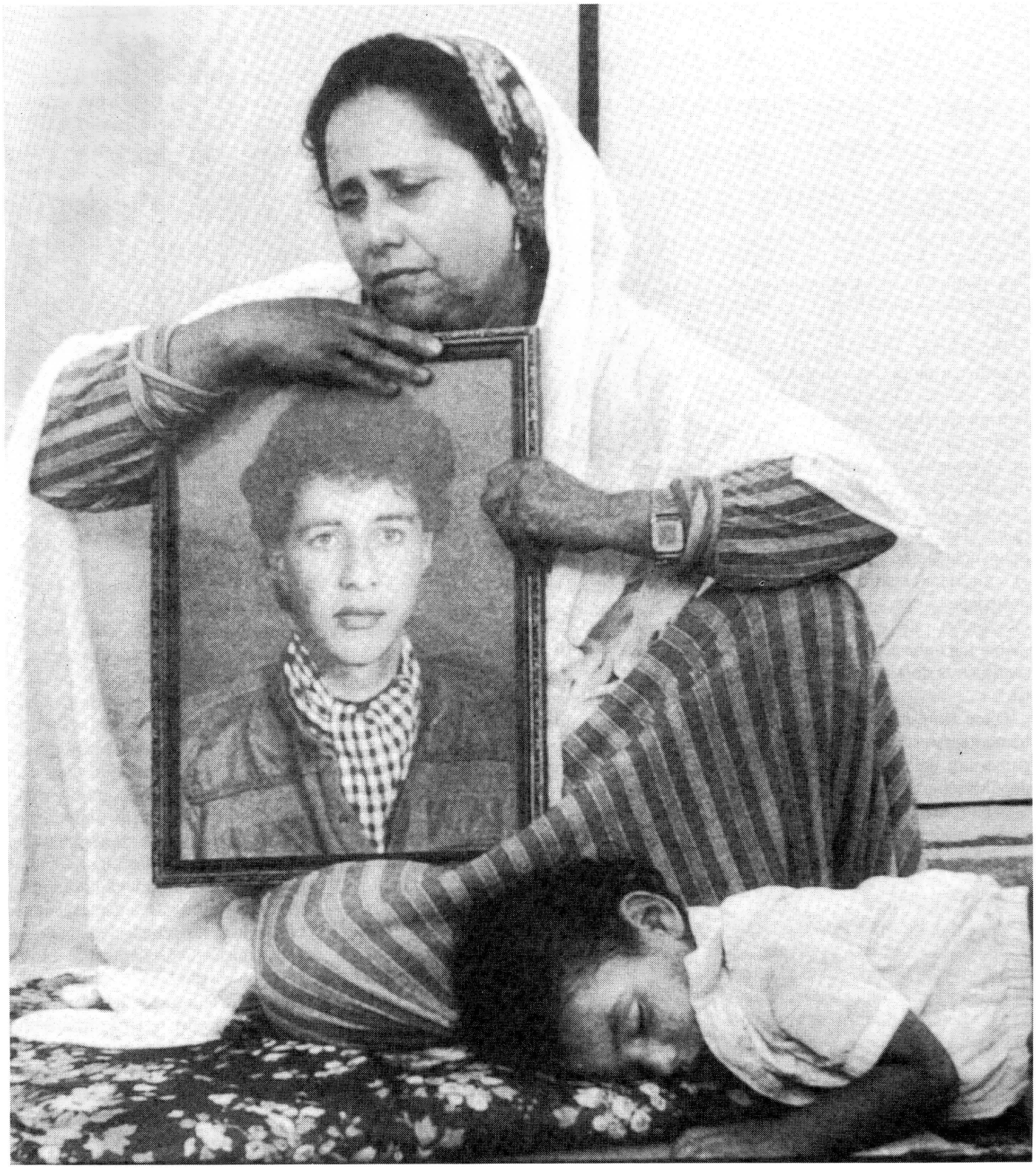
Die Flüchtlingslager sind jene Orte, an denen das Leben am härtesten ist. Dennoch findet man denselben unbeugsamen Willen auch hier. In der Zeit zwischen dem 9. Dezember und dem 1. Juli (236 Tage) erlebten die Einwohner von Jalazoun, einem Flüchtlingslager bei Ramallah, 136 Tage der Belagerung und Ausgangssperre. Die meisten Einwohner des Lagers sind Arbeiter. Sie verbrauchten alle ihre Ersparnisse, während sie im Lager festsaßen. Im Winter wurde es manchmal so schlimm, daß sie ihre Möbel und ihre Schuhe verbrannten, um sich warmzuhalten. Trägödien spielen sich fast täglich ab.

Ich besuchte eines Morgens eine Familie in Jalazoun, deren Sohn während eines nächtlichen Überfalls nur wenige Stunden zuvor mitgenommen worden war. Soldaten waren ins Haus eingebrochen, hatten die Mutter und die Schwester des Jungen geschlagen und den Jungen unter Schlägen weggeschleppt. Man konnte noch die Blutspuren auf den Fliesen draußen vor der Türe sehen.

Nirgendwo ist dieser Geist der „Unbezähmbarkeit" demonstrativer als in jenen Westbankdörfern, die sich selbst als „befreite" bezeichen. Kufr Malik, etwa zehn Kilometer nördöstlich von Jerusalem, ist eines von ihnen. Während drei Wochen im Mai stand das Dorf, in das die Israelis eine Streitmacht von 2.500 Soldaten geschickt hatten, um widerspenstige Dorfbewohner, die in den Monaten zuvor mit den israelischen Soldaten Katz und Maus gespielt hatten, zur Räson zu bringen, unter Ausgangssperre. Die Soldaten hinderten die Einwohner daran, das Dorf zu verlassen, kappten die Stromversorgung, unterbanden die Lieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten und erlaubten es bewaffneten israelischen Siedlern, in provokativer Absicht unter dem Schutz der Armee durch das Dorf zu stolzieren. Aber nicht einmal das hielt die Dorfbewohner davon ab, weiterhin Steine zu schmeißen (mit einer Präzision, die sich über Generationen von Kafr Maliks Schafhirten überliefert hat, die mit dieser handlichen Waffe ihre Herden unter Kontrolle hielten).

Am 22. Mai erklärten die israelischen Truppen sich selbst zum Sieger und verließen das Dorf. Binnen weniger Minuten waren die Jugendlichen auf dem Hauptplatz des Dorfes und hißten die rot, weiß, schwarz und grüne Flagge, die die ehemaligen Besetzer so sehr in Rage gebracht hatte. Wenn man jetzt auf den Hauptplatz tritt, sieht man Aberdutzende von palästinensischen Fahnen im Winde flattern. Israelische Siedler, von denen drei während der vorherigen Auseinandersetzungen bei einer Fahrt durch das Dorf ernsthaft verletzt worden waren, nachdem sie von ihren Schußwaffen Gebrauch gemacht hatten, wagen sich nicht mehr ins Dorf. Gelegentlich fährt ein israelisches Armeefahrzeug auf den Hauptplatz, um unter einem Hagelsturm von Steinen wieder kehrt zu machen. Der Platz sieht in der Tat aus wie befreit.

John Law ist der frühere Chef der Nahostabteilung von U.S. News and World Report und der Gründer des Washington Report on Middle East Affairs. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift The Return, deren Ausgabe vom September 1988 dieser Artikel entnommen ist.



Beach Camp, Gaza.

Rick Reinhard

Israel – Südafrika

Es waren nur Fragmente einer flüchtig gehörten Unterhaltung, die mir diese Woche so richtig zu Bewußtsein kamen, als ich das Heilige Land auf der Suche nach der „Südafrika-Connection" durchreiste.

Ein älterer Herr mit deutlichen Anzeichen eines Transvaal-Akzentes holte seine Tochter vom Ben-Gurion-Flughafen ab. Während die beiden Neuigkeiten von Freunden und Verwandten austauschten, fragte die Tochter plötzlich und merklich besorgt, ob der Vater Südafrika vermiße. Der Vater gestand - voller Sehnsucht -, daß ja. Und dann fügte er - mit dem erschrockenen Flüstern desjenigen, der glaubt, von einer Obszönität zu sprechen - hinzu: „Aber ich habe gehört, daß der Antisemitismus dort auf dem Vormarsch ist."

Diese Konversation ist in der Tat bemerkenswert, nicht nur wegen der Äußerung selbst, sondern eher ob der Tatsache, daß ein Südafrikaner in Israel auf den Vorwurf des Antisemitismus zurückgreift - eine vergleichsweise undebeutende Erscheinung im Land der Apartheid -, um das eigene Exil zu rechtfertigen.

Israel ist in diesen Tagen angesichts der politischen Unruhen in der Westbank und im Ghazastreifen besonders empfindlich gegenüber Vergleichen mit Südafrika. Eine entsprechende Fernsehsendung in den USA, die derartige Parallelen zog, stieß auf eine erboste Reaktion der israelischen Regierung, die mit einem Rundschreiben an ihre ausländischen Missionen derartige Argumente Punkt für Punkt zu widerlegen suchte.

In einem bloßgestellten Land

David Beresford

Vergleiche zwischen diesen beiden Ländern finden auch ein Echo in Südafrika selbst. Die althergebrachte Identifikation von Apartheid mit den rassistischen Überlegenheitstheorien des III. Reiches hat der Erfahrung des Holocausts für Südafrika eine besondere Bedeutung verliehen. Es erscheint nur natürlich, daß Südafrikas jüdische Bevölkerung als Repräsentant der Opfer des Holocausts eine besondere Rolle im Kampf gegen Apartheid gespielt hat. Von den 12 Weißen beispielsweise, die in die Verschwörung von Rivonia verwickelt waren - die zur Verhaftung Mandelas führte -, waren sieben Juden.

Gleichzeitig aber hat die Tatsache, daß Israel in den vergangenen zwei Jahrzehnten der engste militärische Verbündete Pretorias war und hardware und Technologie geliefert hat, um Waffen zu bauen - von der Uzi-Maschinenpistole bis hin zu Kriegsschiffen, Raketen-, Luftwaffensystemen und - wie allgemein angenommen wird - der Atombombe -, unter den südafrikanischen Juden eine gewiße Angst und innerhalb der Anti-Apartheid-Bewegung eine gewisse Konfusion sowohl gegenüber dem Judentum als auch gegenüber dem Zionismus ausgelöst. Gleichwohl wurde diese Konfusion bis zu einem gewissen Grad durch israelische Verurteilungen der Apartheid und rassischer Diskriminierung gemildert, verbunden mit der Beteuerung, daß Israels Kampf - in Erinnerung an den Völkermord der Nazis - ein Kampf ums Überleben ist, der jedes Bündnis entschuldigt.

Es ist von daher ein besonderer Schock, daß man sich im israelisch besetzten Gebiet - wie im Flücht-

lingslager Jabaliya im Ghazastreifen - nach einer Reise von mehreren tausend Kilometern so fühlt, als ob man im township Alexandria in Johannesburg stünde. Natürlich gibt es genügend Unterschiede, um diesen Anschein zu entkräften. Aber die Ähnlichkeiten sind nicht von der Hand zu weisen.

Die Haut ist heller, aber die Palästinenser sind ganz wie die Schwarzen von „Alex" zu Tausenden in schmutzige Hütten gepackt, über denen der Gestank der offenen Abwässerkanäle liegt. Die Truppen bahnen sich ihren Weg durch die Überreste von Barrikaden in einem vertraut unheilvollem Aussehen, trotz mancher nur mit Planen bedeckten Jeeps. Die israelischen Truppen haben offensichtlich mehr Vertrauen in die eigene Unverwundbarkeit gegenüber Steinen und Benzinbomben als ihre südafrikanischen Gegenstücke in ihren gepanzerten Truppentransportern.

Und wenn ihre Opfer auch nicht mit den bösartigen Wunden prahlen können, die der Sjambok (Reitpeitsche) hinterläßt, so haben sie doch ähnlich erschreckende Verletzungen vorweisen: Ein 19jähriger trägt einen Gipsverband um seinen Arm, der durch Schläge an zwei Stellen gebrochen ist; ein Mann in mittleren Jahren, der brutal zusammengeschlagen worden ist, weil er dagegen protestiert hatte, daß er eine Barrikade er vor seinem Haus wegräumen sollte, zieht seine Kleidung hoch, um seinen über und über von Quetschungen und Blutergüssen bedeckten Körper zu zeigen.

Das Gefühl des déjà vu verfolgt einen überall im Ghazastreifen und in der Westbank, so etwa als ein Stein gegen die Seite unseres Wagens knallt - geworfen von einem Kind, das nicht wie in den südafrikanischen townships auf die Hautfarbe reagiert, sondern auf das gelbe Nummernschild, das den Wagen als israelischen ausweist; so etwa auch bei den Soldaten, die an den Straßensperren herumhängen und Flüchtlingslager abriegeln, oder auch vor den mit eisernen Rolläden verschloßenen palästinensischen Geschäften, deren Schließung so sehr an den ebenso frustrierenden wie aufopferungsvollen Boykott Südafrikas erinnert.

Und hinter den Oberflächlichkeiten des Erscheinungsbildes verbirgt sich eine Administration, die sogar die gemäßigteren Unterstützer der südafrikanischen Regierung erschrecken könnte. Der Ghazastreifen und die Westbank werden manchmal mit den südafrikanischen homelands verglichen. Welche Ungerechtigkeiten das Bantustan-System auch immer aufweisen und wieviel Armut in diesen Gebieten auch zu finden sein mag, die Bantustans leiden dennoch nicht unter einer Administration, die den arabischen Wasserverbrauch auf ein Maß begrenzt, das vor 20 Jahren festgelegt wurde (Eine Begrenzung, der die israelischen Siedler nicht unterliegen); einer Administration, die den arabischen Hausbau einschränkt - im letzten Jahr praktisch verboten hat - und das Pflanzen von Tomaten oder das Setzen eines Baumes durch einen Araber einer vorherigen behördlichen Bewilligung unterwirft.

Der Ghazastreifen und die Westbank werden wie die homelands als Arbeitskräftereservoir genutzt, wobei die arabischen Pendelarbeiter einem Genehmigungssystem unterliegen - wie etwa dem Verbot, über Nacht in Israel zu bleiben -, das an die inzwischen aufgegebenen südafrikanischen Paßgesetze erinnert. Zugleich werden die palästinensischen Gebiete ungeniert als gefangene Konsumenten ausgebeutet. Sie stellen nach den USA und der Euro-

Israelischer Wachturm im Flüchtlingslager Jabalia im Ghazastreifen

päischen Gemeinschaft Israels drittgrößten Exportmarkt dar - eine Position, der einige der Schwierigkeiten bei der ökonomischen Selbstversorgung durch die militärischen Restriktionen auf jede Entwicklung geschuldet sind.

Zutreffende Vergleiche

Die Militärherrschaft im Ghazastreifen und in der Westbank kann es jederzeit mit den südafrikanischen Sicherheits- und Notstandsgesetzen aufnehmen. Beide sehen Haft ohne Gerichtsverfahren vor; wo aber Verfahren vorgesehen sind, haben die Israelis militärische Schnellgerichte ohne das Recht auf Berufung, das fester Bestandteil des südafrikanischen Rechtssystems ist, eingerichtet.

Versammlungen und Demonstrationen sind in Südafrika stark eingeschränkt, in den palästinensischen Gebieten aber schlicht verboten.

Mitgliedschaft in „terroristischen" Organisationen ist in beiden Fällen geächtet, hier aber sogar der Kontakt zur PLO. Die südafrikanischen Geschäftsleute und afrikanischen Akademiker, die sich mit dem ANC in Dakar und Lusaka getroffen haben, würden wegen eines solchen Friedensengagements nach israelischem Recht Gefängnisstrafen zu erwarten haben. Und die israelischen Behörden erlauben sich Kollektivstrafen oder die Zerstörung von Häusern als Strafmaßnahme - beides ist in Südafrika unbekannt, zumindest als Teil offizieller Politik.

Zudem sind, wogegen viele Israelis protestieren würden, die Westbank und der Ghazastreifen ein Sonderfall: Besetzte Gebiete, seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 gewissenhaft verwaltet entsprechend den Bestimmungen der 4. Genfer Konvention; Gebiete, die Israel nicht annektieren will und die sich deshalb auch nicht für die Privilegien der israelischen Gesellschaft qualifizieren. Aber nach 21 Jahren Besatzung sind dies zumindest Streitpunkte.

Aber auch die israelische Gesellschaft selbst weist beunruhigende Parallelen zu Südafrika auf.

Natürlich sind die Unterschiede massiv. „Israelis" sind auch Araber, die im Gegensatz zu den schwarzen Südafrikaner das Wahlrecht haben, Parlamentsabgeordnete sind und nicht einer diskriminierenden Gesetzgebung unterliegen wie dem Group Aereas Act. Wenn man aber einen israelischen Ausweis näher betrachtet, so wird man überrascht von den verräterischen Zeichen offizieller Diskriminierung.

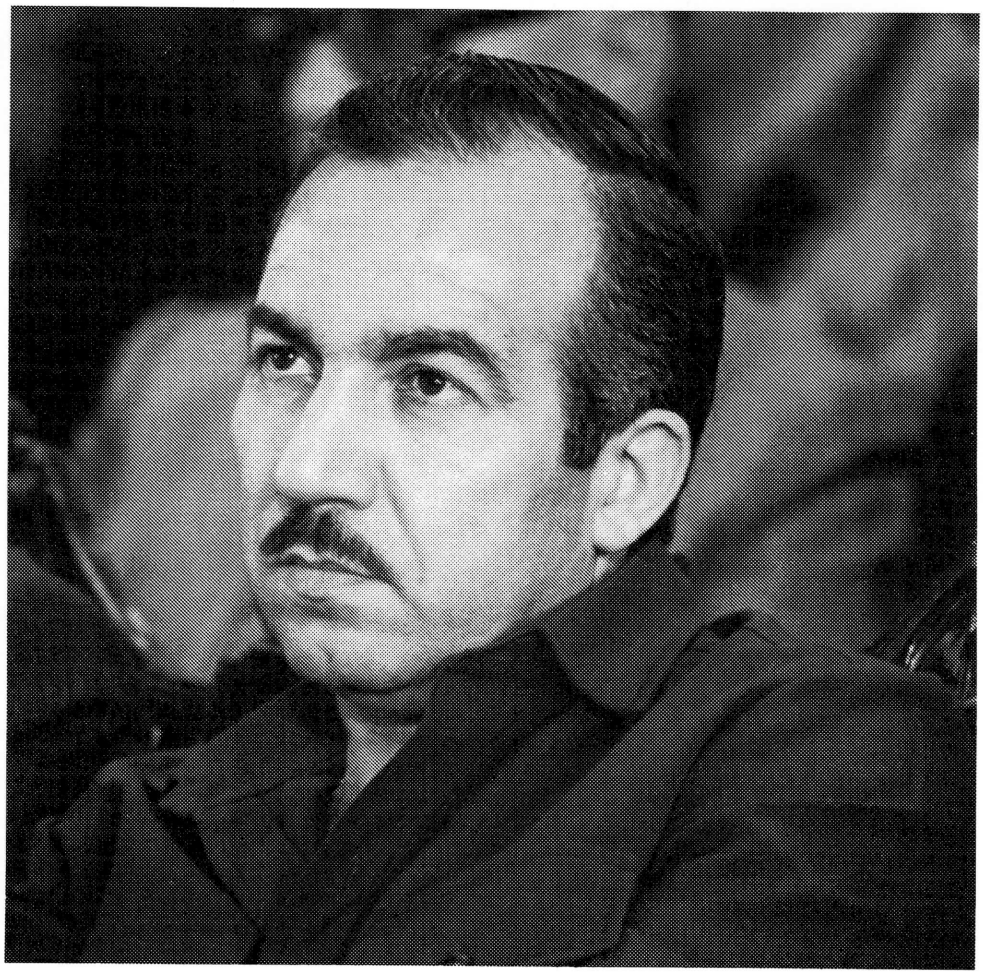
UNTER DER „NATIONALITÄT" NENNT DAS DOKUMENT ENTWEDER "ARABER" ODER „JUDE".

Es gibt drei eindeutige Felder offizieller Diskriminierung in Israel. Eine besteht darin, daß Araber (aus historischen Gründen mit der kleinen Ausnahme der Drusen und Beduinen) vom Militärdienst ausgeschlossen, nicht befreit sind. Ein zweites Feld der Diskriminierung liegt in der Tatsache, daß im Rahmen eines komplexen Verwaltungssystems, an dem die Zionistische Weltorganisation und die israelische Landbehörde beteiligt sind, Staatsland - und das sind in Israel mehr als 90 % des Bodens - nur zum „Wohle" von Juden genutzt werden darf. Das dritte ist, da Araber nicht unter das „Rückkehrgesetz" fallen, wonach jeder Jude einen Anspruch auf Einbürgerung und Wohnsitz hat...

Im Jahre 1948 erklärte Israel feierlich seine Unabhängigkeit und versprach, daß die neue Nation „auf den Prinzipien der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens basieren wird, wie sie von den Propheten Israels erdacht worden sind". Israel sollte mit den Worten des Propheten Isaiah ein Licht für die Welt sein. Was die bürgerlichen Freiheiten anbelangt, so muß man den schwarzen Südafrikanern wohl vergeben, die dieses Leuchtfeuer nicht zu entdecken vermögen.

Aufstand im besetzten Palästina

Spendenkonto
Konto-Nr. 2589000
BLZ 38040007
Commerzbank Bonn



Abu Jihad

„Dieser gewaltige Volksaufstand in unserem Heimatland ist kein Ausbruch der Leidenschaft; er ist vielmehr Ausdruck der gesammelten Erfahrungen unseres Volkes aus den vergangenen Jahren des Kampfes und eine Eruption der unterdrückten Schmerzen und Leiden."
Abu Jihad, 11. März 1988

Khalil Al-Wazir (Abu Jihad) wurde am 10. Oktober 1935 in Ramleh/Palästina geboren. 1948 wurde seine Familie von israelischen Truppen in den Ghazastreifen vertrieben.
Abu Jihad, einer der engsten Weggefährten Jassir Arafats, war Mitbegründer von Al-Fatah und Mitglied des Zentralkomitees von Al-Fatah sowie stellvertretender Oberkommandierender der Streitkräfte der Palästinensischen Revolution.
Er wurde am 16. April 1988 in Tunis bei einem Mordanschlag des israelischen Geheimdienstes getötet.

PALÄSTINA *Ibrahim Hazimeh*